



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
BRAUNSCHWEIG



Forschungsberichte aus dem
Institut für Sozialwissenschaften (ISW)

Nr. 90

Ulrich Menzel

Imperium oder Hegemonie?

**Folge 10: Frankreich 1635 - 1714:
Der gezügelte Hegemon**

Dezember 2008

ISSN-Nr. 1614-7898

Institut für Sozialwissenschaften
Bienroder Weg 97
38106 Braunschweig
www.tu-braunschweig.de/isw

Nr. 90

Ulrich Menzel

Imperium oder Hegemonie?

**Folge 10: Frankreich 1635 - 1714:
Der gezügelte Hegemon**

Dezember 2008
ISSN-Nr. 1614-7898

Bei diesem Text handelt es sich um die zehnte Fallstudie zum Projekt "Imperium oder Hegemonie. Historisch-komparative Untersuchungen zu einem aktuellen Problem", das seit 2001 bearbeitet wird. Weitere Fallstudien werden folgen und zu einem späteren Zeitpunkt als Kapitel einer umfassenden Monographie zum Thema Verwendung finden. Zum theoretischen Rahmen vgl. meinen Aufsatz "Anarchie oder hegemoniale Ordnung?" In: WeltTrends 12.2004, Nr. 44, S. 125-142 sowie meine Auseinandersetzung mit Herfried Münkler "Imperium oder Hegemonie? Die USA als hegemoniale Ordnungsmacht" In: Kommune 23.2005/06, Dez.-Jan., S.65-72.

Folge 1: Song-China 960-1204.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 78, April 2007.

Folge 2: Pax Mongolica 1230-1350 und die Globalisierung vor der Globalisierung.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 79, Juni 2007.

Folge 3: Genua und die mediterrane Weltwirtschaft 1261-1350.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 80, September 2007.

Folge 4: Die frühen Ming (1368-1435) und die Restauration des Tributsystems.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 82, November 2007.

Folge 5: Venedig - Seemacht mit imperialem Anspruch 1381-1499.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 83, Dezember 2007.

Folge 6: Portugal 1494-1580: „Seaborne Empire“ oder Hegemonialmacht im Indik?

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 84, Januar 2008.

Folge 7: Das Osmanische Reich (1453-1571): Weltreich zwischen Europa und Asien oder Hegemonialmacht im Orient?

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 86, Februar 2008.

Folge 8: Spanien 1515/19 - 1648/59: Das geerbte Imperium.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 87, Mai 2008.

Folge 9: Die Niederlande und ihr „Goldenes Zeitalter“ 1609-1713.

= Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 88, Juni 2008.

Weitere Materialien zum Thema sowie eine laufend erweiterte Bibliographie, in der auch alle hier zitierten Titel verzeichnet sind, findet sich unter: <http://www-public.tu-bs.de:8080/~umenzel/inhalt/dienstleistungen/bibliographien.html>.

10. Frankreich 1635-1714: Der gezügelte Hegemon

10.1 Frankreich, die klassische Landmacht

10.2 Die Frankreich-Paradoxien

10.3 Merkantilismus und Heeresform

10.4 Die Kriege Richelieus und Ludwig XIV.

10.5 Die Bilanz des ersten Machtzyklus

10. Frankreich 1635-1714: Der gezügelte Hegemon

10.1. Frankreich, die klassische Landmacht

Die Wahrnehmung jedes einzelnen Falles wird, auch wenn die grundlegende Fragestellung sich wiederholt, durch die jeweilige Literaturlage beeinflusst. Im Fall Frankreich wird nach Konsultation der Literatur klar, dass die Phase des Ancien Régime und damit der französische Absolutismus im Vordergrund zu stehen hat¹. Da der Absolutismus eine hohe Machtkonzentration an der Spitze des Staates bedeutete, ist es nicht verwunderlich, dass sich ein großer Teil der Literatur mit den führenden Persönlichkeiten dieser Ära (Ludwig XIV., Richelieu², Mazarin, Colbert³, Le Tellier, Louvois, Vauban⁴ u.a.), mit der militärischen, administrativen, fiskalischen und wirtschaftspolitischen Organisation des Staates, den Feldzügen des 17. Jahrhunderts, deren Konsequenzen für das europäische Staatensystem und den Reaktionen der europäischen Nachbarn befasst, während die Rolle Frankreichs als Seemacht, als Handelsmacht, als Kolonialmacht, als Industriemacht oder gar als weltweite Führungsmacht im Gegensatz zu den europäischen Nachbarn Portugal, Niederlande, England oder Spanien nur sekundäre Bedeutung hat.

1 Grundlegend ist hier Wolfgang Mager, Frankreich vom Ancien Régime zur Moderne: Wirtschafts-, Gesellschafts- und politische Institutionengeschichte 1630-1830. Stuttgart 1980; Klaus Malettke, Frankreich, Deutschland und Europa im 17. und 18. Jahrhundert. Beiträge zum Einfluss französischer politischer Theorie, Verfassung und Außenpolitik in der Frühen Neuzeit. Marburg 1994; Zur wirtschaftlichen Entwicklung vgl. Henri Sée, Französische Wirtschaftsgeschichte. Bd. 1. Jena 1930.

2 Z.B. Carl J. Burckhardt, Richelieu. Der Aufstieg zur Macht. München 1984; John H. Elliot, Richelieu and Olivares. Cambridge 1991; Joseph Bergin, Richelieu and His Age. Oxford 1992.

3 Z.B. Charles Woolsey Cole, Colbert and a Century of French Mercantilism. 2 Bde. Hamden, Conn. 1964.

4 Fritz Karl Mann, Der Marschall Vauban und die Volkswirtschaftslehre des Absolutismus. Eine Kritik des Merkantilsystems. München 1914.

Die Perspektive einer französischen See- oder Kolonialmacht wird dabei eher von britischen Autoren wahrgenommen, während deutsche Autoren eher die Perspektive des europäischen Staatensystems, insbesondere die Frage von Gleichgewicht oder Hegemonie in Europa, zu Grunde legen⁵. Soweit die als nachrangig wahrgenommenen Aspekte überhaupt behandelt werden, dann eher unter der Fragestellung, warum Frankreich dieses alles nur verspätet und so wenig erfolgreich war und wieso Frankreich auf diesen Feldern eine nachholende Entwicklung mit den Instrumenten des absolutistischen Staates inszenieren wollte. Die Skizze der Literatur weist auf einen ersten paradoxen Befund hin: Militärisch war Frankreich Vorreiter, wirtschaftlich eher Nachzügler.

Die großen Namen des französischen Absolutismus weisen darauf hin, dass hier eher das Zeitalter Ludwigs XIV. (Regierungszeit 1643-1715) und weniger das Zeitalter seiner schwächeren Nachfolger Ludwig XV. (1715-1774) und Ludwig XVI. (1774-1792) gemeint ist. Zwar war Frankreich auch noch im 18. Jahrhundert eine große Macht in Europa, es zehrte aber von der Aufstiegsphase zuvor. Anders wäre nicht zu erklären, wieso die französische Aufklärung ihre große Wirkung weit über Frankreichs Grenzen hinaus hätte entfalten können. Während der Französischen Revolution und der Ära Napoleon (1789-1815) hat Frankreich zwar nochmals einen europäischen und mit den Feldzügen nach Ägypten und St. Domingue (Haiti) sogar einen globalen An-

5 Z.B. Armin Reese, Europäische Hegemonie versus Weltreich. Außenpolitik in Europa 1648-1763. Idstein 1995 sowie die Arbeiten von Heinz Duchardt, insbesondere Gleichgewicht der Kräfte, Convenance, europäisches Konzert. Friedenskongresse und Friedensschlüsse vom Zeitalter Ludwigs XIV. bis zum Wiener Kongress. Darmstadt 1976; ders. (Hrsg.), In Europas Mitte. Deutschland und seine Nachbarn. Bonn 1988; ders., Balance of Power und Pentarchie. Internationale Beziehungen 1700-1785. Paderborn 1997. Zum europäischen Kontext vgl. ferner Philip Bobbit, The Shield of Achilles: War, Peace, and the Course of History. New York 2002; Derek McKay/H.M. Scott, The Rise of the Great Powers 1648-1815. London 1983; Fritz Wagner, Europa im Zeitalter des Absolutismus 1648-1789. München 1948; Ralph Davis, The Rise of Atlantic Economies. London 1977.

spruch erhoben, doch war diese Phase zu kurz, als dass sie zur Charakterisierung eines weiteren Zyklus ausreichen würde. So schnell wie das Reich Napoleons ab 1805 erobert wurde, so schnell ist es auch wieder zerfallen. Deshalb kommt die Behandlung des „Empire“ hier nicht in Betracht, da als ein Auswahlkriterium der Fallstudien gilt, dass die Dauer eines Machtzyklus mindestens eine Generation überdauern muss.

Die Erklärung, warum die einschlägige, insbesondere die deutsche Literatur auf die Wahrnehmung Frankreichs als Landmacht fixiert ist, ist geopolitischer Art. Während Genua, Venedig, Portugal, die Niederlande oder England aufgrund der Küsten- bzw. Insellage eine natürliche Orientierung zur See haben, war Frankreich aufgrund seiner territorialen Ausdehnung, seiner Bevölkerung von rund 20 Millionen im 17. Jahrhundert und seiner weitgehenden Selbstversorgung zur Landmacht prädestiniert. Im Unterschied zu der rivalisierenden Landmacht Spanien war das französische Territorium kompakt und nicht, soweit man die überseeischen Kolonien unberücksichtigt lässt, wie Spanien mit Besitzungen auf der iberischen Halbinsel, in Italien und in den Niederlanden (Burgund) dreigeteilt. Die logistischen Probleme der Spanier, die Notwendigkeit, die Verbindungslinien zwischen den Reichsteilen in Europa zu sichern und offen zu halten, stellten sich für Frankreich nicht. Das territoriale Pentagon, das Ludwig XIV. bei seinem Herrschaftsantritt vorfand, besaß im Norden und Nordwesten (Atlantik), im Westen (Pyrenäen), im Süden (Mittelmeer) und im Südosten (Alpen) natürliche Grenzen⁶, wobei jeweils die Wasserscheide die Grenze zu Spanien bzw. Savoyen bildete. Sein Bestreben war, im Osten und Nordosten bis zum Rhein und zur Kanalküste vorzustoßen, den Rhein und dessen Mündungsdelta gegenüber dem Deutschen

6 Peter Sahlins, *Natural Frontiers Revisited: France's Boundaries since the Seventeenth Century*. In: *The American Historical Review* 95.1990, 5. S. 1423-1451.

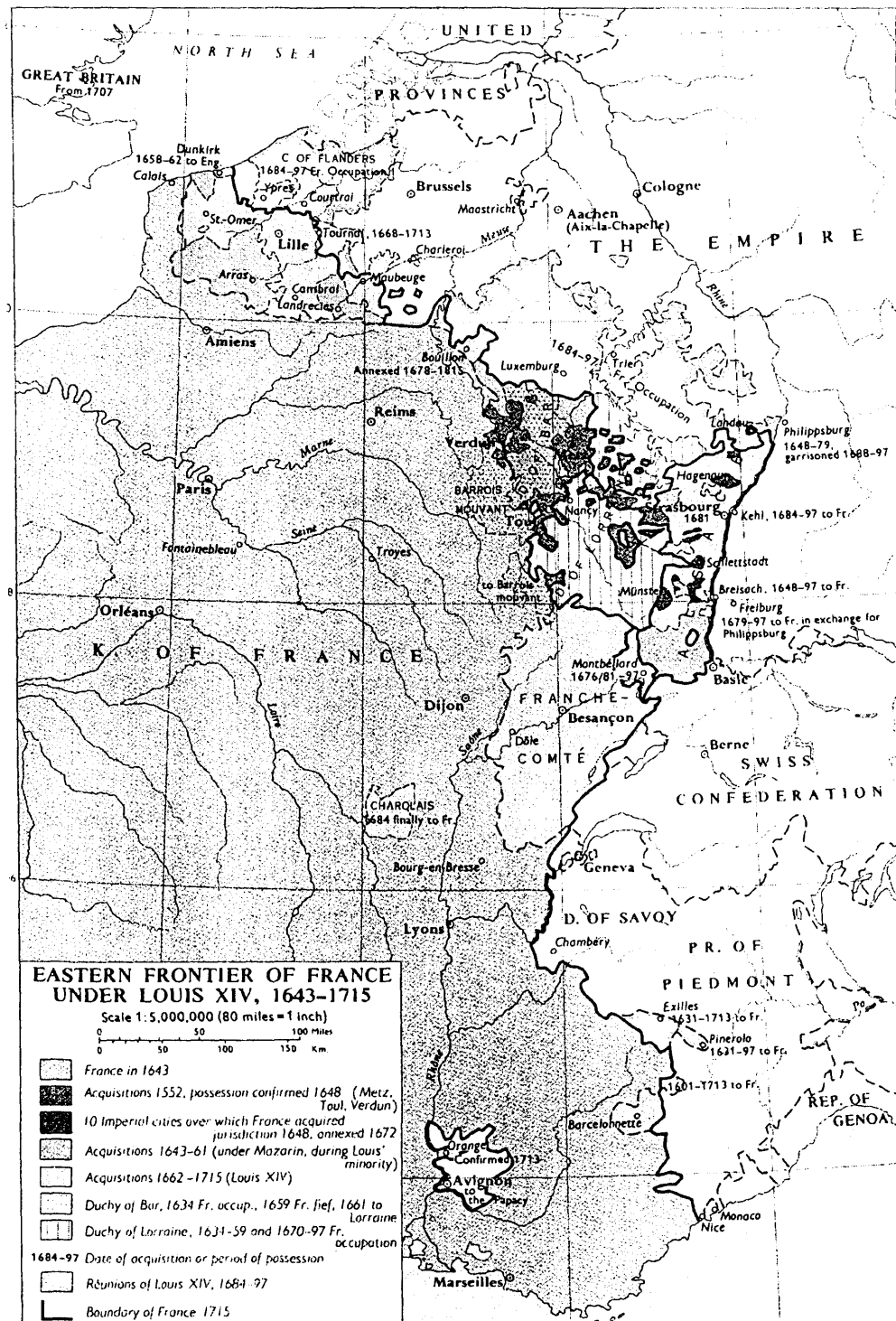
Reich und den Nördlichen Niederlanden als weitere natürliche Grenze zu gewinnen und damit aus dem Pentagon ein Hexagon zu machen. Damit musste die Expansion Frankreichs immer eine antiniederländische Stoßrichtung - erst gegen die Südlichen (Spanischen), später Österreichischen Niederlande und in Fortsetzung gegen die Nördlichen Niederlande einnehmen. Die Frage, ob die Niederlande zur Peripherie Frankreichs gehörten oder als Puffer zwischen Frankreich und Deutschland erhalten blieben, war seit dem späten 16. Jahrhundert immer wieder ein zentrales Thema der europäischen Geschichte⁷.

Die territoriale Arrondierung ist weitgehend gelungen. 1630 umfasste das Pentagon etwa 470000 qkm, 1715 das Hexagon durch den Zugewinn von Franche Comté, Lothringen, Elsass, Artois und Französisch Flandern im Osten, Rossillon im Westen sowie diverser kleinerer Gebiete etwa 514000 qkm. Damit waren die Grenzen erreicht, die Frankreich noch heute besitzt, auch wenn es zwischen 1871 und 1918 große Gebietsverluste an Deutschland zu verkraften hatte. Dabei sollte nicht verschwiegen werden, dass die Behauptung „natürlicher“ Grenzen Frankreichs auch ein Konstrukt war, an dem in den die Bildung des französischen Nationalstaats begleitenden Diskursen gearbeitet wurde und zu dem auch Kartographen, so Nicolas Sanson (1600-1667) als erster offizieller Kartograph der Regierung, eingesetzt wurden. Wenn es sich ergab, überschritt man auch den Rhein. So wurden in den 1680er Jahren auch rechtsrheinische Festungen (Fort Louis, Kehl, Junique) gebaut. Erst nach dem Frieden von Ryswick (1697) erfolgte der endgültige Rückzug auf linksrheinisches Gebiet. In der Cassini-Karte von 1770 fehlt umgekehrt

⁷ Vgl. dazu Werner Hahlweg, *Barriere - Gleichgewicht - Sicherheit. Eine Studie über die Gleichgewichtspolitik und die Strukturwandlung des Staatensystems in Europa 1646-1715*. In: *Historische Zeitschrift* 187.1959. S. 54-89.

das Elsass. Auf ihr bilden die Vogesen die „natürliche“ Grenze im Osten⁸.

Abb. 10.1: Die territoriale Entwicklung Frankreichs 1643-1715



Darby/Fullard 1970, S.111.

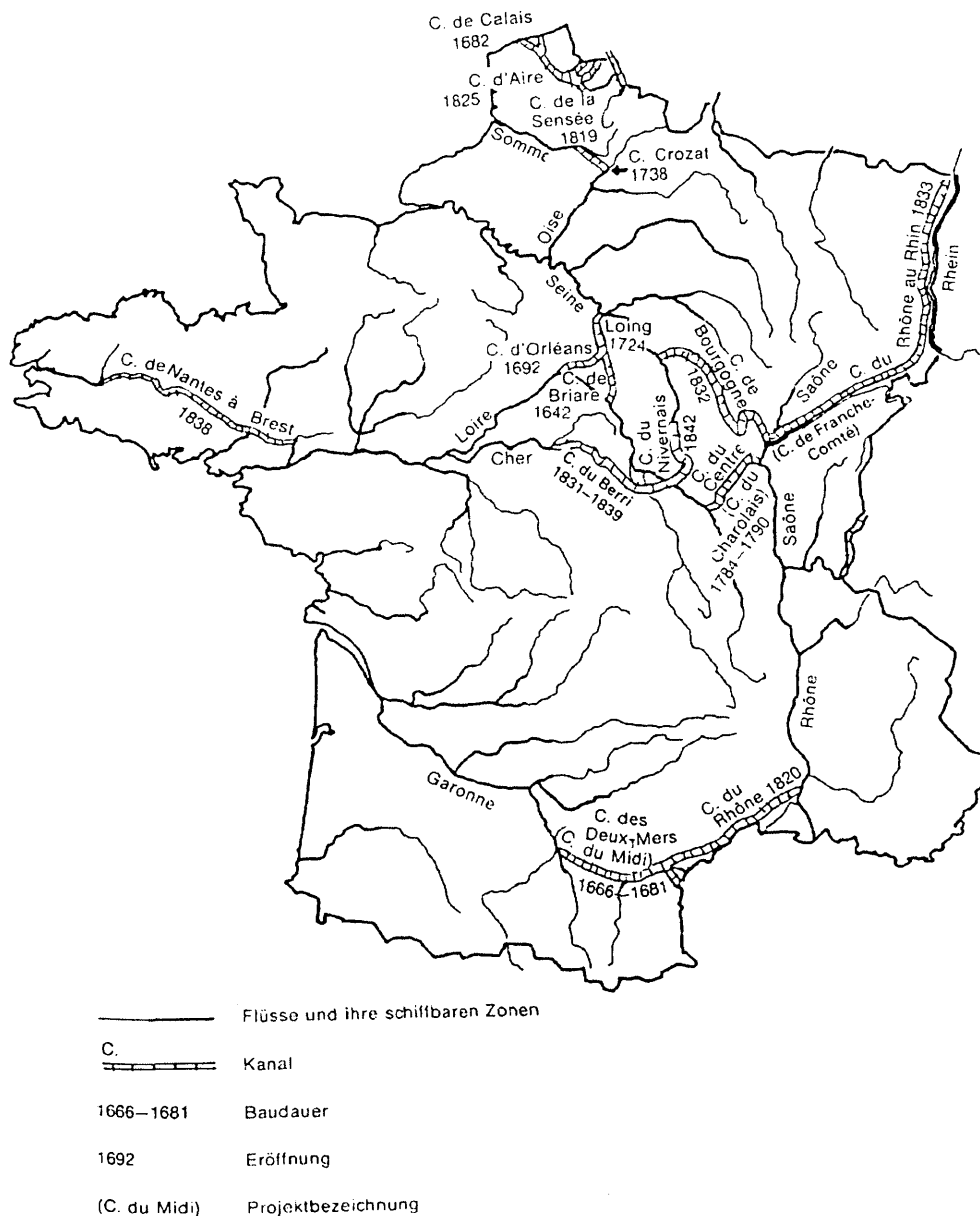
⁸ Sahlins 1990, S. 1437.

Der Dauerkonflikt mit Spanien und dem Reich an der Ostgrenze findet hier seine Erklärung, zumal es für Frankreich immer ein Leichtes war, die Spanische Heerstraße von Oberitalien bis nach Flandern an strategischen Punkten durch ein Bündnis mit Savoyen oder die Eroberung einzelner Festungen am Rhein (z.B. Breisach) zu unterbrechen. Der geopolitische Vorteil der kompakten Lage wird allerdings, wie schon Mahan bemerkte⁹, relativiert durch die doppelte Küstenlinie, die immer zwei Flotten – im Mittelmeer und im Atlantik – erforderte mit entsprechend doppelter Logistik. Sollten diese beiden Flotten zu einer schlagkräftig vereinigt werden, musste immer die Straße von Gibraltar und damit spanische Gewässer passiert werden. Dies verlangte nicht nur aufwendige und zeitraubende Flottenmanöver, sondern schuf auch Verletzlichkeit, zumal Großbritannien seit 1713 an der heikelsten Stelle mit dem Felsen von Gibraltar einen strategischen Stützpunkt erster Güte besaß. Dass in diesen Gewässern viele große oder gar entscheidende Seeschlachten wie die von Trafalgar 1805 geschlagen wurden, ist kein Zufall. Spanien hatte zwar auch das Problem der zwei Flotten, konnte aber seit der Personalunion mit Portugal in eigenen Gewässern operieren.

Die Zwei-Küsten-Problematik wird noch akzentuiert durch die Wasserscheide im Landesinnern, die durch das Zentralmassiv gebildet wird. Frankreich verfügt über die vier großen Flusssysteme der Seine, der Loire, der Garonne und der Rhone. Drei münden in den Atlantik, eins ins Mittelmeer. Rouen (bzw. später Le Havre) an der Mündung der Seine mit Anbindung bis Paris, Nantes an der Mündung der Loire mit Anbindung bis Orleans und Bordeaux an der Mündung der Garonne mit Anbindung bis Toulouse waren atlantisch orientiert, während Marseille an der Rhonemündung mit Anbindung bis Lyon und Dijon mediterran ori-

⁹ Alfred Thayer Mahan, Der Einfluss der Seemacht auf die Geschichte, 1660-1812. Herford 1967.

entiert war. Das französische Straßennetz war auf diese Flusssysteme orientiert, die erst spät durch Kanalbauten verbunden wurden. Zu nennen ist besonders der „Canal des Deux Mers“ (1666-1681), der die Garonne mit dem Mittelmeer, und der „Canal d'Orléans“ (1692), der die Loire mit der Seine verband. So erklärt sich, warum ursprünglich wichtige Hafenstädte wie La Rochelle oder St. Malo langfristig aufgrund der schlechten Anbindung des Hinterlands keine Perspektive besaßen. So erklärt sich auch, wieso das politische Zentrum Paris anders als etwa London nie zugleich kommerzielles Zentrum war. Seit Frankreich durch die Eroberungen Ludwigs XIV. zum Rhein vorgestoßen war, wurde es auch zu einer zentraleuropäischen Macht, die an der wichtigsten Nord-Süd-Verkehrsachse von den Niederlanden bis zu den Alpen partizipieren konnte.

Abb. 10.2: Flusssysteme und Wasserstraßen bis 1840

Fohlen 1977, S.110.

Halten wir fest: Aufgrund der naturräumlichen Lage war (und ist) Frankreich eher eine Landmacht als eine Seemacht¹⁰. Die vier Flusssysteme konstituierten zwei separate Wirtschaftsräume, die zum Atlantik bzw. zum Mittelmeer orientiert waren. Dies ist eine Erklärung, warum die französische Seemacht erst so spät entstanden ist und eher staatlich inszeniert wurde.

10 Clark G. Reynolds, *Command of the Sea: The History and Strategy of Maritime Empires*. New York 1974, besonders Kapitel 6.

Landmacht sein konnte Frankreich aber auch, weil es über ein großes Territorium, eine große Bevölkerung und eine leistungsfähige Landwirtschaft verfügte. Anders als die klassischen Seemächte brauchte es kaum Nahrungsmittel oder Rohstoffe einführen, musste also nicht, wie etwa die Niederlande, exportieren, um importieren zu können. Große Bevölkerung und leistungsfähige Landwirtschaft hieß auch, dass viele Soldaten im eigenen Land mobilisiert werden konnten und dass die Landwirtschaft die Überschussfähigkeit besaß, einen großen Militärapparat zu unterhalten. Die Frage war nur, wie diese Überschüsse effektiv aufgebracht und zentralisiert werden konnten. An der Lösung dieses Problems setzten Richelieu, Colbert und andere mit großer Initiative, Geschick und hervorragenden Resultaten an.

Die Industrie hatte in Frankreich im Vergleich zu den zeitgenössischen Niederlanden nur einen geringen Stellenwert, wenn auch die nordfranzösische Textilindustrie oder die Seidenindustrie Lyons durchaus bedeutend waren. Während Spanien seinen Machtapparat durch das amerikanische Silber finanzierte, die Macht der Niederlande oder Venedigs auf den Zwischenhandelsprofiten basierte, war in Frankreich die Besteuerung der Landwirtschaft die eigentliche Grundlage der Macht. Die Landwirtschaft war auch die wichtigste Quelle des Außenhandels - Wein im Süden, Getreide im Norden - ergänzt durch das Salz, das in den Salinen an der südfranzösischen Atlantikküste unterhalb von Nantes gewonnen wurde. Im Gegenzug importierte Frankreich alle Arten von Fertigwaren aus Nordwesteuropa, wobei die Niederlande mit Abstand der wichtigste Lieferant waren. Abgewickelt wurde der Außenhandel weitgehend auf niederländischen Schiffen. Eine französische Handelsmarine gab es allenfalls rudimentär. Aufgrund dieser Außenhandelsstruktur war es damit eher europäische Peripherie, wenn auch nicht ganz so krass wie

Spanien, hatte allerdings bei den Luxusgüterindustrien eine Spitzenposition.

Wenn sich kaum Hinweise auf eine See- und Handelsmacht finden lassen, dann ist es nicht verwunderlich, dass neben die Charakterisierung als Landmacht auch die Charakterisierung als Militärmacht zu treten hat. Die Armee stand im Zentrum des staatlichen Handelns, sie war die eigentliche Quelle der französischen Macht. Flotte und systematische Förderung des Außenhandels spielten nur Ende des 17. Jahrhunderts für kurze Zeit eine zudem nachgeordnete Rolle. Im Vordergrund außenpolitischen Handelns standen immer militärische Motive. Die Handelspolitik war militärischen Erwägungen untergeordnet. Folgerichtig hatte kontinentaleuropäische Politik Vorrang. Zur Weltpolitik mangelte es an fast allem, musste mühsam staatlich inszeniert werden. Der Handel sollte der Flagge folgen und nicht umgekehrt.

Frankreichs innovatorische Leistungen, die es groß gemacht haben, waren deshalb weniger industriell-technischer oder kommerzieller, sondern militärisch-technischer und administrativ-fiskalischer Art. Frankreich war nicht das Land der Industriellen Revolution, sondern der Militärischen Revolution¹¹ (zu Lande) in allen Fragen, die die Heeresorganisation, den Bau von Festungsanlagen, die Ausrüstung der Armee, die Strategie und Taktik der Landkriegsführung betrafen, wobei der Defensive durchaus große Bedeutung zugemessen wurde. Frankreich war auch das Land der Administrativen Revolution, wie ein großer Militärapparat zu unterhalten, zu organisieren und die Mittel zu

11 Geoffrey Parker, *The Military Revolution: Military Innovation and the Rise of the West, 1500-1800*. Cambridge 1996; Clifford J. Rogers, (Hrsg.), *The Military Revolution Debate: Readings on the Military Transformation of Early Modern Europe*. Boulder 1995.

seiner Finanzierung aufzubringen waren. Hier liegen die eigentlichen Motive zur Formulierung der französischen Wirtschaftspolitik, die später Merkantilismus bzw. Colbertismus genannt wurde. Letztlich stellt sich sogar die Frage, ob der Absolutismus eher Voraussetzung oder eher Folge der Orientierung Frankreichs als Landmacht war.

Wenn aufgrund der logistischen Grenzen, die dem Operationsradius einer Armee zugrunde lagen¹², Europa und nicht die Welt der Kosmos der französischen Politik war, dann muss auch die Charakterisierung nach Imperium oder Hegemonie differenziert werden. Frankreich war im 17. Jahrhundert keine imperiale Macht wie Spanien. Über die „natürlichen“ Grenzen hinaus gingen seine Ambitionen in Europa nicht. Es war aber auch keine Hegemonialmacht mit globalem Anspruch wie Portugal oder die Niederlande. Die kolonialen Ambitionen Frankreichs in Amerika und Indien regten sich spät, zeigten nur wenig Erfolg und waren 1763 mit dem Pariser Frieden beendet. Frankreich war Landmacht und deshalb Hegemonialmacht eher in einem auf Europa beschränkten Sinn, wobei zu klären sein wird, ob es diese Position nur in eigenem Interesse reklamierte oder ob es „benevolenter Hegemon“ war und auch internationale öffentliche Güter offerierte. Führungsmacht war Frankreich insofern, als es seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts das militärisch mächtigste Land in Europa war. Es verfügte über den am professionellsten agierenden Diplomatischen Dienst und konnte so mehrfach militärische Rückschläge kompensieren. Frankreich war aber auch hegemonial aufgrund seiner „soft power“. Die europäischen Fürsten orientierten sich in nahezu jeder Hinsicht am französischen Vorbild. Der Absolutismus Frankreichs, sein Heerwesen, sein Merkantilismus, seine Verwaltung, sein diplo-

¹² Die geopolitischen Grenzen, die die Armee nicht überschreiten konnte, waren uns bereits im Falle der mongolischen Kavallerie, der chinesischen Fußsoldaten oder der jährlichen Feldzüge der Osmanen begegnet.

matisches Korps, Französisch als Sprache der Diplomatie wie der Gebildeten, der französische Barock mit seiner Architektur, den Gartenanlagen, dem Hofzeremoniell, den Manieren, der Mode, der Küche, der Literatur, Kunst und Musik, alles war Vorbild, war stilbildend in Europa. Das Instrumentarium des Merkantilismus als Gegenstück zu dem von den Niederlanden gepredigten Freihandel war das fiskalische und wirtschaftspolitische Leitmotiv in Deutschland, Österreich oder Italien, das dort Kameralismus genannt wurde.

Damit war Frankreich in nahezu jeder Hinsicht das eigentliche Gegenmodell zu den Niederlanden. Diese waren eher Handelsmacht, Finanzmacht, Seemacht, Kolonialmacht, Hegemonialmacht mit globaler Reichweite, eine protestantisch-frühbürgerlich-republikanische Gesellschaft mit schwachen und in extremer Weise föderalistischen politischen Institutionen, deren innovative Leistungen in kommerzieller, finanzieller, nautischer und industrieller Hinsicht zu finden sind. Frankreich hingegen war eine hochzentralisierte absolutistische (und katholische) Landmacht, deren Reichweite, auf die Armee gestützt, in Europa lag mit innovativer Leistung politisch-institutioneller und militärischer Natur. Die Niederlande waren typischer Vorreiter, die auf die liberale Karte setzten, Frankreich war ein typischer Nachzügler, der auf die etatistische Karte setzte.

Tab.10.1: Typologie Frankreichs und der Niederlande im 17.Jhd.

Frankreich	Niederlande
Landmacht	Seemacht
Militärmacht	Handelsmacht
Armee	Flotte
eher defensiv	eher offensiv
absolutistisch	republikanisch
zentralistisch	föderalistisch
katholisch	protestantisch
merkantilistisch	freihändlerisch
agrarisch	kommerziell/industriell
autark	arbeitsteilig
Nachzügler	Vorreiter
institutionell und militärisch innovativ	technisch und kommerziell innovativ

Dass dennoch beide Länder trotz dieser Gegensatzpaare Varianten einer Hegemonialmacht bilden konnten zeigt, welches Spektrum sich hinter diesem idealtypischen Begriff verbirgt.

Bleibt schließlich die Periodisierung, die im Falle Frankreichs wenig kontrovers ist. Die hegemoniale Anlaufphase fällt in die Herrschaftszeiten Heinrichs IV. (1589-1610) und Ludwigs XIII. (1610-1643), wobei das Jahr 1598 mit dem Ende der Religionskriege, dem taktischen Übertritt Heinrichs zum Katholizismus, dem diesen Übertritt kompensierenden Toleranzedikt von Nantes und dem Frieden von Vervins mit Spanien den Auftakt bildet. Seitdem begann eine Phase relativer Ruhe nach innen wie nach außen. Der zielgerichtete Aufstieg Frankreichs zur Führungsmacht in Europa begann allerdings erst mit dem Amtsantritt von Armand du Plessis alias Kardinal Richelieu als Leitender Minister (1624-1642). Das Datum für den letzten Schritt

auf die europäische Bühne war der Eintritt Frankreichs in den Dreißigjährigen Krieg im Jahre 1635 nach der schwedischen Niederlage bei Nördlingen. Sein Kriegseintritt auf Seiten der Protestanten wendete das Blatt zu Ungunsten der Habsburger, unter denen Spanien und nicht der Österreichische Kaiser aus französischer Sicht der eigentliche Gegner war. Der französisch-spanische Krieg als einer der Teilkriege des Dreißigjährigen Krieges begann deshalb erst 1635 und war nicht 1648, sondern erst 1659 mit dem Pyrenäen-Frieden beendet. Für Frankreich spielte die Religion in dieser Konstellation von Teilkriegen keine Rolle. Da der Kardinal Mazarin (1643-1661) bzw. sein Mitarbeiter Abel Servien, damals Kopf der französischen Außenpolitik und Mitglieder der französischen Delegation in Münster, die Linie Richelieus nach dessen Tod, solange Ludwig XIV. noch nicht volljährig war, fortsetzte und in Münster das Richelieusche Konzept einer europäischen Friedensordnung durchzusetzen suchte, erfolgte auch kein Bruch mit dessen Politik. Dazu wurde vorrangig auf diplomatische Mittel gesetzt (Allianz mit Cromwell 1657, Rheinbund 1658 und Pyrenäen-Frieden 1659), die sich strikt am Gebot der Staatsräson und nicht an ideologischen Gesichtspunkten orientierte. So konnte man gleichzeitig eine Militärallianz mit dem republikanischen England eingehen, die Rheinbundfürsten gegen den Kaiser positionieren und sogar 1657 die drei geistlichen Kurfürsten von Köln, Mainz und Trier bearbeiten, um die Wahl Ludwigs zum Deutschen Kaiser zu lancieren¹³.

Der Aufstieg Frankreichs¹⁴ zur europäischen Hegemonialmacht erfolgte in der langen Regierungszeit Ludwigs XIV. (1643-1715), der nach dem Tod Mazarins (1661) das Amt des Leitenden Minis-

13 Carl J. Ekberg, Abel Servien, Cardinal Mazarin, and the Formulation of French Foreign Policy, 1653-1659. In: The International History Review 3.1981, 3. S. 317-329.

¹⁴ Vgl. dazu den Sammelband von F.L. Carsten (Hrsg.), The Ascendancy of France 1648-88. Cambridge 1961.

ters abgeschafft hatte und die Regierungsgeschäfte selbst führte. Allerdings war spätestens seit 1665 Jean Baptiste Colbert (1619-1683) aufgrund seiner Ämterfülle de facto der Erste Minister. Die anschließende Phase erlebte weitere fünf Kriege, die von Frankreich begonnen wurden und bei denen immer Spanien und die Niederlande die Hauptgegner waren, ging es nach der Arrondierung Frankreichs an der Rheingrenze um das Erbe des Spanischen Reiches: 1667-1668 der Devolutionskrieg in den Südlichen Niederlanden; 1672-1678 der Niederländische Krieg; 1683-1684 der Reunionskrieg um Luxemburg; 1688-1697 der Neunjährige Krieg (oder Pfälzer Erbfolgekrieg); und schließlich 1701-1713 der Spanische Erbfolgekrieg. Abgeschlossen wurde diese Phase mit dem Frieden von Utrecht (1713), der mit dem Gleichgewichtsprinzip auch einem neuen antihegemonialen Ordnungsprinzip in Europa zum Durchbruch verhalf. Die hier interessierende Phase dauert also von 1635-1713. Ob Frankreich nach Utrecht noch einen zweiten Zyklus durchlaufen hat, der erst 1815 mit dem Wiener Kongress beendet wurde, ist eine kontroverse Frage, die hier nicht beantwortet wird, da nach Utrecht mit Großbritannien ein neuer, in globaler Hinsicht jedenfalls der wichtigere Akteur, die Szene betrat. Nur im Siebenjährigen Krieg (1756-1763) hat Frankreich den Versuch gemacht, Großbritannien in Nordamerika und sogar in Indien diesen Platz streitig zu machen, musste aber erkennen, dass seine Ressourcen dafür zu schwach waren. Die Seemachtambitionen Napoleons waren 1805 in Trafalgar beendet.

10.2. Die Frankreich-Paradoxien

Frankreich birgt viele Paradoxien, die sich offenbaren, wenn man es mit den anderen hier untersuchten Fällen vergleicht. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts war es das mit Abstand größte und auch wohlhabendste Land in Europa und England in nahezu jeder Hinsicht überlegen. Damit sprach alles dafür, dass

Frankreich auch das Land sein würde, welches die alten Führungsmächte Spanien und Niederlande ablöst, zumal beide die Hauptgegner der französischen Expansionspolitik seit 1635 waren. Ferner hätte erwartet werden können, dass Frankreich zur führenden Kolonialmacht aufsteigen würde, um Spanien in der Westlichen und die Niederlande in der Östlichen Hemisphäre zu beerben; und schließlich, dass Frankreich, gestützt auf mögliche koloniale Ressourcen, das erste Land der Industriellen Revolution in Europa hätte sein müssen. Tatsächlich war es aber so, dass das viel kleinere und ärmere Großbritannien im 18. Jahrhundert zur führenden Kolonialmacht, zur Welthandelsmacht, zur globalen Seemacht, zum ersten Land der Industriellen Revolution aufstieg, während in Frankreich alle diese Prozesse nur halbherzig, mit wenig Erfolg und dazu verspätet abliefen. Nicht Paris, sondern London beerbte Amsterdam als kommerzielles und finanzielles Zentrum der Welt. Frankreich blieb zweitrangige Seemacht, zweitrangige Handelsmacht, zweitrangige Kolonialmacht, die ihr erstes Kolonialreich 1763 nach dem Pariser Frieden bis auf die Inseln in der Karibik verlor, und im Grunde auch nur zweitrangige Industriemacht als Folge einer verspäteten Industrialisierung, die anfänglich selbst auf dem europäischen Kontinent von dem kleinen Belgien in den Schatten gestellt wurde.

Und dies alles - eine weitere Paradoxie - obwohl der politische Willen zur Seemacht, zur Kolonialmacht, zur Welthandelsmacht, zur Industriemacht durchaus vorhanden war und kein Land in Europa seit 1626, dem Regierungsantritt Richelieus, bis zum Ende des Spanischen Erbfolgekrieges 1713 größere und konzentriertere Anstrengungen unternommen hat, die französischen Defizite wettzumachen. Und dennoch waren diese Anstrengungen im Grunde vergeblich. Warum? Die Beantwortung dieser zentralen

Fragen ist erstaunlicherweise kaum Gegenstand der Literatur¹⁵ - möglicherweise deshalb, weil die zitierte Literatur Frankreichs globale Ambitionen in ihrer systematischen Bedeutung zu wenig thematisiert. Oder - Frankreich wird zwar als Seemacht wahrgenommen¹⁶, aber unterschlagen, dass es im Grund eine gescheiterte Seemacht war.

Um der Beantwortung der aufgeworfenen Fragen nahe zu kommen, sind eine Reihe von Faktoren zu bemühen, die sehr viel mit der naturräumlichen Struktur des Landes und den daraus resultierenden geopolitischen Problemen zu tun haben. Frankreich war zwar im 16. bis 18. Jahrhundert ein großes Land und dazu klimatisch begünstigt, weil in ihm alle wichtigen europäischen Klimazonen vertreten sind. Allerdings haben große Länder, zumal in gemäßigten Zonen, eine natürliche Binnenorientierung, weil sie gut mit Ressourcen ausgestattet sind und über einen großen Binnenmarkt verfügen, während kleine Länder mit eher inkompletter Ressourcenausstattung und geringem Binnenmarkt eine natürliche Außenorientierung aufweisen. Hier liegt eine der Erklärungen, warum die kleinen Niederlande immer auf internationale Arbeitsteilung und Freihandel setzen mussten.

Die zwei Klimazonen Frankreichs, vorrangiger Getreideanbau nördlich einer Linie von St. Malo bis zum Genfer See und vorrangiger Weinanbau südlich dieser Linie, bedeuten, dass sowohl die Agrarprodukte Nordeuropas wie die Agrarprodukte des Mittelmeerraums im Lande selbst erzeugt werden können. Getreide

¹⁵ Eine Ausnahme ist Immanuel Wallerstein, *France: A Special Case? A World-Systems Perspective*. In: Eugene D. Genovese/Leonard Hochberg (Hrsg.), *Geographic Perspectives in History: Essays in Honor of Edward Whiting Fox*. Oxford 1989. S. 144-157.

¹⁶ So z.B. im Frankreich-Kapitel bei G.V. Scammell, *The World Encompassed: The First European Maritime Empires c. 800-1650*. London 1981.

und Wein waren deshalb nicht zufällig die beiden wichtigsten Exportgüter.

Diese naturräumlichen Vorteile wurden allerdings durch naturräumliche Nachteile eingeschränkt. Frankreich hat als Begleiterscheinung der zwei Klimazonen auch zwei Küstenlinien und folglich eine doppelte Außenorientierung, akzentuiert durch die Wasserscheide des Zentralmassivs. Damit besitzt es sowohl eine atlantische wie eine mediterrane Orientierung, ohne dass per se ausgemacht ist, welche bedeutender ist. Mediterrane Orientierung hieß Handel mit den Produkten des Mittelmeers, Beziehungen nach Italien, Südspanien, Nordafrika und der Levante, hieß Import von orientalischen Luxusgütern und Genussmitteln, hieß mediterrane Schiffstypen, Tradition der Galeerenschifffahrt und Sklavenhandel. Atlantische Orientierung hingegen hieß Handel mit den Produkten Nordwesteuropas, Massenkongsumgüter, Hochseefischerei, Orientierung nach Nordspanien, England, Niederlande, in den Hanse-raum, hieß atlantische Schiffstypen, keine Galeeren und keine Sklaven. Folglich gab es auch nicht wie im Falle Portugals (Lissabon), Spaniens (Sevilla), der Südlichen Niederlande (Antwerpen), der Nördlichen Niederlande (Amsterdam) oder Englands (London) ein einziges Außenhandelszentrum, sondern immer viele Plätze mit unterschiedlicher regionaler Orientierung und dazu wechselnder Bedeutung. Was es schon gar nicht gab, war, dass das kommerzielle Zentrum zugleich als politisches Zentrum fungierte. Die Plätze des Fernhandels oder der Industrie (Lyon im Süden, Französisch-Flandern im Norden), selbst die Marinebasen lagen immer fernab der Hauptstadt und waren nur schwer zu erreichen. Dies verlängerte auch die Kommunikationszeit beträchtlich. Hier liegt ein Grund, warum Paris sich nie in die Reihe der eigentlichen Weltmetropolen vom Schlage Nankings, Genuas, Venedigs, Istanbuls, Amsterdams, Londons oder New Yorks einreihen konnte.

zone, war aber auch fiskalisch, rechtlich und sogar kulturell vom Norden getrennt. Der Süden zahlte höhere Steuern als der Norden, im Süden herrschte das geschriebene Römische Recht, im Norden das feudale Gewohnheitsrecht, im Süden wurde *Langue d'oc*, im Norden *Langue d'oïl* gesprochen. Insgesamt drängt sich der Eindruck einer internen Zentrum-Peripherie-Struktur auf. Den Kern Frankreichs bildeten die „cinq grosses fermes“ mit der Ile de France bzw. Paris als Zentrum des Zentrums, der gesamte Süden, die Bretagne und die eroberten Gebiete im Osten und Norden waren die Peripherie. Wallerstein erkennt hier einen Grund, warum die Siedlungsauswanderung für Frankreich trotz größerer Bevölkerung im Vergleich zu Großbritannien nur eine geringe Rolle gespielt hat, weil die Binnenkolonisation Vorrang hatte.

Die Konsequenzen dieser Struktur waren vielfältig. Der Außenhandel spielte keine große Rolle. Die Exportquote war niedrig. Selbst innerhalb des Landes war der Austausch gering. Jede Provinz für sich war weitgehend autark. Frankreich exportierte in erster Linie Rohstoffe (Getreide, Wein, Salz) und importierte Fertigwaren aus den Niederlanden, aus England und dem Reich, Gewürze und andere Luxuswaren aus Asien sowie Erze und Produkte des Waldes aus dem Ostseeraum. Soweit es selber Fertigwaren wie die Lyoner Seidentextilien exportierte, waren diese im Bereich der Luxusgüter angesiedelt. Der französische Außenhandel und das darauf bezogene Finanzwesen war zudem in fremden, vor allen niederländischen Händen. Eine eigene Handelsmarine war kaum vorhanden. Insofern finden sich die klassischen Argumente der Dependenztheorie, die bemüht werden, um zu erklären, warum eigenständige Entwicklungsprozesse blockiert werden.

Die interne Zentrum-Peripherie-Struktur setzte sich in Frankreichs Außenbeziehungen fort. Präzise quantitative Aussagen sind für den Zeitraum vor 1789 kaum möglich, da es keinen gesamtfranzösischen Wirtschaftsraum und folglich auch keine darauf bezogene Statistik gab. Damit korrespondiert, dass das Thema Außenhandel für das 16.-18. Jahrhundert kaum eine Rolle in der Literatur spielt. Ein erheblicher Teil der Außenhandelsgewinne dürfte in die Taschen der Partner, insbesondere der Niederländer, geflossen sein. An dieser Stelle wird deutlich, worauf und gegen wen die merkantilistische Politik Colberts primär abzielte.

Wenn keine Handelsmarine vorhanden ist, sondern der Transport den Partnern überlassen wird, dann gibt es auch keine großen Fernhandelsfirmen, keine Faktoreien im Ausland, keine zu schützenden Seewege, keine Notwendigkeit für eine Kriegsmarine. Bis zum Regierungsantritt Richelieus gab es weder eine Kriegsflotte, noch Marinebasen, noch große Werften, noch die nautischen Kompetenzen, noch erfahrene Seeleute, die für Genua und Venedig, für Portugal, die Niederlande oder England so typisch waren. Und schließlich gab es auch keine starke, politisch einflussreiche Handelsbourgeoisie wie die Londoner¹⁷ oder Amsterdamer Großkaufleute, die hätte Druck machen können in Richtung flankierender Maßnahmen des Staates oder hätten gar, wie im Falle der Niederlande oder der italienischen Stadtrepubliken, das politische Heft selber in die Hand nehmen können. Soweit diese Kräfte, wie die Hugenotten mit ihrer Basis la Rochelle, dennoch vorhanden waren, wurden sie diskriminiert, bekämpft und schließlich des Landes verwiesen. Also musste der Staat, wollte er wirtschaftlich reüssieren, initiativ werden. Diese Erkenntnis traf sich mit dem absolutistischen Interesse, das keine konkurrierende Macht neben sich dulden wollte.

17 Vgl. dazu Robert Brenner, *Merchants and Revolution: Commercial Change, Political Conflict, and London's Overseas Traders, 1550-1653*. London 2003.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht mehr verwunderlich, dass Frankreich nur eine halbherzige und verspätete Kolonialmacht war. Ohne starke Handelsbourgeoisie, ohne maritime Tradition, ohne Flotte, aber auch ohne großen Druck bzw. Bereitschaft zur Siedlungsauswanderung gab es nicht die Kräfte, die eine frühe Kolonialpolitik hätten verfolgen können. Als Portugal und Kastilien die Welt unter sich aufteilten, war Frankreich weit entfernt von solchen Ambitionen, als es darum ging, das spanisch-portugiesische Erbe zu verteilen, war Frankreich zwar höchst interessiert, verfügte im Vergleich zu den ebenfalls interessierten Niederlanden oder England aber kaum über die dazu notwendigen Voraussetzungen.

Wollte Frankreich eine bedeutende Rolle in der Welt spielen, gab es nur eine Option. Der Staat und nicht private Handelskompanien musste aktiv werden, alles zunächst von oben inszenieren in der Hoffnung, dass sich später die Kräfte von unten bilden würden. Systematischer Aufbau einer Kriegsflotte mit dazugehöriger Infrastruktur, Gründung von staatlichen Kolonialgesellschaften, Gründung von Kolonien, Förderung der Siedlungsauswanderung, merkantilistische Politik, Binnenintegration durch Infrastruktur und fiskalische Reformen. Um das alles zu finanzieren, bedurfte es der Reform des Steuerwesens und die Konzentration der Steuern auf die ambitionierten Ziele, wobei die Landwirtschaft als eigentliche Ressourcenbasis erhalten musste. In der Tat lässt sich zeigen, dass die merkantilistischen Theoretiker von Barthélemy de Laffemas (1545-1612) bis Antoine de Montchréstien (1575-1621) oder die merkantilistischen Praktiker wie Richelieu, Colbert oder Vauban klare Vorstellungen über Ziele und Instrumente verfügten. Nur sollte es immer wieder an der Umsetzung hapern.

Beginnen wir mit der Kolonialpolitik. Frankreich war immerhin so bescheiden bzw. so klug, sich anders als die Niederländer oder Engländer anfänglich auf die Westliche Hemisphäre zu beschränken. In Asien wurden die kolonialen Ambitionen erst später verfolgt. Zumindest in Indien wollte man wenigstens kommerziell mit den Engländern konkurrieren. 1664 gründete Colbert, nachdem ein erster Versuch unter Richelieu 1642 gescheitert war, eine Ostindienkompanie, die an der Koromandelküste und in Bengalen (Pondichery, Chandernagore, Karikal, Yancun und Mahé) Faktoreien unterhielt. 1674 wurde Pondichery das kommerzielle und militärische Zentrum Frankreichs in Indien. Erst Madagaskar, dann Réunion und schließlich Île de France (Mauritius) sollten als Zwischenstationen auf den langen Weg nach Asien dienen. Daneben setzte Frankreich im Asienhandel wie die anderen Mittelmeerränder weiter auf die alten Routen und suchte durch Kapitulationen (Handelsverträge) mit dem Osmanischen Reich am Levante-Handel teilzuhaben, statt sich nur auf die atlantische Route (Seeweg nach Indien) zu verlagern. Hier wirkte die mediterrane Tradition des südlichen Frankreich nach, gegen die sich die Atlantikhäfen nur schwer durchsetzen konnten.

Schwerpunkt der französischen Kolonialpolitik sollte anfänglich Nordamerika sein¹⁸. Bereits 1524 erkundete Giovanni da Verrazano die Küste von Florida bis Neufundland und gab ihr den Namen „Nova Gallia“ – ein deutlicher Hinweis auf den künftigen französischen Anspruch, der seitdem nicht mehr aufgegeben wurde und zwangsläufig auf einen Konflikt mit England hinauslaufen musste, das in Nordamerika sein „New England“ gründen wollte¹⁹. Bereits 1534 landete Jacques Cartier (1491-1557)

18 Marcel Trudel, *The Beginnings of New France 1524-1663*. Toronto: 1973; vgl. dazu auch das Frankreich-Kapitel in Scammell 1981.

19 Davis, K.G. *The North Atlantic World in the Seventeenth Century*. Minneapolis 1974.

nördlich der späteren Neuengland-Kolonien unter Missachtung des Tordesillas-Vertrages am St. Lorenz. Die eigentliche Gründung von Neufrankreich (Kanada) begann aber erst 1603 mit Champlain bzw. 1608 mit der Gründung von Quebec. 1627 wurde auf Initiative Richelieus eine erste „Compagnie de la Nouvelle France“ gegründet ohne Erfolg. „Nouvelle France“ wurde eine Seigneurie und 1663 als überseeische Provinz unter die direkte Kontrolle des Königs gestellt. Anfängliche Motive waren die Fischerei vor Neufundland und der Pelzhandel mit den Indianern. Die ersten Siedlungsversuche im Tal des St. Lorenz blieben im Vergleich zu den Neuengland-Kolonien bescheiden, weil sich zu wenig Menschen für eine Siedlungsauswanderung so hoch im Norden fanden. In der Frühphase ist die französische Bevölkerung in Kanada nie über 10.000 - 20.000 Personen hinausgekommen. Deshalb war man gegenüber den expandierenden englischen Siedlerkolonien immer in einem strategischen Nachteil. Kolonisierungsversuche in Florida (1562-1565) scheiterten am Widerstand Spaniens.

Der Umstand, dass Lyoner Kaufleute die ersten Expeditionen von Verrazano 1524 und 1528 finanzierten, deutet noch auf ein anderes Motiv. Lyon war via Marseille das französische Zentrum des Levante-Handels. Auch hier gab es das Motiv, Indien auf dem Seeweg zu erreichen. Die Portugiesen suchten es auf der Ostroute um Afrika herum, die Spanier auf der Westroute um Amerika herum und Frankreich träumte von einer Nordwestpassage durch nordpolare Gewässer um Sibirien herum. Dies ist zumindest theoretisch der kürzeste Weg von Europa nach China und Indien. Die Erkundung der kanadischen Ostküste diente deshalb auch der Suche nach der Nordwestpassage, die sich aufgrund der Vereisung der Gewässer zwischen Kanada und Grönland damals aber nicht als realistische Alternative herausstellte. Erst jetzt dürfte sie als Folge der Abschmelzung des Polareises eine Option werden.

Auch der zweite, noch kühnere Kolonisierungsversuch durch La Salle, 50 Jahre nach Cartier, musste scheitern²⁰. René-Robert Cavelier, Sieur de la Salle²¹ hatte 1683, vom Gebiet der Großen Seen kommend, den Mississippi bis zur Mündung befahren und 1684 mit mehreren 100 Siedlern und Soldaten in umgekehrte Richtung vordringen wollen. Er war aber daran gescheitert, dass er die Mündung des Mississippi in dem Golf von Mexiko verpasste. Auch verfolgte er wohl die Idee, Mexiko Spanien abspenstig zu machen. Zwar gelang es den Franzosen seit 1699 unter dem Namen „Louisiana“ (nach Ludwig XIV.) ein riesiges Gebiet, weit mehr als der heutige US-Bundesstaat Louisiana, von Neuf Orleans (New Orleans) an der Mündung des Mississippi bis St. Louis flussaufwärts für sich zu reklamieren und auch eine Verbindung zu Neufrankreich (Kanada) weiter nördlich herzustellen, doch verstand der königliche Namenspatron nicht die eigentliche Bedeutung La Salles. Er hatte das Tor zum Innern des nordamerikanischen Kontinents entdeckt! Aber auf den Entdecker folgten keine Eroberer vom Schlage Albuquerque, Coens oder Clives. Das riesige, strategisch so wichtige und fruchtbare Gebiet längs des Mississippi wurde nie von den Franzosen erschlossen, sondern lediglich durch eine dünne Linie von Forts als Stationen des Pelzhandels mit den Indianern auf dem Papier beansprucht. Hätte Frankreich sich hier richtig engagiert, die Geschichte Nordamerikas wäre anders verlaufen.

Viel erfolgreicher war Frankreich in der Karibik²². Seit 1635 wurden Gouadeloupe und Martinique nebst diversen kleineren Inseln erworben und 1665 unter dem Namen Saint Domingue (Haiti) auch die Hälfte von Hispaniola den Spaniern abgerungen, nach-

20 W.J. Eccles, Canada under Louis XIV 1663-1701. Toronto 1978.

21 Peter H. Wood, La Salle: Discovery of a Lost Explorer. In: The American Historical Review 89.1984,1. S. 294-323.

22 Paul Butel, France, the Antilles, and Europe in the Seventeenth and Eighteenth Centuries: Renewals of Foreign Trade. In: Tracy 1993. S. 153-173.

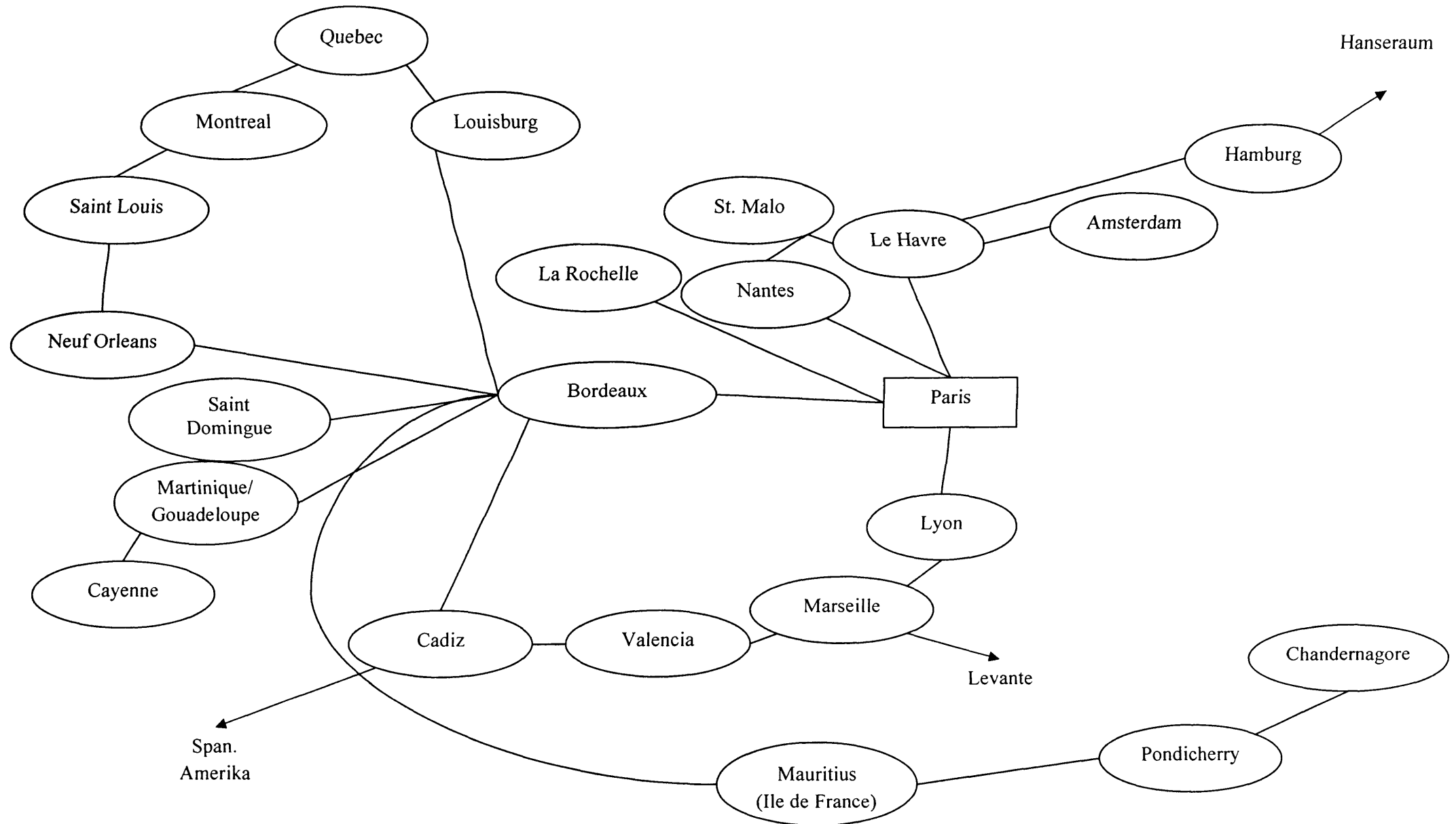
dem in diesem Teil der Insel schon lange zuvor französische Seeräuber (Boucaniers) ihre Schlupfwinkel eingerichtet hatten. Hinzu kam bereits seit 1604 Cayenne (Guayana) an der „Wilden Küste“ zwischen den Mündungen des Orinoco und des Amazonas. Saint Dominique wurde mit seinem Zucker- und Kaffeeanbau zur französischen „Perle“ in der Karibik. Weniger erfolgreich war Frankreich in dem Versuch, einen Viereckshandel zwischen dem Mutterland, Westafrika, der Karibik und Kanada zu etablieren. Die Karibikinseln benötigten Holz zum Transport von Zucker und Rum nach Europa und einfache Nahrungsmittel für die fast ausschließliche Sklavenbevölkerung. Trockenfisch und Holz hätte Kanada zwar liefern können, realisiert wurde dieser interkoloniale Handel aber eher mit den Neuenglandstaaten. Warum? Vielleicht deshalb, weil es dort mehr Siedler gab und weil es sich um geschäftstüchtige protestantische Glaubensflüchtlinge handelte, während die französischen Hugenotten nicht in die Kolonien auswandern konnten, sondern in die protestantischen Nachbarländer in Europa auswandern mussten. Außerdem hatten sich in Neufrankreich keine freien Bauern angesiedelt, sondern war der französische Feudalismus (Seigneurie-System) ins Tal des St. Lorenz exportiert worden. Dieser blieb paradoxerweise dort auch nach der Französischen Revolution erhalten, weil Kanada inzwischen an Großbritannien gefallen war. Dies erklärt nebenbei auch die relative Rückständigkeit des französischen gegenüber dem britischen Teil Kanadas.²³

Welchen wirtschaftlichen Stellenwert die Zuckerinseln im Vergleich zu den riesigen Gebieten Louisianas und Kanadas hatten, zeigte sich 1763 nach der Niederlage im Siebenjährigen Krieg. Vor die Wahl gestellt, entschied man sich für die Behauptung der lukrativen Inseln und trat den Anspruch auf etwa die Häl-

²³ Vgl. dazu das Kapitel zu Kanada in Ulrich Menzel, *Auswege aus der Abhängigkeit. Die entwicklungspolitische Aktualität Europas*. Frankfurt 1988, S. 413-520.

te des nordamerikanischen Kontinents an Großbritannien ab. Seitdem war Neufrankreich britisch und hatten die 13 Neuengland-Kolonien ein Hinterland jenseits der Appalachen, um weiter expandieren zu können. Nach der Unabhängigkeit der Neuenglandstaaten blieb Kanada beim Mutterland und nahm die Loyalisten aus den 13 Kolonien auf, die die Trennung nicht mitvollziehen wollten. Die Franzosen gerieten so in Kanada in die Minderheit. Haiti erkämpfte im Zuge der Französischen Revolution gegen harten Widerstand Napoleons die Unabhängigkeit als erstes Land in Lateinamerika. Guadeloupe, Martinique und Guayana gehören noch heute zu Frankreich als Departements d'outremer. Dennoch - im Quebec wie in Haiti hat Frankreich tiefe Spuren hinterlassen.

Abb. 10.4: Das französische „Weltsystem“ Anfang des 18. Jhs.



Zwischen 1700 und 1763 erreichte das erste französische „Welt-system“ seine größte Ausdehnung. Zumindest auf dem Papier imponierte es durchaus, konnte sich in seiner Ausdehnung mit den europäischen Konkurrenten messen. Auch wenn nur wenig quantitative Aussagen möglich sind, welche Waren- und Menschenströme in diesem System bewegt wurden, jedenfalls viel weniger als im niederländischen Weltsystem zuvor oder im englischen hernach, so werden doch bereits aus der Graphik seine Schwachpunkte und Besonderheiten deutlich. Erstens ist es kaum möglich, ein eindeutiges Zentrum zu identifizieren. Unter den wichtigen Hafenstädten konkurrierten Ende des 17. Jahrhunderts vier (Le Havre/Rouen, Nantes, Bordeaux und Marseille) um die Spitzenposition, nachdem weitere Konkurrenten wie St. Malo oder La Rochelle aufgrund der schlechten Anbindung an das Hinterland und der Vertreibung der Hugenotten als Konkurrenten ausgeschieden waren. Diese vier Häfen waren aber nicht die Basen der Kriegsmarine. Letztere wurden vielmehr erst in der Ära Colbert unter rein strategischen Gesichtspunkten ganz neu angelegt. Im Mittelmeer waren dies Toulon, im Kanal Brest und in der Biskaya Rochefort, wobei sich letztere Wahl auch noch als nautisch äußerst problematisch herausstellen sollte. Neben das Auseinanderfallen von politischen und wirtschaftlichen Zentren gesellte sich zu allem Überfluss auch noch die Doppelung in Handelshäfen und Marinebasen. In Amsterdam oder London hingegen war alles beisammen: Regierung, Admiralität, Sitz der Fernhandelskompanien, Waffenarsenale, Speicher, Zentralbank, Börse und Werften.

Die vier großen Häfen hatten entsprechend ihrer geographischen Lage unterschiedliche Bezugsregionen. Le Havre war zuständig für den Handel mit Nordosteuropa, insbesondere Amsterdam und Hamburg, von wo aus der Hanseraum abdeckt wurde. Hier wurde ein großer Teil des französischen Getreides exportiert und Fertigwaren importiert. Nantes war ein Zwitter, der sowohl

Richtung Nordosten wie über den Atlantik nach Kanada orientiert war. Über Nantes dürfte viel französisches Salinen-Salz verschickt worden sein. Nantes war auch Haupteinfuhrhafen für Trockenfisch und Pelze aus Kanada. Bordeaux war am ehesten ein typischer Umschlagplatz für Kolonialwaren. Zucker, Rum, Tabak, Kaffee aus der Karibik gelangte hier nach Frankreich. Bordeaux war aber auch Ausfuhrhafen für Wein und zuständig für den Handel mit den spanischen Kolonien via Cadiz. Letzterer erlebte seit 1700, als Philipp von Anjou, der Enkel Ludwigs XIV., auf den spanischen Thron gekommen war, seinen Aufschwung. Hierin lag eines der Motive für den Spanischen Erbfolgekrieg. Mit dieser Orientierung deutete sich der kolonialpolitische Strategiewechsel in der Spätphase der Regierungszeit Ludwig XIV. an. Da die Bemühungen zur Errichtung eines eigenen Kolonialreichs insgesamt nur wenig Erfolg zeigten, versuchte Frankreich, sich das spanische Kolonialreich nach dem Aussterben der spanischen Linie der Habsburger über die Thronfolge in Madrid anzueignen, mindestens aber, es kommerziell zu durchdringen. Die Frage des Asientos, des Monopols im Sklavenhandel zwischen Westafrika und Spanisch-Amerika, war dabei der lukrativste Aspekt. Marseille schließlich hatte seine traditionelle Orientierung behalten. Über Marseille wurde der Levante-Handel mit asiatischen Produkten, aber auch der Handel mit den anderen Mittelmeeranrainern und der Seidenexport abgewickelt. Hier findet sich eine weitere Erklärung, warum der französische Überseehandel eher in Richtung Westen orientiert war, da Marseille kein Interesse haben konnte, dass die alten Routen nach Asien aufgegeben wurden.

Insofern ist **ein** französisches Weltsystem kaum zu erkennen, sondern eher vier Subsysteme mit wenig Integration untereinander. Die heterogene Binnenstruktur Frankreichs setzte sich fort in der Welt. Auch wenn präzise Vergleichsdaten fehlen, so wird deutlich, warum Frankreich immer nur zweitrangige Koloni-

almacht blieb: Zu wenig Siedler, kein integriertes System, Abwicklung des Außenhandels mit Hilfe Dritter, keine gemeinsame Zolllinie, aufgrund der Topographie keine natürliche Binnenintegration, keine Tradition als Seemacht, keine Kriegsflotte, keine Schiffsbautradition. Deshalb kann es nicht verwundern, dass das erste Kolonialreich 1763 bis auf kleine Reste am Ende war, während Großbritannien 1775 mit der Unabhängigkeitserklärung der Neuenglandkolonien zwar auch den Kern des ersten Empire verlor, aber immer noch genügend blieb, den imperialen Anspruch aufrechtzuerhalten und die Ressourcen vorhanden waren, postwendend ein zweites Empire zu errichten.²⁴

Damit kommen wir zur zweiten Säule der Weltreichsambitionen, der Kriegsflotte. Bis 1624 war diese im Grunde nicht existent. Die aufständische Hugenottenhochburg La Rochelle konnte von Seeseite nur mit Hilfe der im Ausland gecharterten Schiffe blockiert werden. Eine systematische Flottenpolitik wurde erst in Angriff genommen, seit Richelieu zu seinen vielen Ämtern auch noch das Amt des Großadmirals übernommen hatte und eine zentrale Marineverwaltung eingerichtet worden war. In Schwung kam der Marineaufbau aber erst zwischen 1659 und 1683 mit der Anlage der drei großen Arsenale in Brest, Rochefort und Toulon sowie der Gründung von Marineakademien in Rochefort, Dieppe und St. Malo. Brest wurde zum Zentrum der Marine als Heimathafen von etwa 60 der größten Schiffe. Da aber weder Brest am Kanal noch Toulon am Mittelmeer die gesamte Flotte aufnehmen konnte, blieb diese immer zweigeteilt. Colbert, seit 1665 auch für die Marine zuständig, setzte die Richelieusche Politik fort und stellte beträchtliche Finanzmittel bereit. Um die Holzversorgung sicherzustellen, erließ er, auch für die Forstverwaltung zuständig, 1669 die „Ordonnance des Eaux et Forêts“, mit der die Wälder in Küsten- und Flussnähe für den

²⁴ Vgl. dazu das monumentale Werk von Vincent T. Harlow, *The Founding of the Second British Empire 1763-1793*. 2 Bde. London 1952, 1964.

Kriegsschiffbau reserviert wurden und alle Aspekte der Forstwirtschaft (Holzschlag, Verkauf, Verwendung) einer strikten staatlichen Regelung unterzogen wurden. 1684/85 wurden die Bestimmungen noch weiter verschärft. Insbesondere die Pyrenäen dienten als Herkunftsregion²⁵. Das Arsenal in Toulon wurde mit Masten aus Savoyen und Eiche aus Italien beliefert. Die ebenfalls 1669 gegründete „Compagnie du Nord“ sollte die Holzversorgung aus dem Nord- und Ostseeraum betreiben, war aber nicht in der Lage, das dortige niederländische Handelsmonopol nennenswert zu brechen. Der Kriegsschiffbau hatte absoluten Vorrang gegenüber dem Handelsschiffbau. Das Importholz war ausschließlich für die Arsenale vorgesehen. Kupfer stammte aus Schweden, Pech aus Preußen und diverse Ausrüstungsgüter für die Schiffe aus den Niederlanden. Resultat dieser Anstrengungen war, dass die Marine zwischen 1661 und 1688 von 20 auf 270 Einheiten aufgestockt wurde – wohlgemerkt alles Kriegsschiffe, während die Handelsmarine weiterhin ihr bescheidenes Ausmaß behielt. Hierfür ist nicht zuletzt der anhaltende Engpass in der Holzversorgung, insbesondere bei Masten, verantwortlich zu machen, der zum Ende des Ancien Régime in einem akuten Holzmangel kulminierte. England konnte dieses Problem lösen. Zwar war der Bestand an englischer Eiche bereits im 18. Jahrhundert auf wenige Reste geschrumpft, doch konnte die Holzversorgung immer durch Importe, erst aus dem Ostseeraum und später aus Kanada, sichergestellt werden²⁶. Für den Zeitraum von 1883 bis 1700 liegen genaue Zahlen vor.

25 Paul Walden Bamford, *French Naval Timber: A Study of the Relation of Forests to French Sea Power, 1660-1789*. Ann Arbor, 1982.

26 Robert Greenhalgh Albion, *Forests and Sea Power: The Timber Problem of the Royal Navy 1652-1862*. Cambridge, Mass. 1926.

Tab.10.2: Ausgaben für die Kriegsflotte 1683-1700 (Mio Livres)

	gesamt	nur Galeeren
1683	11,74	3,21
1684	11,58	2,96
1685	10,79	3,05
1686	10,27	2,85
1687	10,60	3,02
1688	11,98	3,06
1689	20,78	3,50
1690	25,70	4,38
1691	31,48	3,67
1692	33,19	4,03
1693	32,14	3,31
1694	24,00	4,10
1695	19,00	4,40
1696	23,50	4,02
1697	21,25	3,86
1698	15,22	3,67
1699	14,83	3,74
1700	12,50	2,92

Symcox 1974, S. 36.

Bis in die 1680er Jahre gab Frankreich kaum mehr als 10 Mio. Livre für die Kriegsflotte, darunter fast ein Drittel für die Galeeren, aus. Die Relation zeigt, dass das Thema Mittelmeer und militärische Sicherung des Levante-Handels selbst Ende des 17. Jahrhunderts noch nicht ad acta gelegt war. Das eigentliche Flottenbauprogramm fiel in die Jahre 1689 bis 1697, als die Ausgaben bis auf 33 Mio. Livre im Spitzenjahr 1692 fast

verdreifacht wurden²⁷. Ihre relative Bedeutung misst sich im Vergleich zu den Ausgaben für das Heer. Den 33 Mio. Livre des Jahres 1692 für die Marine standen 108 Mio. Livre für die Armee gegenüber.²⁸ Selbst auf dem Höhepunkt der maritimen Anstrengungen war Frankreich, gemessen an der Verteilung des Militärhaushalts, immer noch ganz eindeutig eine Landmacht. Was war das Ergebnis?

Tab. 10.3: Kriegsschiffsbau 1688-1700

	Frankreich		England		Niederlande
	Zahl	in t	Zahl	in t	Zahl
1688	7	6450	-	-	11
1689	7	3250	1	370	6
1690	9	10850	4	1975	6
1691	19 ^a	22450	5	2938	14
1692	13	15500	7	7550	6
1693	15	17950	17	14796	11
1694	3	4400	13	9033	10
1695	9	6110	21	17076	3
1696	1	800	14	6780	3
1697	6	4300	10	8955	5
1698	4	1100	14	10845	1
1699	1	1650	3	2836	11
1700	1	500	1	533	6

Symcox 1974, S. 235-237.

a) davon 10 Einheiten der größten Klasse = 1600-2200 t und 100 Kanonen

²⁷ Geoffrey Symcox, *The Crisis of French Sea Power 1688-1697: From the guerre d'escadre to the guerre de course*. Den Haag 1974.

²⁸ Lynn 1997, S.78.

Die bloße Zahl sagt wenig aus ohne Kenntnis der Größe und Bewaffnung der Schiffe. Das Reglement vom 6.10.1674, im April 1689 revidiert, sah fünf Größenklassen von zuerst 300 t bis 1500 t und später von 300 t bis 3200 t vor, wobei die Schiffe der ersten Klasse ab 1689 mit 100 Kanonen und die der fünften Klasse mit 36 Kanonen zu bestücken waren. Frankreich stellte zwischen 1688 und 1700 etwa 85 Schiffe neu in Dienst, wobei der Höhepunkt 1691-1693 mit 47 Einheiten, vor allem in den beiden größten Kategorien, erreicht wurde. Im Spitzenjahr 1691 wurden zehn in der ersten Klasse, je drei in der zweiten, dritten und vierten Klasse und keines in der fünften Klasse in Dienst gestellt. Diese 19 Einheiten zusammen beliefen sich auf 22.450 t. Der Akzent lag eindeutig auf dem Bau von Linienschiffen.

Wenn man diese Zahlen mit denen der etablierten Seemächte England und Niederlanden vergleicht, werden die außerordentlichen Anstrengungen Frankreichs noch deutlicher. Frankreich baute bis 1692 nicht nur die größeren, sondern auch mehr Schiffe als England und die Niederlande zusammen. Erst seitdem wurde dem französischen Flottenbauprogramm mit der Gegenrüstung der Alliierten begegnet, so dass am Ende die alten Relationen wieder hergestellt waren. Vergleicht man schließlich die Bestandszahlen, berücksichtigt also, dass die niederländische und englische Flotte vor Beginn des französischen Bauprogramms bereits beträchtlich war, und beschränkt sich dabei im Sinne Modelskis auf die „Hauptkampfschiffe“, hier Einheiten mit mindestens 40 Kanonen, ergibt sich ein überraschender Befund.

Tab. 10.4: Europäische Kriegsmarinen im Vergleich^a

	Niederlande	England/GB	Frankreich	Spanien	gesamt
1655	81	109	25	30	245
1660	78	96	33	26	233
1665	95	103	39	24	259
1670	96	83	99	22	300
1675	63	60	90	20	233
1680	54	79	87	18	238
1685	65	82	89	16	252
1690	61	71	100	20	252
1695	74	97	125	24	320
1700	86	115	118	26	345
1705	86	121	106	11	324
1710	81	129	92	0	302
1715	73	124	60	6	263

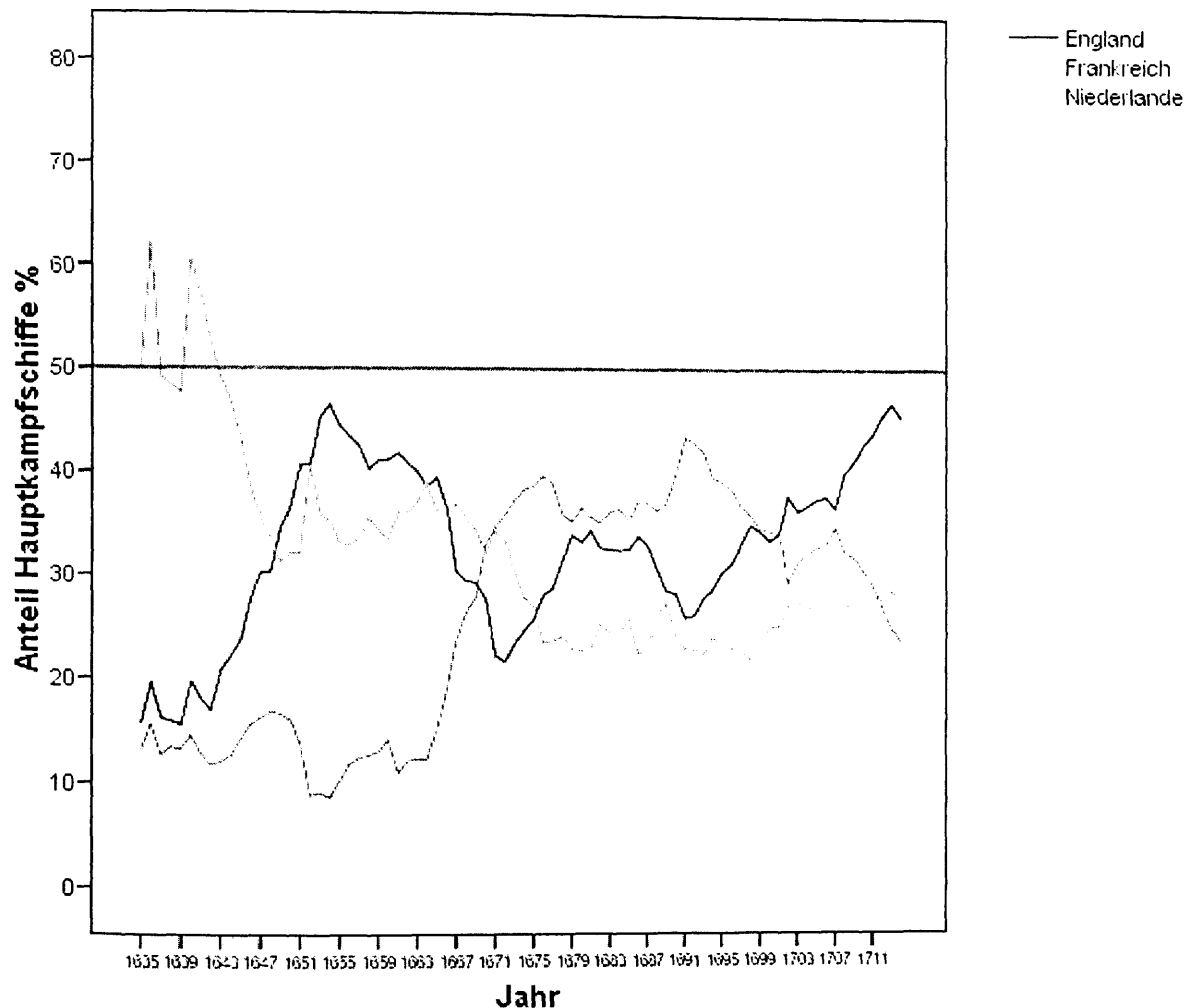
^a) Einheiten mit mindestens 40 Kanonen

Modelski/Thompson 1988, S. 67-68

Die herkömmliche Sicht der Dinge lautet, dass die alte Seemacht Niederlande Ende des 17. Jahrhunderts von England als neuer Seemacht abgelöst wurde, dass der niederländische Hegemoniezyklus nahtlos in den englischen überging. Der Spanische Erbfolgekrieg wäre demnach die Phase dieses Hegemoniewechsels gewesen, England der lachende Dritte eines Konflikts zwischen Frankreich und den Niederlanden in Koalition mit Österreich um das spanische Erbe. Die Vergleichsdaten für die wichtigsten Seemächte bestätigen zwar den Hegemoniewechsel von den Niederlanden auf England über den Zeitraum 1655-1715, sie zeigen aber auch, dass die französische Flotte zwischen 1665 und 1670 einen Sprung von 39 auf 99 Einheiten machte und über 30 Jahre hinweg die stärkste Flotte in Europa blieb. Zwar nur für eine Generation – auch Frankreich war dank der Marinepolitik von

Richelieu und Colbert, die in dieser Hinsicht viel zu wenig wahrgenommen werden, eine formidable Seemacht. Erst seit 1695 machte sich die englische Gegenrüstung bemerkbar und erst seit 1705 übertraf die englische die französische Flotte. Demnach stand Frankreich, gemessen an dem zentralen Indikator Modelskis, für etwa 30 Jahre an der Schwelle, doch eine Hegemonialmacht mit globalen Ambitionen zu werden. Obwohl Modelski die Daten hat, unterschlägt er den französischen Hegemoniezyklus, der sich unschwer rekonstruieren lässt. Warum er ihn unterschlägt, darüber lässt sich nur spekulieren. Vielleicht, weil ein französischer Hegemoniezyklus das gesamte Argumentationschema aus Leitsektoren, Langen Wellen und Hegemoniezyklen sprengen würde. Frankreich verfügte im fraglichen Zeitraum nämlich über keinen eindeutigen Leitsektor, in dem es besonders innovativ gewesen wäre. Auch wird der Fall von der Modelski-Schule zusammen mit Spanien, Deutschland und Russland als Landmacht kategorisiert, die einer anderen Logik zu folgen hat.²⁹ Die Episode zeigt jedenfalls die Grenzen der rigiden Modelskischen Hegemonietheorie.

²⁹ Vgl. dazu Karen A. Rasler/William R. Thompson, *The Great Powers and Global Struggle 1490-1990*. Lexington 1994.

Abb. 10.5: Französischer „Hegemoniezyklus“ 1635 - 1714

nach Tab.10.4.

Wenn es diesen Hegemoniezyklus gab, dann müssen sich zwischen 1670 und 1700 auch maritime Aktivitäten Frankreichs, evtl. sogar ein Seekrieg identifizieren lassen, der als „hegemonialer Ausscheidungskampf“ interpretiert werden kann. 1688 bis 1697 kam es zum Neunjährigen Krieg und 1701 bis 1713 zum Spanischen Erbfolgekrieg. Beide Kriege waren in der Tat keine reinen Landkriege, auch wenn sie aus der deutschen Perspektive so wahrgenommen werden. Es handelte sich auch um Seekriege mit allen Zutaten, die wir schon aus den spanisch-englisch-niederländischen Kriegen 100 Jahre zuvor kennen. Wieder stand eine Landmacht (Frankreich) zwei Seemächten unter Führung des Oraniers, William III. gegenüber. Frankreich machte wie zuvor Spanien Druck an der Landgrenze zu den Niederlanden. Die Eng-

länder wollten durch ein Expeditionscorps den Niederländern zu Hilfe eilen und die Kanalküste blockieren. Wieder wollte die Landmacht Frankreich wie 1588 die spanische Armada durch eine Invasion in England diese Konstellation auflösen und die Reformation in England zurückdrängen. Nur suchte man diesmal den Weg über das katholische Irland. Wieder bedurfte es dazu einer flankierenden Flotte, um die englisch-niederländische Vorherrschaft im Kanal zu brechen. Soweit die Parallelen. Der Unterschied bestand darin, dass Frankreich trotz der gegnerischen Allianz zu Lande keinen Gegner zu fürchten brauchte, da es anders als Spanien 100 Jahre zuvor in der strategisch besseren Position war, obwohl es nicht über ein großes Kolonialreich und dessen Silberlieferungen verfügte. Die französische Flotte sollte nicht nur die Seehoheit im Kanal gewinnen, sondern ein Kolonialreich erobern helfen, das Spanien 100 Jahre zuvor schon lange besessen hatte.

Die Details der Seeschlachten sind hier zu vernachlässigen. Zwar gelang die Invasion in Bantry zur Unterstützung der irischen Loyalisten, die französische Flotte war aber nicht in der Lage, das Übersetzen der Iren nach England abzusichern. In der Seeschlacht vor Beachy Head (1690) waren die Franzosen siegreich, doch konnte dieser Sieg nicht genutzt werden, da inzwischen das gegnerische Flottenprogramm angelaufen war. Im folgenden Jahr kam es zum Gleichstand in den Flottenstärken, die Seehoheit in der Irischen See konnte nicht erreicht werden. Ohne weitere französische Unterstützung mussten die Iren 1691 kapitulieren, die „Glorious Revolution“ konnte ihren Lauf nehmen. 1692 folgte die entscheidende Seeschlacht vor La Hogue, in der die französische Flotte vernichtend geschlagen wurde. Die hegemoniale Herausforderung war abgewehrt. Das Projekt einer Invasion Englands wurde abgeblasen. Frankreich musste anerkennen, dass selbst auf dem Höhepunkt seiner Anstrengungen die Kräfte gegen die etablierten Seemächte nicht

ausreichten, einen Guerre d'escadre (Krieg der Schlachtschiffe) zu führen. Es verlegte sich seitdem auf den Kaperkrieg und verhängte prohibitive Zölle (Guerre de course), die vor allem gegen die Niederlande gerichtet waren. Der Kaperkrieg ist die Waffe des Schwächeren zu See. Auch die Niederländer und Engländer hatten im 16. Jahrhundert gegenüber Spanien und Portugal so begonnen. Die Marinebasis Brest verlor gegenüber Toulon an Bedeutung, da man im Mittelmeer gegenüber den Seemächten die strategisch bessere Position hatte. Allerdings ging der Mittelmeerhandel gegenüber dem Atlantikhandel immer weiter zurück.

Angesichts dieser Entwicklungen war es kein Zufall, dass die französische Ostindienkompanie 1693 bankrott machte und dass ihre wichtigste Niederlassung in Indien, Pondicherry, im gleichen Jahr zeitweilig verloren ging. England und nicht Frankreich sollte Indien prägen. Der Kriegsschiffbau, insbesondere der großen Einheiten, wurde wieder zurückgefahren. Für einen Kaperkrieg waren Schiffe der ersten Klasse mit 100 Kanonen nicht geeignet. Hinzu kam, dass England 1694 bis 1698 in Cadix eine Flottenbasis unterhielt, die strategisch die gegen Frankreich gerichtete Eroberung von Gibraltar (1704) bereits vorwegnahm. Die Zwei Küsten/Zwei Flotten-Problematik wurde erstmals offenbar. Neben dem Kanal sollten die Gewässer am Ausgang des Mittelmeers in Zukunft der zweite große Schauplatz der französisch-britischen Konflikte zur See werden.

Das dritte Feld, auf dem Frankreich seinen globalen Anspruch durchzusetzen suchte, war die Handelspolitik. Colbert musste es ein Dorn im Auge sein, dass der französische Außenhandel so asymmetrisch war (Export von Primärgütern, Import von Fertigwaren), dass Frankreich durchgängig eine negative Handelsbilanz aufwies, so dass permanent Edelmetall abfloss, und dass

dieser Außenhandel weitgehend in den Händen der Niederländer war. Laut einer nicht sehr exakten und zeitlich nicht genau zu verortenden Statistik über den französisch-niederländischen Handel exportierten die Niederländer „jedes Jahr“ für 21,445 Mio. Livres Waren nach Frankreich und importierten von dort Waren im Wert von lediglich 16,701 Mio. Frankreich hatte demnach ein jährliches Handelsdefizit von 4,7 Mio. Livres aufzuweisen. Im französischen Exportwarenkorb befanden sich Wein (6,2 Mio.), Getreide (3,5 Mio.) und Salz (2,5 Mio.) als Hauptbestandteile, im Importwarenkorb diverse Fertigwaren (6,9 Mio.) gefolgt von Gewürzen (3,2 Mio.), Zucker (1,8 Mio.) und Luxusgütern (1,8 Mio.). Rüstungsgüter erreichten immerhin 1,2 Mio. und Metalle 1,5 Mio. Hinzu kam, dass mangels eigenen Frachtraums erhebliche Transportkosten an die Niederländer zu zahlen waren, so allein 200.000 Livres, fast 10 Prozent des Warenwerts, für den Salzexport und dass die Niederländer ihren Überschuss von 4,7 Mio. Livres auf den französischen Kapitalmarkt anlegten und daraus eine jährliche Verzinsung von 775.000 Livres erzielten³⁰. Colbert hatte also gleich mehrere Gründe, dem entgegenzusteuern: Förderung einer Handelsmarine, Förderung einer Manufakturindustrie, Unterbindung des Abflusses von Edelmetall, Erhöhung der Zolleinnahmen. Der französische Merkantilismus erwuchs aus der Praxis und war nicht Resultat einer großen Theorie. Hinzu trat das grundlegende Ziel, Frankreich zu einer großen See- und Kolonialmacht zu machen. Im Verbund von Mutterland und Kolonien sollte eine möglichst autarke Großraumwirtschaft entstehen.

Das dritte Instrument neben den Flottenbau und dem Kolonialerwerb zur Erreichung dieser Ziele war die Zollpolitik. 1664 gilt deshalb als das eigentliche Auftaktjahr des französischen Merkantilismus. In diesem Jahr wurde Colbert Oberintendant der

³⁰ Daten bei Cole 1964, Bd. 1. S. 212-214.

Manufakturen, wurde der Handelsrat als oberstes wirtschaftspolitisches Gremium gegründet, versuchte sich Colbert an einer Zollreform zur Aufhebung der Binnenzölle und wurde der bereits hohe Zollltarif des Jahres 1659 durch einen prohibitiven ersetzt mit eindeutig antiniederländischer Stoßrichtung. England hatte 1651 und 1660 mit den beiden Navigation Acts die Niederländer aus dem englischen Außenhandel herausdrängen wollen. Frankreich verfolgte ein ähnliches Ziel mit seiner Zollpolitik.

So wiederholte sich die Geschichte auch noch an anderer Stelle. Wie die niederländisch-englischen Seekriege als Reaktion auf die Navigationsakte zu verstehen sind, so waren die Kriege zwischen Frankreich und den Niederlanden eine Reaktion auf die französischen Prohibitivzölle. Der dritte Englisch-Niederländische Seekrieg von 1672-1676 war deshalb zugleich ein französisch-niederländischer Landkrieg (1672-1678) und hätte beinahe zum Ende der Niederländischen Republik geführt. Der Friede von Nymwegen 1679 war ein Kompromiss, da Frankreich zwar erhebliche territoriale Gewinne im Osten (Franche Comte, Elsass, Teile der Südlichen Niederlande) verbuchen konnte, dafür aber zum gemäßigten Zollltarif von 1664 zurückkehren musste. Der „Deal“ lautete: Geländegewinn für die Landmacht gegen Freihandel für die Seemacht. Der Neunjährige Krieg (1688-1697) und der anschließende Frieden von Rijswijk sah weitere Rücknahmen der französischen Zölle vor. Das Ergebnis des Zollkriegs wie der kolonialen Bestrebungen muss aus französischer Sicht unbefriedigt gewesen sein. Auch wenn paradoxerweise trotz allem Merkantilismus keine Zeitreihen über den französischen Außenhandel im 17. und 18. Jahrhundert verfügbar sind, so gibt es doch eine späte Momentaufnahme für das Jahr 1776.

Tab. 10.5: Frankreichs Außenhandel 1776 in Mio Livre

Handelspartner	Import	Export
Deutschland	8,6	28,9
England	13,2	10,9
Dänemark	1,3	3,5
Spanien	35,5	44,5
Österreichische Niederlande	10,7	22,0
Genf	0,1	2,1
Holland	22,1	38,3
Neapel	7,2	3,0
Italien	29,8	24,3
Genua	3,9	2,9
Venedig	0,1	0,1
Levante	28,3	22,2
Russland	4,4	3,2
Baltikum	10,0	37,0
Schweden	5,2	5,6
Portugal	3,9	4,4
Savoyen-Piemont	5,6	6,2
Schweiz	7,5	7,6
Europa gesamt	197,4	266,7
Amerikanische Kolonien und Karibische Inseln	136,0	42,0
Guinea		12,6
Indien	36,2	6,9
Kolonialhandel gesamt	172,2	61,5
gesamt	369,6	328,2

Mager 1980, S.177.

Demnach konnte Frankreich seinen Außenhandel im 18. Jahrhundert beträchtlich steigern, sogar ein höheres Wachstum als das

des englischen Außenhandels erzielen und dessen Volumen am Vorabend der Französischen Revolution erreichen³¹. Dies ist ein überraschender Befund, der demonstriert, dass der französische Merkantilismus in dieser Hinsicht erfolgreicher als der englische war. Der Wermutstropfen, der eingefleischte Merkantilisten bitter aufstoßen musste, war, dass Frankreich auch 1776 noch eine negative Handelsbilanz aufwies. Importen von 336 Mio. Livres standen Exporte von nur 328,2 Mio. Livres gegenüber. Immerhin wurde gegenüber dem europäischen Konkurrenten mit 266,7 zu 197,4 Mio. ein deutliches Plus erzielt. Dem stand allerdings ein noch deutlicheres Minus im Handel mit den Kolonien von 61,5 zu 172,7 Mio. gegenüber. Wenn man ferner berücksichtigt, dass erhebliche Teile der Importe aus den Kolonien nach Europa reexportiert wurden, so zwischen 1733 und 1778 80 Prozent des Kaffees oder zwischen 34 und 74 Prozent des Zuckers (nur via Rouen), dann wird deutlich, dass das Plus im innereuropäischen Handel eher durch koloniale Reexporte und nicht nur durch Produkte französischen Ursprungs erreicht wurde. Soweit der Merkantilismus als Gewerbeförderung gedacht war, schlug er sich nur mit Einschränkung in der Außenhandelsstatistik nieder. Die Länderverteilung im Handel mit Europa zeigt immerhin, dass die niederländische Dominanz verschwunden war. Größter Partner war Spanien. Dahinter verbirgt sich der Handel mit den spanischen Kolonien. In der regionalen Verteilung des direkten Kolonialhandels zeigt sich, dass „Indien“ (gleichbedeutend mit Asien) verglichen mit „Amerika“ (hauptsächlich die karibischen Inseln) nur eine marginale Rolle spielte und selbst noch 1776 kaum etwas in Asien absetzen konnte. Diese Aussagen gelten wohlgemerkt für die 1770er Jahre und lassen kein Urteil über die Ergebnisse der Colbertschen Politik zu.

³¹ Nachdem er 1715 nur die Hälfte des englischen betragen haben soll. Vgl. dazu Mager 1980, S. 177.

Dennoch lässt sich der Schluss ziehen, dass das Ergebnis der imperialen Anstrengungen Frankreichs in der Ära Ludwigs XIV. eher ernüchternd war. Der gewaltige Kraftakt zum Bau der größten Kriegsflotte, die Europa bis dato gesehen hatte, reichte nicht aus, die etablierten Seemächte niederzuringen. Die Gründung eines ambitionierten Kolonialreichs war in Unzulänglichkeiten stecken geblieben. In Asien war sie gänzlich gescheitert, in Nordamerika war das Projekt „Neufrankreich“ eine imperiale Überdehnung von Anfang an, konnte der kontinentale Anspruch von der Mündung des Mississippi bis zum Tal des St. Lorenz gegenüber den expandierenden Neuenglandkolonien nicht behauptet werden. In Westafrika blieb es bei einer Nebenrolle. Lediglich in der Karibik waren die französischen Bemühungen erfolgreich. Auch die Zollpolitik blieb eine stumpfe Waffe, die bald wieder eingesteckt werden musste. Weder gelang es, Frankreich zur führenden Industriemacht noch zur führenden Handelsmacht zu machen. Die Niederlande behaupteten ihre Position als Handels- und Finanzmacht, England und nicht Frankreich sollte diese im 18. Jahrhundert beerben und zum industriellen Vorreiter werden. Trotz aller militärischen Größe blieb Frankreich im 150jährigen Wettlauf mit England wirtschaftlich eine zweitrangige Macht.

Was waren die bitteren Konsequenzen? Es war die Beschränkung auf das Terrain, auf dem Frankreichs geopolitische Vorteile lagen: der Status als Landmacht, die Aufgabe der globalen Ambitionen und stattdessen die Konzentration auf den europäischen Kontinent. In Europa wollte man aber nicht imperiale Macht sein wie Spanien zuvor, sondern hegemoniale Macht. Es ging also nicht um die französische Version einer Universalmonarchie, sondern um die Führungsrolle im „Westfälischen Staatensystem“.

10.3. Merkantilismus und Heeresreform

Wenn Frankreich in seinen imperialen Ambitionen zweimal gescheitert ist, in der langen Ära Ludwig XIV. wie in der kurzen Ära Napoleon Bonapartes, wieso konnte es dennoch einen hegemonialen Anspruch über Europa erheben und für gut 150 Jahre auch behaupten? Die schiere Größe allein reicht nicht als Erklärung. Dann hätten auch Österreich/Ungarn und vor allem Russland Kandidaten sein müssen. Wichtiger sind andere Variablen, etwa eine besondere innovatorische Leistung, die sich für alle bisher untersuchten Fälle in einer kritischen Phase, die dem Aufstieg voranging oder ihn zumindest begleitete, nachweisen lässt. Wenn dies im Falle Frankreichs weder industrielle noch kommerzielle, noch agrarische, noch maritime Innovationen waren, was war es dann? Die Antwort lautet: Frankreich war der große institutionelle Innovator des 17. Jahrhunderts und das gleich auf drei Feldern: der Herausbildung des absolutistischen Staates³², der Reform der Armee als dem eigentlichen Machtinstrument dieses Staates nach innen und außen und der Konzeptionalisierung des Merkantilismus, der konsequenterweise weniger entwicklungspolitisch, sondern eher fiskalisch motiviert war. Schließlich sollte der Machtapparat des absolutistischen Staates, seine Armee und dessen Repräsentation, unterhalten und immer weiter ausgebaut werden. Macht und nicht Wohlstand war das eigentliche Ziel der französischen Politik im 17. Jahrhundert³³. Merkantilismus war Machtpolitik. Macht war dazu da, die nationale Sicherheit zu steigern und nicht dazu da, den nationalen Wohlstand zu mehren. Colbert, der so gesehen viel mehr Machtpolitiker als Entwicklungspolitiker

32 Vgl. dazu David Parker, *The Making of French Absolutism*. London 1983.

33 Vgl. zu dieser Alternative grundlegend Jacob Viner, *Power versus Plenty as Objectives of Foreign Policy in the Seventeenth and Eighteenth Centuries*. In: *World Politics* 1.1948, 1. S. 1-29.

war, lieferte die prägnante Formel: „Handel ist die Quelle der Finanzen, die Finanzen sind die vitalen Nerven des Krieges.“³⁴

Auf allen drei Feldern wirkte Frankreich weit über seine Grenzen hinaus, war auch in diesem Sinne hegemonial. Viele europäische Staaten suchten es Frankreich in puncto Absolutismus, Heeresorganisation und Merkantilismus nachzutun. Das Modell Frankreich stellte die eigentliche Alternative zur bürgerlich-liberalen See-, Handels- und Kolonialmacht Niederlande, deren Weg am ehesten von Großbritannien nachvollzogen wurde. Die entscheidenden Schritte wurden in der Regierungszeit der drei prominenten Vertreter der Bourbonen-Dynastie, die das Haus Valois abgelöst hatte, Heinrich IV. (1598-1610), Ludwig XIII. (1610-1663) und vor allem in der langen Regierungszeit Ludwig XIV. (1643-1715)³⁵ getan.

34 zitiert nach Viner 1948, S. 7.

35 Ulrich Muhlack, Absoluter Fürstenstaat und Heeresorganisation in Frankreich im Zeitalter Ludwigs XIV. In: Johannes Kunisch/Barbara Stollberg-Rilinger (Hrsg.), Staatsverfassung und Heeresverfassung in der europäischen Geschichte der frühen Neuzeit. Berlin 1986. S. 249-278; J. Lough, France under Louis XIV. In: Carsten 1961. S. 222-247.

Abb. 10.6: Mazarin, Colbert, Vauban



Wenn die drei Könige die Herrscher waren, dann waren die Architekten die Kardinäle Armand-Jean du Plessis, Duc de Richelieu (1624-1642) und Giulio Raimondo Mazzarino alias Jules Mazarin (1643-1661) als Leitende Minister bzw. Jean Baptiste Colbert (1661-1683), aufgrund seiner Ämterfülle als de facto Leitender Minister. Colbert musste sich in seiner Amtszeit allerdings der Dauerrivalität des Kriegsministers Le Tellier und dessen Sohn und Amtsnachfolgers Louvois (1643-1691) erwehren. Sein analog als Nachfolger vorgesehener Sohn Marquis de Seignelay konnte die Tradition des Vaters nicht fortsetzen, da er bereits im Alter von 40 Jahren gestorben war. Colberts³⁶ konzeptionelle Vorstellungen lassen sich nur mühsam aus seinem Memoranden herausdestillieren, war er doch eher der Praktiker als der Theoretiker merkantilistischer Politik. Sein „Hauptwerk“, datiert aus dem Jahre 1663, trägt den Titel „Memoirs sur les affaires des Finances de France pour server à l’histoire“. Welche prägende, um nicht zu sagen hegemoniale, Kraft er besaß, wird daraus ersichtlich, dass seine erstmals

³⁶ Vgl. dazu Cole 1964.

von Adam Smith als „Merkantilismus“ bezeichnete Politik auch unter dem Begriff „Colbertismus“ firmiert.

Der eigentliche Theoretiker des französischen Absolutismus war Jean Bodin (1530-1596), der 1576 sein Hauptwerk „Les six livres de la Republique“³⁷ veröffentlichte. Der absolute Monarch ist demzufolge der alleinige Inhaber der Souveränität („Der Staat bin ich“). Er steht als deren Quelle überhalb der Gesetze. Da der Monarch sich im Rahmen des Rechts zu bewegen hat, ist er, etwa im Unterschied zum osmanischen Sultan oder dem mongolischen Großkhan, kein Despot. Damit lieferte Bodin eine naturrechtliche Begründung der Souveränität nach innen und außen. Für eigenständige Fürsten ist kein Platz im absolutistischen Staat. Bodin lieferte auch eine erste Begründung für Schutzzölle und eine auf Autarkie gerichtete Handelspolitik durch das Verbot der Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. René Descartes (1596-1650) entwickelte mit seinem „Discours de la methode“ von 1637 die rationalistischen Grundlagen, die das Denken und Handeln des absolutistischen Zeitalters geprägt haben. Damit begründete er das Paradigma der strikten deduktiven Ableitung, das auch noch die spätere Klassik beherrscht hat. Die merkantilistischen Vordenker im engeren Sinne waren Barthélemy de Laffemas (1545-1612), der 1598 sein Hauptwerk „Les trésors et richesses pour mettre l'état en splendeur“ verfasste und Antoine de Montchréstien (1575-1621), dem mit seinem „Traicté des l'oeconomie politique“ von 1615 das Privileg zukommt, den Begriff „Politische Ökonomie“ als erster verwendet zu haben. Damit formulierte er den Grundsatz, dass der Staat als Dirigent der Wirtschaft aufzutreten habe, ein Grundsatz, der die französische Wirtschaftspolitik bis heute prägt. Die Reihe der nachfolgenden prominenten Merkantilisten ist lang. Dazu gehörten Maximilien de Béthune Sully

³⁷ Jean Bodin, Sechs Bücher über den Staat. München 1981.

(1560-1641), Pierre le Pesant de Boisguillebert (1646-1714), Francois de Forbonnais (1722-1800) und vor allem Sebastian de Vauban (1633-1707), der aber nicht nur als merkantilistischer Theoretiker³⁸, sondern auch als imperialer Theoretiker, als Militärtheoretiker³⁹ und unter dem Titel „Erster Ingenieur des Königs“ als Militäringenieur von Befestigungsanlagen und Belagerungsbauwerken hervortrat. Bemerkenswert sind seine beiden Denkschriften von 1699 zu den Kolonien und von 1700 zur Außenpolitik. Vauban kann in seiner Doppelfunktion als Theoretiker und Praktiker am ehesten als Fortsetzer der Colbertschen Ideen verstanden werden. Selbst Richelieu ist mit seinem politischen Testament⁴⁰ in die Reihe der Theoretiker einzuordnen, wird doch in diesem Text unter Hinweis auf Spanien die Einsicht vermittelt, dass das Geld die Basis der Macht sei.

Der französische Merkantilismus beeinflusste zahlreiche Autoren in Deutschland, Österreich und Italien, während die englischen Merkantilisten John Hales (-1571), Thomas Mun (1571-1641), Gerard de Malynes (1586-1641) oder Josiah Child (1630-1699), letzterer zugleich Direktor der Ostindischen Kompanie, eine eigene Tradition begründeten, die eher die Handelspolitik als die Fiskalpolitik und die Gewerbeförderung betraf. Im englischen Merkantilismus spielte die Förderung des Außenhandels eine größere Rolle, wobei das Parlament durch seine Gesetzgebung (Navigation Act, Staple Act u.a.) und nicht die Krone als eigentlicher Akteur fungiert. Die Unterschiede zwischen dem französischen und englischen Merkantilismus erklären sich dar-

38 Werner Gembruch, Zwei Denkschriften Vaubans zur Kolonial- und Außenpolitik Frankreichs aus den Jahren 1699 und 1700. In: Historische Zeitschrift 195.1962. S. 297-330.

39 Werner Gembruch, Vauban. In: Werner Hahlweg (Hrsg.), Klassiker der Kriegskunst. Darmstadt 1960. S. 150-165; ders., Persönlichkeit und Werk Vaubans als „Ingénieur de France“. In: Hans-Walter Herrmann/Franz Irsigler (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der frühneuzeitlichen Garnisons- und Festungsstadt. Saarbrücken 1983. S. 48-63.

40 The Political Testament of Cardinal Richelieu: The Significant Chapters and Supporting Selections. Madison 1961; ferner Louis André, Le Testament politique du Cardinal Richelieu. Paris 1947.

aus, dass der Außenhandel für England die vergleichsweise größere Bedeutung hatte, dass vorrangig die Interessen der Handelskompanien und nicht der Krone bedient werden sollten und dass diese Interessen vom Parlament und nicht einer Bürokratie gewahrt wurden, weil Frankreich sich im fraglichen Zeitraum zu einer absolutistischen Monarchie, England zu einer „konstitutionellen“ Monarchie entwickelte, auch wenn es keine Verfassung gab, und im Parlament agrarische und kommerzielle Interessen vertreten waren. In Frankreich sollte der Merkantilismus zur Stärkung des absolutistischen Staates beitragen, wurde er durch Verordnungen mittels einer Bürokratie durchgesetzt und wurden die Generalstände ausgeschaltet.

Die eigentlichen dogmengeschichtlichen Gegenspieler der französischen Merkantilisten waren aber nicht die Engländer, sondern die Niederländer Hugo Grotius (1583-1645) und Pieter de la Court (1618-1685), die für sich in Anspruch nehmen können, als Freihandelstheoretiker die ersten liberalen Ökonomen gewesen zu sein. Angesichts der kommerziellen Vorreiterrolle der Niederlande ist dieses nicht verwunderlich. Die Niederlande, die im europäischen wie im Welthandel während des 17. Jahrhunderts eine Spitzenposition einnahmen, konnten vom Freihandel nur profitieren. Die Franzosen, deren Außenhandel weitgehend von den Niederländern abgewickelt wurde, dadurch nur verlieren. Selbst aus dieser ersten großen dogmengeschichtlichen Kontroverse der Internationalen Politischen Ökonomie lässt sich die wirtschafts- und machtpolitische Grundkonstellation der eigentlichen europäischen Antipoden im 17. Jahrhundert ablesen. Hier die liberale und republikanische Handels- und Seemacht Niederlande, dort die absolutistische und merkantilistische Agrar- und Landmacht Frankreich.

Innenpolitisch hatte der französische Absolutismus drei Gegner, die es galt, in die Schranken zu weisen⁴¹. Dabei war er sehr viel erfolgreicher als Karl V. oder die Habsburger im Deutschen Reich, die sich einer ähnlichen Konstellation gegenüber sahen. An der religiösen Front war das französische Pendant zu den Lutheranern die Calvinisten (Hugenotten). Während die politische Basis der Lutheraner in Deutschland eher die oppositionellen Fürsten waren, vom sächsischen Kurfürsten und dem Landgrafen von Hessen-Kassel angeführt, die auf diese Weise die Macht des Kaisers zu begrenzen suchten, stützten sich die Calvinisten in Frankreich neben dem oppositionellen Adel auch auf bürgerlich-kommerzielle Kräfte, die in den Fernhandelsstädten ihre Basis hatten. Aus solchen Beobachtungen entstand die Webersche These über den Zusammenhang von protestantischer Ethik und dem Geist des Kapitalismus.

Der erste Hugenottenkrieg währte mit Unterbrechung von 1562 bis 1598 und wurden erst durch den Übertritt des Calvinisten Heinrich IV. zum Katholizismus (1598) beendet. Der politische Kompromiss bestand darin, dass Heinrich die Krone erlangte, das Haus Valois ablöste und die Bourbonendynastie begründete, dafür aber mit dem „Edikt von Nantes“ im gleichen Jahr den Protestanten die Religionsfreiheit einräumte. Dennoch schwelte der Konflikt weiter, zumal den Hugenotten weitgehende Sonderrechte eingeräumt worden waren. Aus Sicht eines Königs, der absolutistische Ambitionen hatte, mussten die Hugenotten mit eigenen Repräsentativorganen und militärischen Verbänden als Staat im Staate erscheinen. Nach diversen protestantischen Aufständen, so in Béarn (1617-1620), kam es 1621-1629 zum zweiten Hugenottenkrieg, der mit der Eroberung der Hugenottenhochburg La Rochelle zum Abschluss kam. Das Ende der Hugenotten als bürgerlich-republikanische Gegenmacht war allerdings

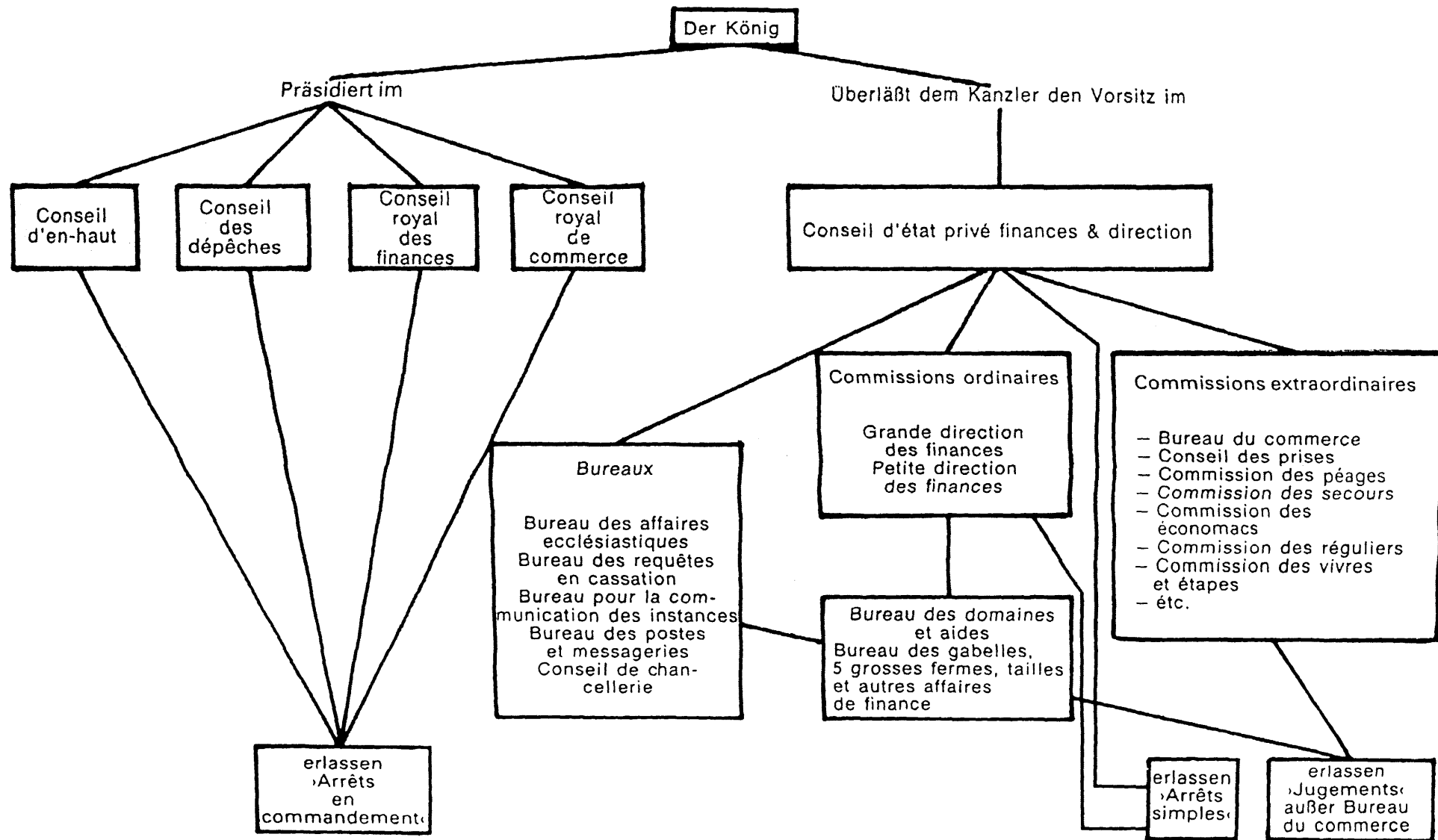
41 Dazu David Parker, *The Social Foundation of French Absolutism 1610-1630*. In: *Past and Present* Nr. 53, 1971. S. 67-89.

erst im Jahre 1685 mit der Aufhebung des Toleranzedikts von Nantes durch Ludwig XIV. gekommen. 200-300.000 Hugenotten verließen Frankreich, und wurden gern von den protestantischen Nachbarn England, Niederlande und Brandenburg mit ihren Kenntnissen und ihrem Kapital aufgenommen. Der Machtzuwachs Ludwigs im Innern wurde so erkaufte mit dem Verlust der bürgerlichen Wirtschaftselite, eine weitere Erklärung, warum Frankreich bei seiner wirtschaftlichen Entwicklung so sehr auf die Karte der staatlichen Regulierung setzte bzw. setzen musste.

Die zweite Front bildeten die Generalstände, die letztmalig 1614 von Ludwig XIII. einberufen worden waren und erst 1789 wieder zusammentreten sollten. Dies löste bekanntlich die Französische Revolution aus, der der letzte Bourbonne Ludwig XVI. zum Opfer fallen sollte. Auch hier der gleiche Zusammenhang: Eine die Macht des Königs einschränkende Institution sollte ausgeschaltet werden um den Preis, dass der König ohne die Steuerbewilligungskompetenz der Stände auszukommen hatte und nach neuen Quellen zur Sicherung der Staatsfinanzen suchen musste. Colbert erschloss diese mit der Zollpolitik oder dem Instrument des Ämterkaufs. Und schließlich musste die Macht des Adels gebrochen werden. 1648-1653 kam es mit dem Aufstand der Fronde zur letzten großen Opposition des Hochadels gegen das absolutistische Königtum. Diese war durch die hohen wirtschaftlichen Belastungen nach dem Eintritt Frankreichs in den Dreißigjährigen Krieg und dessen Fortführung bis zum Pyrenäenfrieden von 1659 ausgelöst worden. Damit ergibt sich als durchgängiges Muster in der Durchsetzung des Absolutismus nach innen, dass jegliche, auch wirtschaftliche, Nachteile in Kauf genommen wurden, wenn es galt, die unbeschränkte Macht des Königs gegen konkurrierende Machtgruppen durchzusetzen.

An die Stelle des Adelsregiments traten, neue Gremien in der Hauptstadt wie in den Provinzen. In Paris umgab sich der König mit einem System von Räten, die nicht mit Vertretern des Hochadels, sondern mit talentierten Bürgerlichen besetzt wurden, die in den Adelsstand erhoben wurden. Mit Beginn des persönlichen Regiments Ludwigs XIV. im Jahre 1661 wurde der Staatsrat (Conseil d'état du Roi) reformiert und hatte seitdem folgende Struktur:

Abb. 10.7: Organigramm des Staatsrates



An der Spitze des Staatsrats (Conseil d'état du Roi), in Wirklichkeit ein Geflecht von Räten, Kommissionen und Büros, stand der König als sein Erster Minister und damit in der Rolle, die zuvor Richelieu und Mazarin wahrgenommen hatten. Der König präsidierte in den vier wichtigsten Gremien, dem „Conseil d'en-haut“, dem „Conseil des dépêches“, dem „Conseil royal des finances“ und dem „Conseil royal de commerce“, wobei der „Conseil d'en-haut“ das eigentliche Machtzentrum bildete. Hier wurden die Fragen der „high politics“, die Fragen von Krieg und Frieden, beraten und entschieden, während die beiden letztgenannten Gremien den Fragen der „low politics“ von Finanzen und Handel gewidmet waren. Dass der König persönlich auch bei wirtschaftspolitischen Grundsatzfragen präsidierte, macht den engen Zusammenhang von Absolutismus und Merkantilismus deutlich. Lediglich das operative Geschäft des „Conseil d'état privé finances & direction“ überließ er seinem Kanzler. Diesen fünf obersten Gremien war der gesamte Unterbau der Büros, der ordentlichen und außerordentlichen Kommissionen, also der Ministerien und ihren Abteilungen, zugeordnet. Die Schaffung der neuen Bürokratie war eine der großen institutionellen Innovationen.

Da Frankreich aufgrund seiner Größe aber nicht nur aus Paris zu regieren war und es zudem galt, die örtliche Macht des Adels zu brechen, wurden in den Jahren 1634-1648 die neue Institution der Intendanten eingeführt. Die Intendanten standen an der Spitze der Provinzverwaltung und waren der Pariser Zentrale weisungsgebunden. Mit Hilfe der Intendanten konnte die Zentrale die Steuern aufbringen, die zur Finanzierung des Machtapparates nötig waren.

Abb. 10.8: Ludwig XIV.



Der absolutistische Staat, der in der Regierungszeit Ludwig XIV. seine höchste Ausprägung erfuhr, war gleichermaßen Selbstzweck wie Mittel zum Zweck. Er sollte die Macht des Königs nach innen gegen rivalisierende Machtgruppen (Hochadel, Hugenotten, Ständeversammlungen) und nach außen gegen rivalisierende Mächte durchzusetzen. Da die staatlichen Institutionen aus Armee, Flotte und Bürokratie erhebliche Mittel für ihren Unterhalt verschlangen, war die elementare Voraussetzung, dass der absolutistische Staat seinen Anspruch überhaupt erheben konnte, die Sicherstellung der Finanzen. Also kam es dar-

auf an, die Ressourcen des Landes zu erfassen, sie in maximaler Weise zu besteuern und das Steueraufkommen einer zentralen staatlichen Verwendung zuzuführen. Unter den Verwendungen war der Aufwand für die Armee mit Abstand der größte Posten, gefolgt von Marine, Bürokratie und der Mittel, die Frankreich als Subsidien an ausländische Fürsten zahlte, um deren Kriegsführung zu unterstützen oder Loyalität zu sichern. Auch die verschwenderische Hofhaltung in Paris und Versailles gehörte dazu, sollte sie doch die Macht und Bedeutung des Königs demonstrieren und den latent oppositionellen Hochadel zwingen, seine Mittel für ein Pariser Luxusleben zu verbrauchen. 1688 verlagerte Ludwig seinen Hauptwohnsitz in das neu gebaute Schloss in Versailles. Für die Aus- und Neubauten am Louvre, den Tullerien und Versailles mussten etwa 80 Mio Livres, davon allein 35-50 Mio für Versailles, aufgewendet werden⁴². Hier war der prunkvolle Rahmen geschaffen, innerhalb dessen der Kult des „Sonnenkönigs“ inszeniert und zelebriert werden konnte, hier war der Ort, wo die französische „soft power“, die kulturelle Hegemonie in Europa ihren Ursprung nahm.

Anders als in den bürgerlichen Niederlanden, wo die Provinzen bzw. Städte bereit waren, beträchtliche Steuern zu zahlen, weil der Nutzen, die Behauptung gegen feindliche Mächte, einsichtig war und weil die Kriegsmarine der Garant des niederländischen Überseehandels war, hatte dieser Transfer in Frankreich eher den Charakter des Tributs. Die Mittel zur Bereitstellung des Öffentlichen Gutes „Sicherheit“ wurden in den Niederlanden freiwillig erbracht. In Frankreich mussten sie erzwungen werden, da die Armee nicht nur „Sicherheit“ nach außen garantieren, sondern auch den Machtanspruch des Königs nach innen durchsetzen sollte. Die vielen Oppositionsbewegungen und Aufstände der Hugenotten, des Adels, der Bauern und

⁴² Cole 1964, S.315.

diverser Regionalbewegungen zeigten, dass die Armee immer auch eine innenpolitische Aufgabe hatte, die eine Flotte schwerlich wahrnehmen konnte. Insofern war Ludwig im Innern kein Hegemon, dem man freiwillig folgt, sondern ein imperialer Gewaltherrscher.

Das Konzept zur Aufbringung, Verwendung und Legitimierung der Ressourcen zum Unterhalt des absolutistischen Staates und seiner Machtapparate lieferte der Merkantilismus. Sein Leitbild lautete: Der politisch und militärisch starke Staat basiert auf einer leistungsfähigen Wirtschaft, um seine Organe zu finanzieren. Eine leistungsfähige Wirtschaft sollte also nicht primär dem individuellen Wohlstand der Mitglieder der Gesellschaft dienen, sondern der Durchsetzung politischer Interessen, die als nationale und nicht als universale (wie im Liberalismus) definiert wurden. Insofern war der Merkantilismus immer eine konservative und nie eine liberale Ideologie. Die Verfolgung des nationalen Interesses diente zugleich auch als Legitimation der sozialen Kosten wirtschaftlicher Entwicklung. Nationalismus wurde zu einer wirtschaftlichen Potenz.

Damit richtete sich der Merkantilismus/Absolutismus nach außen gegen die aus dem mittelalterlichen Denken herrührenden politischen und religiösen Ansprüche von Kaiser (Universalmonarchie) und Papst (Potestas Papae). Nach innen richtete er sich gegen den Partikularismus einzelner Stände. Das Bürgertum sollte zwar in seiner wirtschaftlichen Entwicklung gefördert werden, weil über dessen Besteuerung die Ressourcenbasis des Staates erweitert werden konnte, es sollte daraus aber keine politischen Forderungen ableiten. Der Grundsatz „No taxation without representation“ war absolutistischem Denken gänzlich fremd.

Die Frage, die sich die Merkantilisten stellten, lautete also: Wie lässt sich der Wohlstand eines Landes (nicht seiner Bürger) mehren, um den wachsenden fiskalischen Bedürfnissen des Staates Rechnung zu tragen? Im Unterschied zu England, wo das Parlament, zu Deutschland, wo die Territorialfürsten, oder zu Italien, wo die Stadtstaaten und Banken die Akteure merkantilistischer Politik waren, sollten diese Akteure in Frankreich ausschließlich das absolutistische Königtum und seine neu geschaffene Bürokratie in Paris wie in den Provinzen sein. Die einzelnen Dimensionen merkantilistischer Politik lassen sich in Anschluss an Eli Heckscher⁴³, der diesem als Liberaler sehr skeptisch gegenübersteht, wie folgt beschreiben und in ihren Ergebnissen bewerten:

(1) Merkantilismus als System zur Bildung des Nationalstaates durch Integration nach innen und Separation nach außen. Hier war Colbert nur bedingt erfolgreich. Zwar gelang es zeitweise, einen hohen Außenzoll durchzusetzen, doch misslang die Bildung eines einheitlichen Zollgebiets im Innern. Die alten Zollgrenzen zwischen den „cinq grosses fermes“ und dem übrigen Frankreich blieben bestehen.

(2) Merkantilismus als System der Gewerbeförderung. Auch hier war Colbert nur bedingt erfolgreich. Die Industrialisierungserfolge betrafen eher den Bereich der Luxusgüter. Im Bereich der Massenkongsumgüter konnte der Rückstand gegenüber den Niederlanden nicht wettgemacht werden. Auch gelang es den staatlich geförderten und vielfach durch persönlichen Druck und persönliche Einlagen des Königs, seiner Minister und sonstiger Adelliger finanzierten Handelskompanien nicht, sich dauerhaft zu behaupten und den niederländischen und britischen Ost- und

⁴³ Eli Heckscher, Der Merkantilismus. 2 Bde. Jena 1932, hier Bd. 1; ferner Charles Woolsey Cole, French Mercantilism 1683-1700. New York 1965.

Westindienkompanien, aber auch den Levante-, Guinea- und Moskau-Kompanien ernsthafte Konkurrenz zu machen. Immerhin wurde Frankreich ab 1671 autark im Schiffbau.

(3) Merkantilismus als Schutzsystem. Soweit die Landwirtschaft betroffen war, lässt sich immerhin feststellen, dass die französische Landwirtschaft für lange Zeit, ihre kleinbäuerliche Struktur erhalten konnte. Anders als die Niederlande blieb Frankreich in der Nahrungsmittelproduktion autark, konnte sogar erhebliche Agrarexporte verzeichnen. Insgesamt muss die Landwirtschaft so ertragreich gewesen sein, dass deren Besteuerung die eigentliche finanzielle Basis des Absolutismus war. Ob dies ohne Merkantilismus anders gewesen wäre, ist eine offene Frage. Ein Nebeneffekt war (und ist) die Qualität der französischen Küche, die bis heute von der Qualität und Produktvielfalt der lokalen Landwirtschaft abhängt. Agrarfreihandel und internationale Arbeitsteilung im Bereich der Nahrungsmittelerzeugung führen auch zu einer Uniformierung bzw. Globalisierung der Essgewohnheiten. Die bescheidene Qualität der britischen Küche ist auch eine Folge des Agrarfreihandels seit Mitte des 19. Jahrhunderts (Aufhebung der Corn Laws u.a.).

(4) Merkantilismus als Geldsystem, um den Edelmetallvorrat des Landes zu erhöhen. In der merkantilistischen Vorstellung maß sich der Wohlstand eines Landes am Vorrat von Edelmetall. Eine Veränderung dieses Vorrats wurde mit Wohlstandsgewinn bzw. Wohlstandsverlust gleichgesetzt. Um den Edelmetallvorrat zu vergrößern, bieten sich theoretisch verschiedene Möglichkeiten. Anders als im Falle Spaniens schied der koloniale Edelmetallbergbau mangels eigener Vorkommen aus⁴⁴. Die Suche nach

⁴⁴ Die Opposition des Sächsischen Kurfürsten gegen Karl V. und seine Protektion Luthers findet eine Erklärung in dem Umstand, dass in Sachsen Edelmetallabgebaut wurde.

Gold als Motiv für den Kolonialerwerb war nur für Spanien und später Portugal, aber niemals für Frankreich, England oder die Niederlande von Erfolg gekrönt. Der Versuch, Spanien seine überseeischen Minen abspenstig zu machen, ist gescheitert. Weder gelang es, Mexico aus dem spanischen Kolonialreich herauszuberechnen, noch dass spanische Kolonialreich im Erbfolgekrieg in toto zu erwerben. Bei der Möglichkeit, die spanischen Silberflotten zu kapern, war Frankreich mangels Flotte weniger erfolgreich als die niederländischen oder englischen Freibeuter.

(5) Wenn man die unseriöse Methode der Alchemisten, Gold machen zu wollen, ausscheidet, blieb zur Steigerung des Edelmetallvorrats nur die Erzielung einer positiven Handelsbilanz. Zu deren Ausgleich hätten die Partner Edelmetall exportieren müssen. Diese Methode wurde lange Zeit sehr erfolgreich von den Niederlanden verfolgt. Ein großer Teil des amerikanischen Silbers diente zum Ausgleich des spanischen Defizits im Handel mit den Niederlanden. Hier setzte auch Colbert an, der es den Niederländern gleichtun wollte. Der Handel via Cadix zur Belieferung der spanischen Kolonien sollte gefördert werden, um so an das amerikanische Silber heranzukommen. Umgekehrt sollte der Levante-Handel via Marseille reduziert werden, weil von dort ein beständiger Edelmetallabfluss zu verzeichnen war. Aus dieser Überlegung wird auch deutlich, warum Frankreich gegenüber Amerika die größeren kolonialen Anstrengungen als gegenüber Asien unternahm. Um mit dieser Strategie langfristig erfolgreich zu sein, hätte Frankreich aber industriell mit den Niederlanden gleichziehen müssen, um wettbewerbsfähige Produkte anzubieten, und diese in Spanien hätte ablösen müssen. Weder das eine noch das andere konnte im 17. Jahrhundert erreicht werden. Die Zahlen für das Jahr 1776 (vgl. Tab. 10.5) zeigen immerhin, dass man hier langfristig durchaus Erfolge vorzuweisen hatte. Gerade mit Spanien wurde eine positive Handelsbi-

lanz erzielt. Dabei dürften aber bereits zu Colberts Zeiten eher französische Luxusgüter und kaum Massenkongsumgüter den Exportwarenkorb gefüllt haben.

(6) Merkantilismus als Kolonialsystem. Hier unternahm Frankreich zweifellos große Anstrengungen. Doch wurde bereits festgestellt, dass dabei lediglich in der Karibik mit Zucker und Kaffee ein dauerhafter Erfolg erzielt wurde. Das Kolonialreich in Nordamerika bestand eher auf dem Papier und war nur kurzlebig. Gleiches gilt für die Faktoreien in Indien. Mehr als eine zweitrangige Kolonialmacht sprang nicht heraus.

(7) Merkantilismus als Machtsystem nach außen und innen. In dieser Hinsicht war Frankreich zweifellos am erfolgreichsten. Hierzu gehörte die beträchtliche Steigerung der Staatseinnahmen durch direkte (Taille, Capitation, Dixième, Cinquatrième, Vingtième) und indirekte (Gabelle, Aides, Akzise) Steuern, durch Zölle (Traites), die Einnahmen staatlicher Unternehmen und den Verkauf von Ämtern zur Finanzierung des Machtapparats. Hierzu gehörte ferner dessen Aufbau aus Bürokratie, Stehendem Heer und Flotte und die Förderung der Rüstungsindustrie. Hierzu gehörte schließlich die Ausschaltung konkurrierender Machtgruppen im Innern wie Zünfte, Gilden, Adel, Klöster und Hugenotten. In dieser Hinsicht hatte Frankreich sein Gesicht im Verlaufe des 17. Jahrhunderts radikal verändert.

Tab. 10.6: Steuern und steuerliche Belastung 1453-1683

	Steuern in Mio. Livre	Agrarproduktion in Mio. Livre	Steuern in % der Agrarproduktion
1453	1,8	16,2	9,2
1482	5,4	41,8	13,0
1523	5,5	116	4,8
1547	7,4	178	4,2
1588	24	480	5,0
1607	31	389	8,1
1615	35	425	8,2
1641	78	533	14,4
1661	79	744	10,4
1675	98	514	18,6
1683	106	690	15,5

Braudel/Labrousse 1997. Bd. 1, S. 979.

Auch wenn die Steuereinnahmen⁴⁵ im gesamten dokumentierten Zeitraum anstiegen, so war doch der Anstieg zwischen 1615 und 1642 von 35 auf 78 Mio. Livres und nochmals zwischen 1661 und 1675 von 69 auf 98 Mio. Livres bemerkenswert. Der Gipfel bei den Einnahmen wurde in den 1690er Jahren erreicht, wobei der Anteil der außerordentlichen Steuern besonders wuchs. Gemessen am Wert der Agrarproduktion, der eigentlichen Quelle des Steueraufkommens, stieg die Steuerquote von 8,2 (1615) über 14,4 (1641) bis auf 18,6 Prozent (1675)⁴⁶. Ende des 17. Jahrhunderts dürfte sie im Schnitt das Doppelte wie zu Beginn des 17. Jahrhunderts betragen haben. Diese nicht nur absolute, sondern auch relative Steigerung unterstreicht eindrücklich, wie er-

⁴⁵ Dazu Alain Guéry, Les finances de la monarchie française sous l'ancien régime. In: Annales. Histoire, Sciences Sociales. 33.1978,2. S. 216-239; ferner Richard Bonney, The King's Debts: Finance and Politics in France 1589-1661. Oxford 1981.

⁴⁶ Daten bei Mager 1980, S. 114.

folgreich der Staat an der „Steuerfront“ war und wieso er überhaupt in der Lage sein konnte, die gewaltigen militärischen Anstrengungen zwischen 1635 und 1715 zu finanzieren.

Bleibt schließlich (7) der Merkantilismus als Ordnungssystem. Auch hier war Frankreich, soweit die Formulierung und Durchsetzung von Prinzipien gemeint ist, erfolgreich. Das Wohl des Staates stand eindeutig im Vordergrund gegenüber dem Wohl des Einzelnen. Die staatliche Aufsicht über die Wirtschaft konnte durchgesetzt werden, die mittelalterlichen Beschränkungen des Wirtschaftens durch Zunftordnungen konnten weitgehend aufgehoben werden. Die Außenbeziehungen unterstanden einer strikten staatlichen Kontrolle. Auch konnte der Einfluss der Moral auf Wirtschaft aufgehoben werden, die sich zuvor in der Ächtung von Zins, Wucher, Luxuskonsum, Tabak- und Alkoholgenuss, Sklavenarbeit und Erwerbsstreben geäußert hatte. Nur so konnte der Verbrauch (und die Besteuerung) von Kaffee, Kakao, Zucker, Tabak und anderen Kolonialwaren überhaupt ein Geschäft werden. Nur so rechnete sich der Erwerb von Kolonien, die Anlage von Plantagen, der Einsatz von Sklaven und der Handel mit kolonialen Genussmitteln aus Sicht des Staates überhaupt. Die Toleranz gegenüber Andersgläubigen (Edikt von Nantes) war zumindest für fast 100 Jahre (1598-1685) garantiert. Dass es zwei Jahre nach dem Tod Colberts wieder aufgehoben wurde, war sicher nicht zufällig. Im Zweifelsfalle war der absolute Machtanspruch des Königs sogar durchzusetzen, wenn damit die ordnungspolitischen Prinzipien des Merkantilismus verletzt wurden.

Die französischen Merkantilisten hatten auch kein Verständnis von Kapital und Arbeit als Quelle von Wohlstand, wie später die Klassiker. Der Wohlstand eines Landes repräsentierte sich im Vorrat von Edelmetall und nicht in seinen produktiven Kräften.

ten, der schöpferischen Kombination von Boden, Kapital und Arbeit. Das Edelmetall sollte nicht als Kapital dienen und für Investitionszwecke verwendet werden, sondern zur Finanzierung der Staatsausgaben, insbesondere des Militärhaushalts. Damit wurde es im wahrsten Sinne des Wortes verpulvert. Der Zusammenhang von Silberzufluss und militärischer Macht im Falle Spaniens war den französischen Politikern augenscheinlich. Dessen Machtverfall als eine der Folgen des Silberabflusses gerade in die aufständischen Niederlande ebenso. Wohlstand wie Macht waren so verstanden relative Güter. Was der eine verlor, gewann der andere. Da es nicht gelang, Spanien in dieser Hinsicht zu beerben, musste die eigen Landwirtschaft als Äquivalent für das Silber dienen. Frankreich wurde zum Steuerstaat. Ob Colbert die langfristig kontraproduktive Wirkung seiner Politik, die private Kapitalbildung zu beeinträchtigen, bewusst war, bleibt unklar. Vielleicht war er aber auch in diesem Sinne ein klassischer Realist, der alles, auch wirtschaftliche Interessen, dem eigentlichen Ziel, der maximalen Machtentfaltung des französischen Staates, unterordnete.

Die Armee war das eigentliche große Staatsunternehmen in der Epoche Ludwig XIV., das alles andere in den Schatten stellte. Frankreich wurde so zum klassischen Fall einer Landmacht, die Militärmacht und kaum Handelsmacht ist. Bei diesem Projekt sind die quantitativen Aspekte ebenso beeindruckend wie die qualitativen, alles das, was unter dem Begriff der „Militärischen Revolution“ verstanden wird. Fundamental bei dieser „Revolution“ waren zwei Aspekte. Der eine betraf die konsequente Umstellung der Armee von einem feudalen Heer, dass in jedem Konfliktfall immer wieder neu unter Berufung auf die Lehensverpflichtungen des Adels mobilisiert werden musste, zu einem kasernierten Stehenden Heer auch in Friedenszeiten. Im Unterschied zu den Söldnerarmeen des Dreißigjährigen Krieges oder auch der Flandernarmee des Herzog Alba setzte Frankreich zudem

konsequent auf die Rekrutierung von Franzosen, um deren Loyalität im Falle von Niederlagen oder ausbleibenden Soldzahlungen zu behaupten. Dies war für Frankreich angesichts einer Bevölkerung von 20 Millionen allerdings eher möglich als für kleine Länder. Lediglich die Tradition der Schweizer Regimenter wurde beibehalten. Der andere Aspekt betraf die Strategie. Trotz aller Eroberungsfeldzüge an der Rheingrenze war die französische Armee in ihrer Grundidee eine Defensivarmee. Frankreichs Grenzen sollten sich an der Topographie (Atlantik, Mittelmeer, Pyrenäen, Alpen, Rhein) orientieren, wobei diese natürlichen Grenzen durch großdimensionierte Festungsanlagen gesichert werden sollten.

Beginnen wir mit der quantitativen Dimension⁴⁷. Klar ist, dass die Armee im Verlauf des 17. Jahrhunderts eine beträchtliche Zunahme erfahren hat. Weniger klar ist die präzise Bestimmung dieser Zunahme. Die Unklarheit beginnt bereits mit der Frage, was alles unter dem Begriff „Armee“ zu verstehen ist. Gehören dazu nur die regulären Soldaten oder auch die Milizen, gehört dazu nur das Heer oder auch die Marine? Gehören dazu nur die Soldaten, die im Feld stehen, oder auch die Garnisonstruppen? Da hier das Thema Frankreich als Landmacht im Vordergrund steht, wird unter „Armee“ nur das Heer ohne Unterscheidung zwischen Feldarmee und Garnisonstruppen gezählt, wobei Milizen unberücksichtigt bleiben. Das zweite definitorische Problem besteht im Unterschied zwischen der Armee im Frieden und der Armee im Krieg. Auch wenn es die Tendenz der Zunahme gab, so gab es doch trotz des Prinzips „Stehendes Heer“ beträchtliche

47 Dazu die grundlegenden Arbeiten von John A. Lynn, *The Growth of the French Army during the Seventeenth Century*. In: *Armed Forces & Society*, Nr. 6, 1980. S. 568-585; ders. *Food, Funds, and Fortresses: Resource Mobilization and Political Warfare in the Campaigns of Louis XIV*. In: Ders. (Hrsg.), *Feeding Mars: Logistics in Western Warfare from the Middle Ages to the Present*. Boulder 1993. S. 137-159; ders., *Recalculating French Army Growth during the Grand Siècle, 1610-1715*. In: *French Historical Studies*, 18.1994, 4. S. 881-906; ders., *Giant of the Grand Siècle: The French Army, 1610-1715*. Cambridge 1998.

Schwankungen zwischen Kriegs- und Friedenszeiten. Und schließlich ist zwischen Soll- und Iststärke zu unterscheiden, da beide Größen beträchtlich voneinander abweichen. Den Forschungen von Lynn⁴⁸ ist es zu verdanken, dass wir über den Zeitraum vom Ende des 16. Jahrhunderts bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts über recht präzise Zahlen verfügen.

Tab.10.7: Stärke der Armee 1570er Jahre bis 1756^a

	Frieden	Krieg	Ist
Anfang 1570er	12.700		
1589-1598 (Religionskriege)		50-60.000	
1600-1615	10.000		
1635-1648 (30 jähr. Krieg)		200.000	125.000
1660-1666	72.000		
1667-1668 (Devolutionskrieg)		134.000	
1672-1678 (Niederl. Krieg)		279.600	253.000
1678-1688	165.000		
1688-1697 (Neunjähriger Krieg)		420.000	340.000
1689-1700	140-145.000		
1701-1714 (span. Erbfolgekrieg)		380.000	255.000
1715-1725	130-160.000		
1740-1748 (österr. Erbfolgekrieg)		390.000	
1749-1756	160.000		

Lynn 1998, S. 55

^{a)} nur Heer (ohne Marine und Milizen)

Demnach betrug die Stärke der Armee in Friedenszeiten zu Beginn der 1570er Jahre etwa 12.700 Mann. Die Hugenottenkriege

⁴⁸ Vor allem Lynn 1998.

führten erstmals im letzten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts zu einer beträchtlichen Steigerung auf etwa 50-60.000. Mit Beginn der Regierungszeit Heinrich IV. ging die Zahl wieder auf die normale Friedensstärke von 10.000 zurück. Erst der Eintritt in den Dreißigjährigen Krieg (1635) führte zu einer Explosion auf 200.000 Mann (Sollstärke). Dies war das Werk Richelieus und sollte den Krieg entscheiden. Tatsächlich dürfte Frankreich aber nur etwa 125.000 Mann mobilisiert haben. Seitdem begann der kontinuierliche Aufbau auch in Friedenszeiten. In den 1660er Jahren betrug die Friedensstärke etwa 72.000, im kurzen Devolutionskrieg (1667-1668) 134.000 Mann (Soll). Die ganz große Expansion erfolgte erst im Niederländischen Krieg (1672-1678) auf 279.600 Mann (Soll) bzw. 253.000 Mann (Ist). Dies war das Werk Le Telliers. Damit dürfte Frankreich die mit Abstand größte Armee in Europa gestellt haben und war auf dem besten Wege, ein Militärstaat zu werden.

Nach dem Niederländischen Krieg ging die Zahl zwar wieder auf 165.000 Mann zurück, betrug aber immer noch mehr als das Doppelte gegenüber der Zeit nach dem Pyrenäenfrieden. Der letzte quantitative Schub erfolgte im Neunjährigen Krieg (1688-1697) auf 420.000 Mann (Soll) bzw. 340.000 Mann (Ist). Dies war das Werk von Louvois und markierte die Grenze. Selbst bei einer Bevölkerung von 20 Millionen war der Gipfel der Mobilisierungsfähigkeit erreicht, zumal diese Phase auch noch mit dem Gipfel der Kriegsmarine zusammenfiel. Danach sank die Zahl wieder auf 140.000 bis 145.000. Der letzte Gipfel wurde im Spanischen Erbfolgekrieg (1701-1714) mit 380.000 Mann (Soll) bzw. 255.000 Mann (Ist) erreicht. Seitdem wurde die Armee auf die mittlerweile übliche Friedenstärke von 130.000 bis 160.000 Mann zurückgeführt. Erst der Österreichische Erbfolgekrieg Mitte des 18. Jahrhunderts (1740-1748) erlebte eine nochmalige Steigerung auf 390.000 Mann (Soll). Bleibt die Frage nach der relativen Stärke im Vergleich zu den europäischen Konkurren-

ten, wobei hier nur Durchschnittswerte von Krieg und Frieden bzw. Soll und Ist zugrunde gelegt werden können.

Tab. 10.8: Europäische Armeen 1615-1715 in 1000 Mann^a

	Spanien	Frankreich	England/GB	Österreich	Niederlande	Schweden	Deutschland
1615-19	30	20	40	20	30	15	
1620-24	150	20	45	62	48	15	
1625-29	200	30	50	107	70	27	
1630-34	200	140	57	98	70	120	
1635-39	180	150	64	89	70	150	
1640-44	160	150	70	79	70	110	4
1645-49	140	150	70	70	44	70	8
1650-54	120	150	44	25	40	70	12
1655-59	100	111	25	45	36	75	26
1660-64	64	61	5	65	32	60	13
1665-69	27	101	16	50	28	60	18
1670-74	49	139	15	50	24	63	20
1675-79	70	228	15	45	40	63	23
1680-84	62	179	16	40	57	63	28
1685-89	55	214	48	35	73	63	24
1690-94	48	334	76	30	83	90	29
1695-99	41	268	50	50	95	90	34
1705-09	50	321	93	100	79	105	43
1710-14	30	263	65	133	71	110	42
1715-19	38	122	35	165	62	110	61

^a Durchschnittswerte

Quelle: Rasler/Thompson 1994, S. 196-197.

Demnach waren die europäischen Armeen vor dem Dreißigjährigen Krieg alle klein. Spanien stellte, was nicht verwunderlich

ist, zwischen 1620 und 1645 die stärkste Armee. Die beiden Habsburger Armeen zusammen wurden nur durch das schwedisch-französische Bündnis ab 1635 in Schach gehalten. Hier wird nochmals deutlich, welcher kriegsentscheidender Faktor der Eintritt Frankreichs in den Dreißigjährigen Krieg war und weshalb Spanien ein so dringendes Interesse hatte, mit den Niederlanden Frieden zu schließen, um den Rücken frei zu bekommen. Frankreich übertraf nämlich erstmals in den späten 1640er Jahren die Stärke der spanischen Armee und konnte die Fortsetzung des Krieges nach 1648 bis zum Pyrenäenfrieden mit überlegenen Kräften bestreiten.

Seit den 1660er Jahren machte sich der französische Heeresaufbau nicht nur absolut, sondern auch in Relation zu den anderen europäischen Staaten bemerkbar. Spanien sank auf eine zweitrangige Militärmacht herab, auch Österreich, die Niederlande und Schweden rüsteten nach 1648 ab, die deutschen Fürsten spielten militärisch nur eine geringe Rolle und England verstand sich eher als Seemacht. In den 1670er Jahren verfügte Frankreich nicht nur mit Abstand über die größte Armee in Europa, sondern konnte gleichviel oder gar mehr Soldaten aufbieten, wie alle anderen europäischen Mächte zusammen! Die Marke des Modellschen Hegemoniekoeffizienten war erreicht. Seit den 1680er Jahren begannen die europäischen Konkurrenten, abgesehen von Spanien, zwar mit ihrer Gegenrüstung, doch konnte Frankreich aufgrund seiner anhaltenden Mobilisierung die relative Position behaupten. Selbst während des Spanischen Erbfolgekrieges konnte es, wenn man den neuen spanischen Verbündeten hinzuzählt, die 50 Prozent-Marke behaupten. Bereits die nackten Zahlen machen deutlich, dass Frankreich auf dem europäischen Kontinent Hegemonialmacht geworden war und die französische Hegemonie nur durch eine große Koalition aller anderen Mächte austariert werden konnte. Dies war die Absicht der bei-

den Haager Allianzen aus den Niederlanden, England, Österreich, dem Reich und Schweden.

Die Charakterisierung Frankreichs als Landmacht ist aber nicht nur eine Frage der Quantitäten. Die eigentliche innovatorische Leistung war qualitativer Art. Gemeint ist alles das, was sich seit 1661 unter dem Begriff Heeresreform fassen lässt. 1661 war das eigentliche Wendejahr: das Todesjahr Mazarins und der Beginn des persönlichen Regiments Ludwig XIV., das Jahr der Reform des Staatsrats, der Konstituierung des Finanzrats und der Bestellung Colberts zum Intendanten von Handel und Finanzwesen. 1661 markierte schließlich, zwei Jahre nach dem Pyrenäenfrieden, die endgültige Ablösung Spaniens durch Frankreich als europäische Führungsmacht, war der Zeitpunkt, in dem die Armee von der Kriegsstärke im Dreißigjährigen Krieg auf ihre Friedensstärke reduziert wurde, und das Jahr, in dem der eigentliche Aufbau zum größten Stehenden Heer in Europa begann. Dieser war das Werk des Kriegsministers Le Tellier und seines Sohnes Louvois, der seinen Vater 1662 in diesem Amt ablöste, während Colbert „nur“ für die Bereitstellung der Finanzmittel zu sorgen hatte. Allerdings waren viele Aspekte der Heeresreform bereits in der Ära Richelieu vorbereitet worden. Die Heeresreform war aber nicht unumstritten. Richelieu und Colbert dachten mindestens gleichermaßen in den Kategorien einer Seemacht und suchten parallel die Marine, den Erwerb von Kolonien und den Außenhandel zu fördern. Der innenpolitische Dauerkonflikt zwischen Colbert/Seiguelay und Le Tellier/Louvois war deshalb im Grunde auch ein Konflikt um die Frage, ob Frankreich sich in Richtung Seemacht und damit Handelsmacht entwickeln sollte oder, wie es dem Denken der französischen Elite viel eher entsprach, Landmacht bleiben und Kriegsmacht werden sollte.

Unter dem Begriff Heeresreform sind eine Bündel von Maßnahmen zu verstehen, die die Organisation der Armee, ihre Verwaltung, ihre Ausrüstung und Versorgung, aber auch Fragen der Effektivität, der Strategie und Taktik, der Bewaffnung und Logistik betrafen. Dreh- und Angelpunkt war die Durchsetzung des königlichen Gewaltmonopols in allen militärischen Fragen. Der König - und nur der König - sollte der Oberbefehlshaber der Armee sein, nur der König sollte Soldaten rekrutieren dürfen und nur der König bzw. die Staatskasse sollte für den Unterhalt der Armee aufkommen. Die noch bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges übliche Praxis, dass Kriegsherren - ob Feldherren wie Wallenstein, Obristen oder sogar Hauptleute - als Kriegsunternehmer fungierten, auf eigene Rechnung Söldner anwarben, sie meistbietend an einen Fürsten verschachteten, wurde durch das Prinzip der Verstaatlichung des Krieges ersetzt.

Mit der Verstaatlichung einher ging die Verstetigung des Militärwesens. Die Improvisationen der privaten Söldnerarmeen wie der noch älteren Feudalheere in puncto Rekrutierung, Bewaffnung und Versorgung sollten durch ein Stehendes Heer ersetzt werden, bei dem alle nur denkbaren Aspekte einem strikten Reglement zu unterwerfen waren. Die Soldaten sollten Franzosen sein und grundsätzlich nur auf freiwilliger Basis rekrutiert werden. Sie sollten ausschließlich Soldaten sein und kein anderes Engagement haben. Also bedurfte es einer attraktiven und ausreichenden Besoldung. Sie sollten über eine Musterung als diensttauglich erkannt werden. Sie sollten einheitliche Uniformen tragen, in Kasernen untergebracht sein, regelmäßigen Sold und Verpflegung beziehen und in einem Register erfasst werden. Sie sollten eine standardisierte Bewaffnung haben und ihr Dienst einem strikten Reglement unterworfen sein. Um diese Ziele zu erreichen, aber auch zu verstetigen, um nicht immer wieder improvisieren zu müssen, war eine Heeresverwaltung aufzubauen, waren Kasernen, Vorratsmagazine und Waffenarsenale

anzulegen, ferner Hospitäler und sogar Unterkünfte für die Kriegsoffer wie das Hotel des Invalides in Paris.

Die Armee sollte eine klare Hierarchie und Befehlskette aufweisen mit den vier Grundeinheiten Kompanie und Hauptmann, Bataillon und Major, Regiment und Oberst sowie Armee und General. An diesen Begriffen erkennt man, dass die internationale Militärsprache französisch wurde. Alle Offiziere wurden vom König ernannt. Die Offiziersanwärter wurden in Kadettenschulen einer professionellen Ausbildung unterzogen, statt als Dilettanten zu fungieren, die nur durch ihren Adelsrang zum Offizier legitimiert waren. Auch hier ist wieder die Doppelstrategie erkennbar, die uns bereits bei der Einführung der Intendanten begegnet ist. Die Ersetzung des Adels durch ausgebildete Offiziere entmachtete den Adel in einer weiteren Schlüssel-funktion und diente gleichzeitig der Professionalisierung des Machtapparats. Neben der Kavallerie und der Infanterie sollte die Artillerie eine eigenständige Waffengattung bilden und das Ingenieurcorps als neue Waffengattung hinzukommen. Auf Disziplin und Drill der Soldaten wurde besonderer Wert gelegt. Um all diese Ziele zu erreichen, wurde ein ausgeklügeltes System von zivilen Kontrolleuren, Intendanten und Kommissaren eingerichtet, die der Pariser Zentrale zu berichten hatten. Aus allen diesen Maßnahmen spricht das Cartesionische Denken im Sinne von Regelmäßigkeit, Institutionalisierung, Zweckmäßigkeit und Effizienz. Die Heeresverwaltung wurde zum Muster der Zivilverwaltung.

Die Bewaffnung der Soldaten sollte aber nicht nur standardisiert werden, ein erheblicher Vorteil in puncto Gefechtsstärke, Kosten und Nachschub, sie sollte auch modernisiert werden. Damit kommen wir von den institutionellen zu den militärtechnischen Innovationen. Bei der Infanterie war die entscheidende

Neuerung die Ersetzung der Muskete durch die Flinte und die Ersetzung der Pike durch das Bajonett. Die Flinte ermöglichte eine höhere Feuergeschwindigkeit (drei Schuss pro Minute) mit der Konsequenz, dass drei Reihen von Flintenschützen zum Dauerfeuer ausreichten, während zuvor sechs bis sieben Reihen von Musketieren notwendig waren. So konnte die Kavallerie von der Infanterie aus der Distanz bekämpft werden. Der Kavallerie-Angriff blieb im Gewehrfeuer stecken. Kam es dennoch zum Nahkampf, kam das auf die Flinte aufgesteckte Bajonett zum Einsatz. Die Kombination von zwei Waffen machte die Pikenträger unnötig, die zuvor nur im Nahkampf zum Einsatz gekommen waren. Damit wurde die Kampfkraft verdoppelt, weil alle Infanteristen zugleich Distanzschützen und Nahkämpfer waren. Zuvor hatte es eine Halbierung der Infanterie in Distanz- und Nahkämpfer gegeben, bei der die Pikenträger die Musketiere gegen die anstürmende Kavallerie zu schützen hatten. Die Folge dieser technischen Innovation war die Verlagerung der Gefechts-taktik von der Offensive zur Defensive. Damit die Infanterie möglichst effektiv operieren konnte, bedurfte es einer klaren Kommandostruktur, die durch eine zuvor kaum gekannte Gefechtsfeldkommunikation wie Trompeter und Melder zu gewährleisten war.

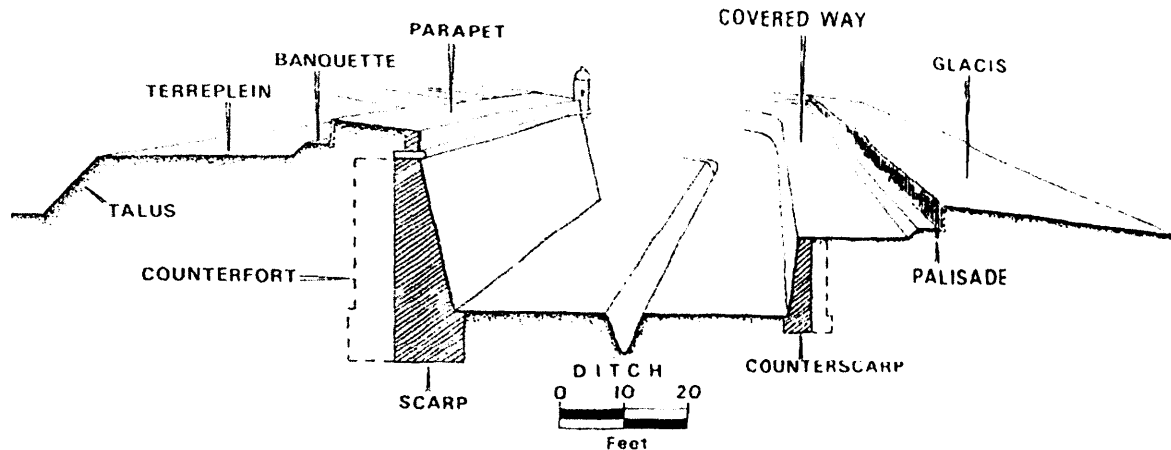
Die Verlagerung betraf aber nicht nur die Taktik, sondern auch die Strategie. Mit dem Aufkommen großkalibriger Belagerungskanonen, die mit Gespannen über weite Strecken herangeschafft wurden, waren die mittelalterlichen Burgen und Stadtmauern wirkungslos geworden, da sie problemlos sturmreif geschossen werden konnten. Die Artillerie hatte die Offensive in die Vorhand gebracht. Die Gegenstrategie war der Festungsbau⁴⁹ nach italienischem Muster (*trace italienne*), die in Frankreich,

49 Dazu grundlegend und mit vielen Illustrationen Christopher Duffy, *The Fortress in the Age of Vauban and Frederick the Great 1660-1789: Siege Warfare*. Vol. II. London 1985.

durch den Genius des Festungsingenieurs Vauban zur Perfektion gebracht wurden. Vauban war in seiner Amtszeit verantwortlich für die Modernisierung von etwa 300 alten und den Bau von etwa 33 neuen Festungswerken. Hinzu kamen Hafenbauten in Brest, Rochefort und Antibes sowie der Ausbau vorhandener Basen in Toulon und Dünkirchen, der Ausbau des Kanals, der über die Garonne den Atlantik mit dem Mittelmeer verband und sogar ein Aquädukt (1685-1688), um das Wasser der Eure nach Versailles zur Versorgung der Bassins und Springbrunnen zu leiten.

Eine Festungsanlage bestand aus mächtigen Erdwällen, Gräben und vorgelagerten Bastionen, um den Einsatz auch großkalibrierter Artillerie wirkungslos zu machen. Da die Bastionen nach strikten geometrischen Prinzipien angelegt waren, so dass es unterhalb der Mauern keine toten Winkel mehr gab und auch die Flanken mit Kanonenfeuer belegt werden konnten, war der herkömmliche Sturmangriff mit Leitern, Rammböcken oder fahrbaren Türmen nicht mehr möglich. Ein freies Schussfeld wurde durch das Glacis vor den Wällen geschaffen. Diese Vorteile (Absorption von Geschossen, Schutz vor Infanterieangriff, eigenes effektives Kanonenfeuer) wurden erkaufte mit erheblichen Baukosten und hohem Flächenverbrauch. Die Ausdehnung der mittelalterlichen Städte durch Abriss der alten Stadtmauern und den Bau von Wallanlagen in einen größeren Radius um den Stadtkern fällt in diese Phase. Noch später, in der Gründerzeit des späten 19. Jahrhunderts, wurden diese Wälle wieder geschleift und in Grüngürtel oder in Villengebiete um die Innenstädte herum verwandelt.

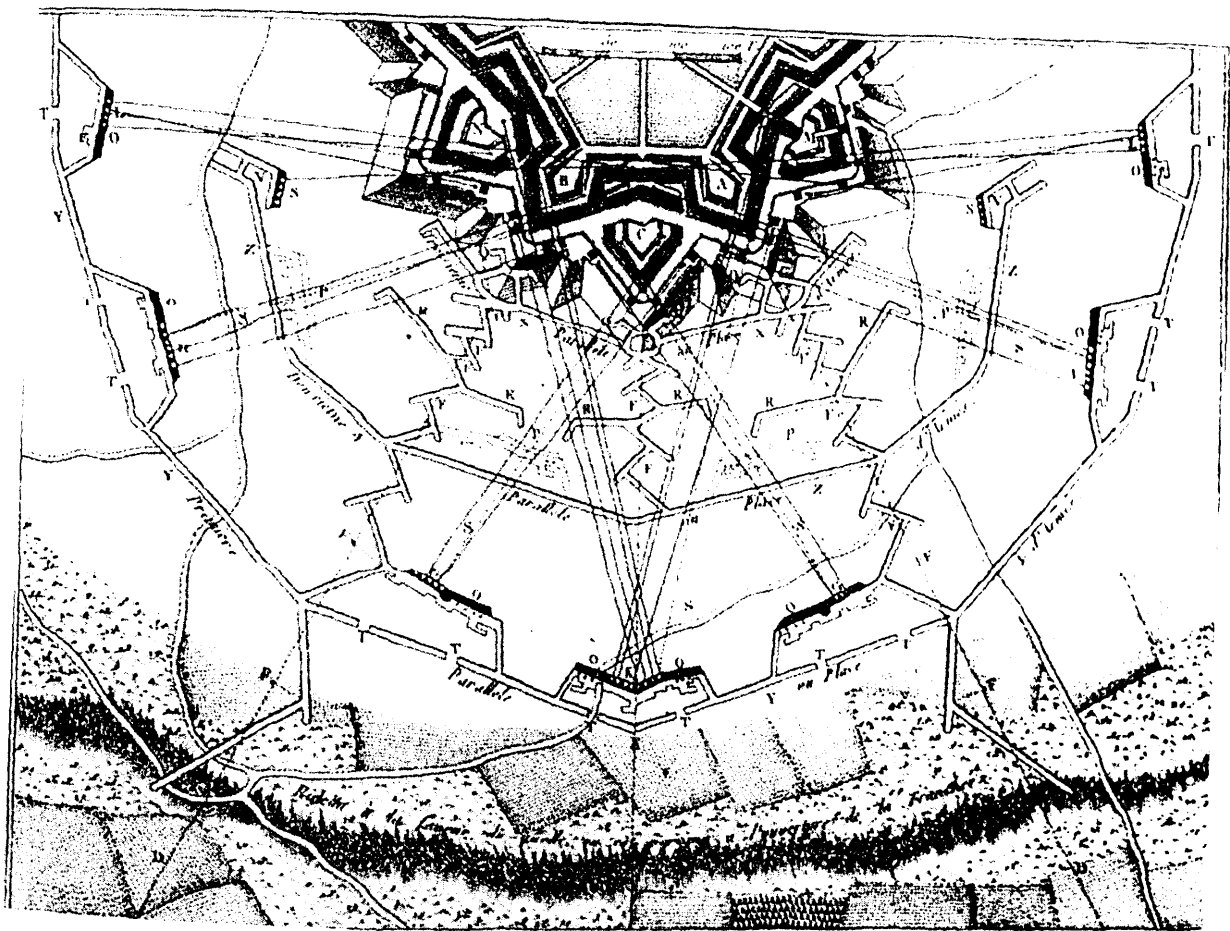
Abb. 10.9: Schematische Darstellung einer Bastion



Duffy 1985, S. 2.

Einen durch Wälle und Bastionen gesicherten Platz zu erobern, verlangte Zeit. Entweder wurde eine Festung oder befestigte Stadt ausgehungert, oder die Angreifer mussten sich durch die aufwändige Anlage von Schanzen und Gräben bis unter die Wälle vorarbeiten, um diese zu unterminieren und Breschen in die Wälle zu sprengen. Hieraus rührte die Bedeutung der neuen Waffengattung, der Pioniere. Dauerte dies zu lang, bestand die Gefahr des Angriffs durch ein Entsatzheer von außen, so dass die Belagerer ihrerseits ihr Feldlager befestigen mussten. Auch als Ingenieur zum Design von Belagerungsbauwerken hat es Vauban zur Meisterschaft gebracht. Mathematik und Geometrie war nicht nur im Gartenbau die Leitwissenschaft des Barock. Die Eroberung der Festung von Philippsburg (1688) ist ein prominentes Beispiel für das Werk Vaubans.

Abb. 10.10: Bastion und Belagerungsbauwerke



Duffy 1985, S. 11.

Damit war das Zeitalter der großen Feldschlachten, die die Entscheidung herbeiführt, vorerst passé. Der Krieg wurde statisch. Eine Garnison nach der anderen musste mühsam belagert und erobert werden, ohne dass damit jeweils ein entscheidender Vorteil verbunden war. Die Perfektionierung der Anlagen führte dazu, dass die Belagerungen immer langwieriger wurden. Die Dauer stieg von durchschnittlich 32 Tagen (1672-1684) auf 43 Tage (1702-1704)⁵⁰. Konsequenz war auch, dass ein erheblicher Teil der Armee, in Frankreich etwa 40-50 Prozent, die Festungen zu besetzen und Garnisonsdienst zu leisten hatte, also gar nicht für die eigentlichen Feldzüge zur Verfügung stand. Die Armee wurde zu einem städtischen Phänomen. Vauban überzog

⁵⁰ Lynn 1998, S. 575.

Frankreichs Grenzen im Osten mit einer Kette von schwerbefestigten Garnisonen. Deshalb ist es durchaus gerechtfertigt, die französische Armee trotz aller Angriffskriege Ludwig XIV. als Defensivarmee zu bezeichnen, die es vermochte, den Krieg vom französischen Territorium fernzuhalten. Und dennoch sollte die Armee mobil sein, rasch zwischen den Schauplätzen und Garnisonen verkehren können.

Die neue Strategie der Kriegsführung verlangte eine gewaltige Infrastruktur – Festungsbau, Befestigung von Städten, Militärstraßen, Kasernen, Magazine zur Verpflegung, Arsenale und eine Rüstungsindustrie, die den neuen und so gewaltig gestiegenen Bedarf der Armee decken konnte. Im Winter war die Armee in festen Unterkünften, im Sommer in Zelten untergebracht. Eine Besonderheit war nämlich, dass Frankreich zwar über ein riesiges Stehendes Heer verfügte, dieser Begriff aber nicht wörtlich zu nehmen ist. Die Soldaten waren nicht dauerhaft an festen Plätzen stationiert, sondern mussten beständig rotieren. Jede Einheit marschierte einmal pro Jahr über die Militärstraßen an einen anderen Einsatzort, wobei je nach Entfernung bis zu 75 Tagesmärsche zu bewältigen waren⁵¹. Unterwegs wurde die Armee an festgelegten Etappenorten einquartiert, wobei die örtlichen Behörden für Unterkunft, Verpflegung und Finanzierung aufzukommen hatten⁵². Eine Art Vorläufer der Tour de France und bis 1792 in Kraft. Die Einquartierung war einerseits ein einträgliches Geschäft für die lokale Bevölkerung und insofern attraktiv, aber andererseits ein landesweites Instrument der Machtdemonstration des Königs. Jede Ankunft an einem Etappenort war mit Parade und großem militärischen Zeremoniell

51 Claude C. Sturgill, Changing Garrisons: The French System of Étapes. In: Canadian Journal of History 20.1985, 2. S. 193-201.

52 Bernard Kroener, Les Routes et les Étapes. Die Versorgung der französischen Armeen in Nordostfrankreich (1635-1661). Ein Beitrag zur Verwaltungsgeschichte des Ancien Régime. Münster 1980.

verbunden. Der demonstrative innenpolitische Zweck, dem das Staatsunternehmen Armee dienen sollte, wird so sichtbar.

Die immer weiter wachsende Armee mit ihrer aufwändigen Ausrüstung, ihren Bauten und ihrer Versorgung verlangte immer größere finanzielle Mittel. Colbert hatte diese um jeden Preis bereitzustellen. Deshalb kann es nicht verwundern, dass die wachsende Steuerlast den Widerstand schürte. Das ganze 17. Jahrhundert ist geprägt von oppositionellen Bewegungen. Die Armee war das Instrument, diesen Widerstand zu brechen durch bloße Machtdemonstration in der Etappe oder durch den Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Je größer und mächtiger die Armee war, desto eher konnte die steuerliche Belastung zu ihrer Finanzierung durchgesetzt werden. Je mehr Steuern der Bevölkerung, insbesondere der Bauernschaft, abgepresst wurden, desto größer konnte die Armee sein. Damit offenbarte sich in Frankreich nach innen der gleiche Mechanismus, der uns bei der Armee im Osmanischen Reich nach außen begegnet ist. Das osmanische System war extensiv. Der Unterhalt der wachsenden Armee konnte nur durch die Eroberung immer neuer Territorien gewährleistet werden, die wiederum die Vergrößerung der Armee und neue Eroberungen zuließ. Der französische Mechanismus war intensiv über den Anstieg der Steuerlast. Vergleichsweise bescheidene territoriale Zugewinne gab es nur im Osten. Wichtiger als die Eroberung war die Durchsetzung einer wachsenden Steuerquote. Die Grenze der osmanischen Expansion wurde durch die Zwänge der immer aufwändigeren Logistik der Feldzüge markiert, die Grenze des französischen Heeresaufbau durch die steuerliche Belastbarkeit des eigenen Landes.

Fassen wir zusammen: Frankreich war das erste Land in Europa, das die militärische Revolution vorantrieb und perfektionierte. Alle genannten qualitativen Aspekte und nicht nur die bei-

spiellose quantitative Aufrüstung auch in Friedenszeiten erklären, warum Frankreich eine hegemoniale Position auf dem Kontinent erringen konnte. Hier liegt auch die Erklärung, warum die fiskalischen Aspekte des Merkantilismus unbedingten Vorrang hatten und zu Lasten seiner entwicklungspolitischen Ziele gingen. Die liberale Kritik am französischen Merkantilismus, wie sie etwa von Heckscher formuliert wird, greift deshalb zu kurz, da sie einen wirtschaftlichen und kleinen politischen Bewertungsmaßstab anlegt. Die andere Präferenzordnung hilft auch zu erklären, warum der von Richelieu und Colbert angestrebte Aufbau einer See- und damit Weltmacht scheitern musste. Trotz seines Ressourcenreichtums war Frankreich nicht in der Lage, beides zu sein - Seemacht und Landmacht. Le Tellier und Louvois haben sich am Ende gegen Colbert durchgesetzt. Die harte Phase des französischen Merkantilismus reichte nur von 1659/61 bis 1683/85, vom Pyrenäenfrieden und dem Amtsantritt Colberts bis zu dessen Tod und der Aufhebung des Edikts von Nantes. Colbert war es nicht wie seinem Widersacher Le Tellier vergönnt, seinen Sohn und Marinestaatssekretär zum Nachfolger zu machen. Seitdem hatte die französische Kriegsmarine ihren wichtigsten Fürsprecher verloren. Der weitere Flottenausbau wurde nach der Niederlage bei La Hogue 1692 gestoppt. Frankreich verlagerte sich seitdem auf den Kaperkrieg, während der Ausbau der Armee weiterging, um bis 1714 nur noch Landkriege zu führen.

10.4. Die Kriege Richelieus und Ludwig XIV.

Die Ära der drei ersten Bourbonen war zugleich die Ära der großen französischen Staatsmänner. Sie war aber nicht nur die Ära der Diplomatie, sondern auch die des kriegesischen Jahrhunderts. Seit 1617, dem Beginn des protestantischen Aufstands in Béarn bis 1714, dem Ende des Spanischen Erbfolgekrieges im

Frieden von Rastatt, führten die französischen Könige nahezu ununterbrochen Krieg - entweder nach innen oder nach außen. Wenn man den ersten Hugenottenkrieg (1562-1698) hinzuzählt, dann hat die kriegerische Phase sogar rund 150 Jahre gedauert. Sie ist zugleich die Phase der Etablierung Frankreichs als Hegemonialmacht in Europa, ist die Phase der Versuchs, auch Seemacht und Kolonialmacht zu werden, ist die Phase des Versuchs, sich aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Niederlande zu lösen, ist die Phase der ersten Anstrengung, die industrielle Entwicklung voranzubringen, ist die Phase des Aufstiegs zur diplomatischen, kulturellen und wissenschaftlichen Führungsmacht in Europa und ist die Phase, in der in Europa das Ordnungsprinzip der Universalmonarchie durch das System souveräner Nationalstaaten, abgelöst wird. Da Frankreich innerhalb dieses Westfälischen Staatensystems eine Führungsposition beanspruchte, provozierte es ein weiteres neues Prinzip, das des Gleichgewichts, dass durch das Bündnis der schwächeren Staaten gegen die Führungsmacht hergestellt wird. Da Frankreich aufgrund seiner kulturellen und administrativen Spitzenstellung auch beträchtliche soft power in Europa ausübte, wäre es allerdings zu einfach, die französische Führungsrolle nur als Resultat militärischer Stärke zu interpretieren. Frankreich wurde militärisch gefürchtet, aber gleichzeitig kulturell bewundert und nachgeahmt.

Aufgrund der vielen neuen Trends ergeben sich zahlreiche Fragen und darüber in der Literatur ausgetragene Kontroversen zur Charakterisierung dieser Kriege, ihrer auslösenden Motive und Resultate, die hier nur summarisch genannt werden können⁵³. Offensichtlich ist der Zusammenhang von französischem Rüstungsprogramm, den sich daraus ergebenden außenpolitischen Optionen

⁵³ Vgl. dazu Duchardt 1976.

und den innenpolitischen Widerständen⁵⁴. Je größer die Armee, desto größer der finanzielle Aufwand, desto heftiger die Opposition, desto größer aber auch die Fähigkeit, diese Opposition in Zaum zu halten. Das „persönliche Regiment“ Ludwigs war auch das Ergebnis des Kampfs gegen die Fronde. Gleichzeitig wuchs die Fähigkeit, militärisch nach außen zu agieren und trotz wachsender Zahl von Konflikten und Gegnern diese Konflikte auch auszutragen. Das Ergebnis war der konsolidierte absolutistische Staat und eine starke Position in Europa.

Will man die Geschichte Frankreichs von Krieg und Frieden im 17. Jahrhundert in ihrer ganzen Vielschichtigkeit verstehen, sind weitere Wechselwirkungen und alternative Optionen im Auge zu behalten. Eine Wechselwirkung war die zwischen Krieg und Bürgerkrieg. Die Kriegsführung nach außen und deren Belastungen riefen die Opposition im Innern auf den Plan mit der Konsequenz, dass Frankreich immer wieder an der äußeren Front einlenken musste, um freie Hand im Inneren zu bekommen. Umgekehrt eröffnete die Niederschlagung der Opposition im Inneren immer wieder Spielraum nach außen. Besonders diffizil zu handhaben war dabei eine Querverbindung religiöser Art. Die Hugenotten waren als wirtschaftliche Elite wie als Repräsentanten des oppositionellen Adels immer einer der Hauptfeinde, wenn nicht der Hauptfeind, des katholisch-absolutistischen Königs. Nicht zufällig waren die Leitenden Minister Richelieu und Mazarin Kardinäle. Die Staatsraison gebot es hingegen, dass außenpolitisch die protestantischen Mächte (Schweden, Reichsfürsten, Niederlande, England) die Partner und die katholischen Mächte (Spanische und Österreichische Habsburger, Reichsfürsten) die Gegner waren. Dies hinderte Frankreich nicht, selbst in Phasen enger Kooperation zu Hause die Hugenotten zu verfolgen. Der Logik der Staatsraison entsprach auch

⁵⁴ Lionel Rothkrug, *Opposition to Louis XIV: The Political and Social Origins of the French Enlightenment*. Princeton 1965.

die gleichzeitige Unterstützung der katholischen Restaurationsversuche in England und der Opposition der protestantischen Fürsten im Reich. Selbst das Bündnis mit den Osmanen wurde im Konflikt mit Spanien gesucht. Erst in der Spätphase des hier behandelten Zeitraums löste sich das Dilemma zwischen der Durchsetzung des katholisch-absolutistischen Machtapparats im Innern und der realpolitischen Interessenwahrung nach außen auf. Als Spanien auf eine zweitrangige und damit nicht mehr rivalisierende Macht herabgesunken war, mit der man sich sogar verbinden konnte, während die protestantischen Mächte Niederlande und England sich im Aufstieg befanden und damit zu den neuen Hauptgegnern wurden, bedurfte es nicht mehr der Rücksicht auf die Glaubensfrage. Das Edikt von Nantes wurde aufgehoben. Alles in allem lässt sich erkennen, dass das aus der Perspektive von Aufstieg und Abstieg Dritter definierte nationale Interesse immer schwerer wog als die Solidarität mit den katholischen Glaubensbrüdern gegen die Protestanten oder mit dem christlichen Glaubensbrüdern gegen die Muslime.

Eine weitere Wechselwirkung betraf die zwischen maritimer und territorialer Rüstung, zwischen See- und Landkriegsführung. Richelieu und Colbert als Oberbefehlshaber der Marine wollten einen Akzent setzen, hatten die globale Dimension im Auge. Dies spielte bei Mazarin kaum eine Rolle, wurde von den Kriegsministern eher bekämpft. Die Alternativen resultierte aber nicht nur aus dem klassischen Verteilungskonflikt zweier Waffengattungen, sondern waren auch eine Frage des Erfolgs. Colbert musste einen zweiten Anlauf zum Aufbau einer schlagkräftigen Marine nehmen. Nach der katastrophalen Niederlage bei La Hogue war der Traum von der französischen Seemacht, von großem Kolonialbesitz in Amerika und der Teilhabe am Asienhandel ausgeträumt, trat die Landkriegsführung und damit der europäische Schauplatz wieder in den Vordergrund.

Ein weiter Aspekt, besonders kontrovers in der Literatur behandelt, ist die Frage, ob Frankreich im Kern eine offensive oder defensive Militärstrategie verfolgte. Für beides gibt es Indizien. Der starke Heeresausbau und die Flottenrüstung gerade mit Linienschiffen der größten Klasse, aber auch die vielen Kriege, die Ludwig der XIV. vom Zaun gebrochen hat, sprechen für eine Offensivstrategie. Die großen Investitionen in den Festungsbau, der Umstand, dass bis zu 50 Prozent der Armee aus Garnisonstruppen bestand, die Reklamierung „natürlicher“ Grenzen für Frankreich sprechen für eine Defensivstrategie. Vermutlich gab es auch hier einen innenpolitischen Konflikt zwischen dem Festungsarchitekten Vauban und den Kriegsministern bzw. dem Marshall Turrene, die Feldzüge und Eroberungen machen wollten. Auch in hochzentralisierten Staatswesen gibt es divergierende Interessen, die sich aufgrund der mit nur wenigen Personen besetzten Entscheidungsgremien auch personifizieren lassen. Der Conseil d'en haut hat hier vermutlich eine ähnliche Rolle gespielt wie das Politbüro der KPdSU. Ob Frankreich offensiv operieren konnte, hing aber auch von der relativen Stärke seiner jeweiligen Gegner ab.

Damit zusammen hängt eine noch grundsätzlichere Kontroverse. War Frankreich eher eine Militärmacht oder eher eine Handelsmacht? Folgt man der Logik Ludwig XIV. und seiner Kriegsminister, ist die Antwort eindeutig. Folgt man der Logik Colberts, die in der Tendenz bereits bei Richelieu angelegt war, dann sollte Frankreich zumindest eine Handelsmacht werden. Auch so lassen sich der Marineaufbau, die Kolonialpolitik, die Zollpolitik, die Gewerbeförderung, die Binnenintegration durch Zollreform und Infrastrukturbau interpretieren. Das Netz der Chausseen diente der Rotation der Garnisonstruppen wie dem Binnenverkehr. Eine Handelsmacht bzw. eine, die dieses werden will, kann aber kein Interesse am Krieg haben. Richelieu wollte nach dem Dreißigjährigen Krieg eine europäische Friedens-

ordnung errichten. Das war das Vermächtnis, dass sein Nachfolger Mazarin wahren sollte. Colbert hat vielleicht doch nur zähneknirschend die Mittel für die Kriege Ludwig XIV. bereitgestellt. Hätte er sich geweigert, wäre er entlassen worden. Dass er so sehr auf die staatliche Karte setzte, lag vielleicht auch daran, dass die unternehmerische Elite Hugonotten waren. Colberts unmittelbare Gegner waren sicherlich die Niederlande. Womöglich sah er bereits den künftigen Aufstieg Englands voraus, weil er die wirtschaftliche Abhängigkeit Frankreichs und seine maritime Schwäche erkannte. Er scheute sicherlich nicht den harten Konflikt mit beiden Ländern, wollte ihn aber nicht über die Schwelle des Zollkriegs, allenfalls die Schwelle des Kaperkriegs und wohlmöglich des Kolonialkriegs hinaustreiben. Das alte Motto „No peace beyond the line“ klingt wieder an. In Europa hingegen war er vermutlich eher an Stabilität interessiert, präferierte eine Defensivstrategie wie sie im Festungsbau Vaubans zum Ausdruck kam. So erklärt sich auch, warum der Defensivstratege Vauban zugleich ein glühender Verfechter eines französischen Kolonialreichs sein konnte⁵⁵.

Damit kommen wir zu den Kriegsmotiven, die sich in dynastische, ideologische und wirtschaftliche unterscheiden lassen⁵⁶. Dynastische Kriege hieß, dass Frankreich aus Anlass von Erbstreitigkeiten, so 1628-1631 wegen Mantua, 1667-1668 in den Spanischen Niederlanden oder 1701-1714 um die Aufteilung des Spanischen Reiches und seiner Kolonien Krieg führte. Ideologisch motivierte Kriege wurden in 1660er Jahren gegen die Barbaresken und Osmanen im Mittelmeer geführt, wobei hier wirtschaftliche Motive, die Sicherung des Mittelmeers gegen Piraten, eine Rolle spielten. Auch die Bürgerkriege gegen die Hu-

⁵⁵ Vgl. dazu u.a. Sébastien de Vauban, *Projet d'une dime royale* 1707.

⁵⁶ Heinz Duchardt, *Krieg und Frieden im Zeitalter Ludwigs XIV.* Düsseldorf 1987.

genotten hatten einen ideologischen Aspekt. Wirtschaftskriege führte Frankreich am ehesten gegen die Seemächte, wobei hier das gesamte Spektrum von Zollpolitik über Boykott und Kaperkrieg bis zum offenen Seekrieg ausgeschöpft wurde.

Was bedeutet das für die Kategorisierung im Sinne des hegemonietheoretischen Modells? Die Endphase des langen Konflikts mit Spanien, als Frankreich 1635 in den Dreißigjährigen Krieg eintrat, bis 1659 als der Pyrenäenfrieden geschlossen wurde, kann als Hegemonialkonflikt I aus französischer bzw. als Hegemonialkonflikt II aus spanischer Sicht bezeichnet werden. Seitdem war Spanien trotz des immer noch imposanten Kolonialreichs und des weiter fließenden Silberstroms eine zweitrangige Macht, während Frankreich in Europa zur Führungsmacht aufgestiegen war. Den Zenit seines ersten Machtzyklus hatte es in den 1680er Jahren erreicht, als die relative Stärke von Heer und Flotte am größten war und der Merkantilismus seine radikalste Ausprägung erfuhr. Nachdem der Versuch, ein großes Kolonialreich in Nordamerika zu errichten, im Ansatz stecken geblieben und die Flotte seit La Hogue in die Defensive geraten war, unternahm Frankreich im Spanischen Erbfolgekrieg noch einen zweiten Anlauf. Es sollte um die spanischen Besitzungen in den Niederlanden und in Italien vergrößert werden und das Spanische Kolonialreich in Bausch und Bogen übernommen werden. Dieser Aussicht stemmte sich nicht nur der Rivale um das spanische Erbe, Österreich, sondern auch die beiden Seemächte entgegen. Deshalb ist dieser Krieg aus französischer Sicht als Hegemonialkonflikt II zu werten. Der Frieden von Utrecht und Rastatt (1713/1714) führte zur Beschränkung der französischen Macht. Für England als dem eigentlichen Gewinner handelte es sich um den Hegemonialkonflikt I. Seitdem begann der eigentliche Aufstieg Englands, wurde das erste Empire, um die französischen Besitzungen in Nordamerika erweitert, gebildet und die Seemacht England zur unbestrittenen Hegemonialmacht in der

Welt. Gut 100 Jahre nach La Hogue versuchte Frankreich erneut, die englische Seemacht zu brechen, musste aber bei Trafalgar (1805) wiederum eine vernichtende Niederlage einnehmen. Seitdem hatte Großbritannien bis zum Ersten Weltkrieg zur See keinen ernsthaften Gegner mehr.

Bleibt schließlich die Klärung der Motive der französischen Kriegsführung. Im Sinne von Kenneth Waltz⁵⁷ lassen sich drei „Images“ oder Ansätze unterscheiden. Der erste lautet: Große Männer machen Geschichte. In hochzentralisierten Regierungssystemen wie dem französischen Absolutismus, wo ein Leitender Minister oder der König persönlich, beraten durch ein einziges oberstes Gremium wie das Conseil d'en haut mit seinen fünf Mitgliedern, über Krieg und Frieden entscheidet, werden die politische Klugheit, das persönliche Naturell, die Rivalitäten der Mitglieder des Gremiums aber auch die Stärken oder Schwächen des Herrschers zu entscheidenden Variablen. Der große Staatsmann Richelieu handelte wie ein klassischer Realist und prüfte seine Entscheidungen im Sinne strikter cartesianischer Rationalität nur im Lichte der Staatsraison⁵⁸. Zur Wahrung der Balance trat Frankreich 1635 in den Dreißigjährigen Krieg auf protestantischer Seite ein, weil nach der schwedischen Niederlage bei Nördlingen die katholische Partei die Oberhand zu gewinnen drohte. Für seinen Nachfolger im Amt wie im Geiste, Mazarin, konnte der Krieg 1648 nicht beendet sein. Zwar gab es gute Gründe für den Ausgleich mit den österreichischen Habsburgern im Frieden von Münster. Gegen die spanischen Habsburger hatte man so den Rücken frei, um den Krieg fortzusetzen mit der Chance, den Rivalen endgültig niederzuringen. Umge-

⁵⁷ Kenneth Waltz, *Man, the State and War: A Theoretical Analysis*. New York 1954.

⁵⁸ Joerg Wollenberg, *Richelieu. Staatsraison und Kircheninteresse. Zur Legitimation der Politik des Kardinalpremier*. Bielefeld 1977. Vgl. dazu auch *The Political Testament* 1961; ferner Fritz Dickmann, *Rechtsgedanke und Machtpolitik bei Richelieu. Studien an neuentdeckten Quellen*. In: *Historische Zeitschrift* 196.1963. S. 265-319.

kehrt hatte Spanien 1648 in Münster mit den Niederlanden Frieden schließen müssen, um nicht weiter die Belastung eines doppelten Krieges in Flandern wie an der Pyrenäenfront tragen zu müssen. Dass ein Teil der niederländischen Delegierten zögerte und den Friedensschwur verweigerte, war auch der Rücksicht auf den französischen Verbündeten geschuldet.⁵⁹

Ludwig XIV. wäre demzufolge kein klassischer Realist, sondern ein verblendeter ruhmsüchtiger Herrscher gewesen, eben der Sonnenkönig, der die feingesponnenen Bündnisse Richelieus und Mazarins, die so viel diplomatisches Geschick und beträchtliche Subsidienzahlungen verlangt hatten, ohne Not preisgab und unter dubiosen Vorwänden immer wieder neue Kriege anzettelte, um dem Glanz, den er in Paris und Versailles entfachte, die weitere Facette des großen Feldherren hinzuzufügen⁶⁰. Deshalb reiste er sogar persönlich mit der Königin und seinen Maitresen in gemeinsamer Kutsche ins Feldlager. Zurückgepfeffen wurde er immer wieder, wenn seine opulente Ausgabenpolitik den Aufruhr an der Heimatfront entfachte bzw. zu mächtige Gegenkoalitionen provozierte.

Der zweite Ansatz lautet: Das französische Kriegsverhalten ist innenpolitisch zu erklären. Im eigentlichen Führungszirkel gab es harte Auseinandersetzungen zwischen Falken und Tauben, zwischen Fürsprechern der Marine und der Armee, zwischen Globalstrategie und europäischer Territorialstrategie, zwischen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen von Hugonotten, altem Schwertadel und neuem Amtsadel, zwischen

⁵⁹ Vgl. dazu das berühmte Gemälde von Gerhard ter Borch, das die Szene festhält. Darauf heben nur die Vertreter von fünf Provinzen die Hand zum Schwur. Darstellung in Folge 8, S. 132.

⁶⁰ Paul, Sonnino, *The Origins of Louis XIV's Wars*. In: Jeremy Black (Hrsg.), *The Origins of War in Early Modern Europe*. Edinburgh 1987. S. 112-131.

vorrangiger innerer Konsolidierung und äußerer Expansion auf Schuldenbasis. Richelieu und Mazarin, Le Tellier und Colbert, Louvois und Seiguelay, Ludwig XIV. und der Dauphin, sogar die Maitressen des Königs wie Madame de Montespan waren nur Vertreter bzw. Sprachrohre der jeweiligen Interessen.

Und schließlich gibt es den strukturalistischen Ansatz aus der Perspektive des europäischen Staatensystems oder gar des Weltsystems. Demzufolge agierte Frankreich zwar als aufstrebende Macht, die im 17. Jahrhundert einen ersten Zyklus durchlief, musste aber gleichzeitig reagieren auf den Auf- und Abstieg der anderen Mächte, Spanien einerseits bzw. Niederlande und England andererseits, während Schweden, Österreich und die deutschen Fürsten nur noch nachrangige Rollen spielten. Es musste aber auch Tribut zollen den geopolitischen Faktoren, dem Aktivposten der Größe und den Negativposten der zwei Küsten, der topographischen Zweiteilung, der nicht vorhandenen wirtschaftlichen und kulturellen Binnenintegration, dem verspäteten Kolonialerwerb, der kommerziellen Abhängigkeit von den Niederlanden, der asymmetrischen Struktur des Außenhandels und dem säkularen Außenhandelsdefizit. Wie immer dürfte alles eine Rolle gespielt haben.

Frankreichs Auftritt auf dem europäischen Kriegsschauplatz⁶¹ fiel zusammen mit dem Eintritt Richelieus in den Staatsrat und dessen Ernennung zum Ersten Minister des Königs im Jahre 1624 während des Zweiten Hugenottenkrieges. Seine Denkschrift von 1625 forderte Ludwig XIII. auf, den Kampf gegen die Hugenotten, etwa 400.000 Personen mit eigenen Provinzialständen und Garnisonsstädten wie La Rochelle, die der Krone gegenüber nur in einem Vasallenverhältnis standen, äußerste Priorität

⁶¹ Zu den einzelnen Kriegen Wagner 1948.

beizumessen. Hier lag die eigentliche Bedrohung des Absolutismus: „Solange die Hugenotten ein Staat im Staate sein werden, kann der König im Innern seines Reiches nicht Herr sein und kann er nach außen keine großen Taten vollbringen⁶².“ Der Vertrag mit Savoyen und Venedig im selben Jahr deutete die anti-spanische Stoßrichtung (Druck auf die Heerstraße) an. Im folgenden Jahr gelang ein entscheidender Sieg über die hugenottische Flotte vor La Rochelle. Auch wenn La Rochelle 1629 trotz der Unterstützung eines englischen Expeditionskorps erobert werden konnte und damit der Zweite Hugenottenkrieg beendet worden war, muss Richelieu doch klar geworden sein, dass Frankreich ohne schlagkräftige Flotte nur eine begrenzte internationale Rolle würde spielen können. Jedenfalls wurde er 1626 zum Großadmiral ernannt und setzte den Marineaufbau in Gang. Der nächste Schritt war der Krieg um die Erbfolge in Mantua zur Unterstützung der Ansprüche des Herzogs von Nevers, um Frankreichs Position in Italien gegen das spanische Mailand zu stärken⁶³. In seinem Verlauf kam es zur Invasion Genuas und des Veltlins⁶⁴ sowie einer Intervention in Savoyen. Durch das zu Graubünden gehörende und eigentlich neutrale Veltlin führte der einzige Alpenübergang von Mailand nach Tirol auf österreichisch-habsburgisches Gebiet. Dies war die Alternative zum Alpenübergang durch Savoyen. Damit wurde bereits lange vor dem französischen Kriegseintritt erkennbar, dass Frankreich im Dreißigjährigen Krieg die Partei der habsburgischen Widersacher ergreifen würde. Alle seine Operationen richteten sich gegen die Spanische Heerstraße. Im Frieden von Chevasco (1632) wurden die französischen Ansprüche durchgesetzt und so der spanische Einfluss in Italien geschwächt.

⁶² Zitiert nach Burckhardt 1947, S. 279.

⁶³ R.A. Stradling, Olivares and the Origins of the Franco-Spanish War, 1627-1636. In: English Historical Review, January, 1986. S. 68-94.

⁶⁴ Dazu Burckhardt 1947.

Solange Frankreich wegen Mantua engagiert und der Bürgerkrieg gegen die Hugenotten noch nicht beendet war, hielt es sich aus der direkten Teilnahme am Dreißigjährigen Krieg heraus und beschränkte sich auf die Unterstützung der schwedischen Seite durch Subsidienzahlungen an Gustav Adolph. Diese waren hochwillkommen, war das schwedische Heer doch auf ausländische Söldner angewiesen, weil die schwedische Bevölkerung als Rekrutierungsbasis nicht ausreichte. Erst seit Nördlingen (1635) standen sich die zwei Großkoalitionen unmittelbar gegenüber: Auf der einen Seite die kaiserlich-österreichischen Truppen, die katholischen Reichsfürsten und Spanien, auf der anderen Seite Schweden, die Niederlande, die protestantischen Reichsfürsten und das katholische Frankreich, das gerade die Protestanten daheim niedergekämpft hatte. Der Realismus des staatlichen Interesses war stärker als die Solidarität in der Glaubensfrage⁶⁵.

Der weitere Verlauf des Krieges muss hier nicht nachgezeichnet werden. Auffällig ist die geopolitisch motivierte Strategie, die sich in der Besetzung des Veltlins bereits angedeutet hatte. Frankreich ging es nicht nur darum, die Spanische Heerstraße entlang der Rheinschiene, z.B. durch die Besetzung der Pfalz, zu unterbrechen, sondern auch darum, die territoriale Expansion Richtung Rheingrenze zu betreiben. Richelieu, der 1642 starb, konnte das Ergebnis seiner Bemühungen nicht mehr erleben. Erst das Folgejahr brachte durch den französischen Sieg gegen Spanien bei Rocroi und den schwedischen Sieg gegen Österreich bei Jankau die Wende. Der Kaiser war friedensbereit und schloss nach zähen Verhandlungen 1648 in Münster mit Frankreich und in Osnabrück mit Schweden Frieden⁶⁶. Auch Frank-

⁶⁵ David Parrott, *The Causes of the Franco-Spanish War of 1635-1659*. In: Black 1987. S. 72-111.

⁶⁶ Heinz Duchardt (Hrsg.), *Der Westfälische Friede. Diplomatie - politische Zäsur - kulturelles Umfeld - Rezeptionsgeschichte*. München 1998; darin besonders Heinz Schilling, *Der Westfälische Friede und das neuzeitliche*

reich war zumindest teilweise friedensbereit, da die hohen Belastungen des Krieges die innenpolitische Front wieder in Bewegung gebracht hatten. 1639-1641 kam es zum Aufstand in der Normandie, 1641 zur letzten Adelsrevolte und vor allem 1648-1653 zum Aufstand der Fronde. All dies unterstreicht, dass das absolutistische Königtum noch weit davon entfernt war, innenpolitisch konsolidiert zu sein.

Profil Europas. S. 1-32; Lucien Bély, The Peace Treaties of Westphalia and the French Domestic Crisis. S. 235-252; ferner Martin Bennhold, Der Westfälische Friede. Besiegelung einer europäischen Kriegsordnung. In: Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 5.1998. S. 123-131.

Abb. 10.11: Richelieu als „Herr“ über Frankreich, Spanien,
Österreich und die Osmanen



Gemälde von Bernhard Bröker (1940) nach Vorlage eines anonymen Kupferstichs aus der 2. Hälfte des 17. Jhs. Quelle: 30jähriger Krieg, Münster und der Westfälische Frieden 1998, Bd.2, S.218-221.

Da auch Spanien durch den Separatfrieden mit den Niederlanden entlastet war, erklärt sich, warum beide, Frankreich wie Spanien, trotz des Westfälischen Friedens bis zum Pyrenäenfrieden 1659 weiter kämpften. In diesem bilateralen Konflikt ging es nicht um eine europäische Friedensordnung, auch nicht um die Beeinflussung der Machtverhältnisse im Reich, um die Unabhängigkeit der Reichsfürsten, schon gar nicht um die protestanti-

sche Sache, sondern um einen klassischen Hegemonialkonflikt. Deshalb die französischen Angriffe auf die Spanische Heerstraße, die Intervention in Mantua, Genua, Savoyen, im Veltlin sowie das Bündnis mit den Niederlanden. Spanien sollte im Osten (Mailand, Niederlande, Franche Comté, Elsass) geschwächt und die Umklammerung Frankreichs aufgesprengt werden.

Erst Richelieus Nachfolger Mazarin konnte das außenpolitische Werk vollenden, vernachlässigte aber dessen Wirtschaftspolitik. Das Ziel nach der Niederringung Spaniens war die Konstituierung eines neuen ordnungspolitischen Modells, des europäischen Staatensystems auf der Basis des Souveränitätsprinzips. Dieses neue Prinzip sollte die Idee der Universalmonarchie wie die besondere Rolle des Papstes ablösen. Die christliche Einheit von Kaiser und Papst war durch die gleichberechtigte Existenz souveräner und legitimer Einzelstaaten zu ersetzen. Der päpstliche Vertreter in Münster, Chigi, hat die Tragweite der Verträge erkannt und folgerichtig den Frieden nie akzeptiert. Zu dem neuen Prinzip passten auch die völkerrechtliche Anerkennung der Niederländischen Republik und der Schweizer Eidgenossenschaft. Jedes Staatswesen sollte zudem souverän nach innen sein in der Wahl seiner Staatsform. Eine delikate Fußnote des spanisch-niederländischen Vertrages war die implizite Nennung der niederländischen Kolonien und damit die Aufhebung des Anspruchs, der durch die Tordesillas-Linie formuliert war. Ein für Europa gedachtes Prinzip galt erstmals auch jenseits der Linie. Europa wurde auch hegemonial in völkerrechtlicher Hinsicht. Das Denken des Hugo Grotius hatte sich durchgesetzt.

Dieses „Westfälische Staatensystem“, benannt nach den beiden westfälischen Vertragssorten, sollte durch ein System kollekti-

ver Sicherheit⁶⁷ überwölbt werden, für das Frankreich und Schweden als besondere Garantiemächte einstanden. England war in Osnabrück, wo es hätte mitwirken können, noch nicht vertreten, ein deutlicher Hinweis, dass es 1648 auf dem Kontinent als europäische Großmacht noch nicht relevant war. Dies sollte sich erst mit dem Frieden von Utrecht 1714 ändern. Die staatlich zersplitterten Deutschland und Italien sollten Nutznießer der kollektiven Sicherheit sein. Die Signaturmächte des Westfälischen Friedens gaben die gegenseitige Verpflichtung ab, gegen Friedensstörer vorzugehen. Dazu wurde ein Sanktionskatalog formuliert, der bis zur militärischen Intervention reichte, aber nicht förmlich beschlossen wurde⁶⁸. Frankreich selber erhielt in Münster nach zähen Verhandlungen bescheidene territoriale Zugewinne an seiner Ostgrenze, so die Bistümer Metz, Toul und Verdun, den Sundgau, Breisach, Philippsburg und die rechtliche dubiose Hoheit über die elsässischen Reichsstädte. Von einer französischen Hegemonie in Europa konnte noch keine Rede sein.

Dies sollte sich ändern. Die zweite Runde außenpolitischer Aktivitäten konnte allerdings erst begonnen werden, nachdem der Aufstand der Fronde 1653 niedergeschlagen war. Die Armee war wieder innenpolitisch gefordert. 1651 wurde Ludwig XIV. volljährig und 1654 in Reims zum König gekrönt. Bereits 1643, im Jahr von Richelieus Tod, hatte die Ära der Kriegsminister Le Tellier und später Louvois (bis 1691) begonnen. Damit wuchs der Einfluss der „Landmachtfraktion“ gegenüber der „Seemachtfraktion“ in der engeren Führung. Ersterer ging es um mehr als nur um die Niederringung Spaniens, sie wollte die Rolle Spaniens fortsetzen, mindestens aber die Führungsposition in Europa erringen. Letztere hatte eher die Rolle Frankreichs in der Welt im Blick und vertrat auf dem europäischen Kontinent

⁶⁷ Vgl. dazu Malettke 1994, S.75.

⁶⁸ Vgl. Malettke 1994, S. 282.

eher eine moderate Position. In Verfolgung dieses Ziels wurden in Fortsetzung der Politik Richelieus und Mazarins zunächst diplomatische Mittel eingesetzt. 1655 kam es zum Bündnis mit England, 1656 mit Brandenburg und 1657 zu einem Subsidienvertrag mit der Pfalz. Als Kaiser Ferdinand III. starb, bemühte Ludwig sich sogar vergeblich um die Wahl zum Deutschen Kaiser. Damit wäre er in die Fußstapfen Karls V. getreten mit universalmonarchischen Ambitionen. Weil das misslang, setzte Frankreich wieder auf ein anderes Prinzip. Höhepunkt der anschließenden diplomatischen Aktivitäten Mazarins war der Erste Rheinbund mit den süddeutschen Fürsten gegen den Kaiser, der als Schritt gewertet werden kann, die westfälische Ordnung gegen habsburgische Revisionsversuche zu behaupten. Der Pyrenäenfrieden von 1659 nach der für Spanien entscheidenden Niederlage in der Dünenschlacht bei Dünkirchen wurde gekrönt durch den strategischen Heiratsvertrag mit Maria Theresia und der Heirat im Folgejahr, um den Anspruch auf das Spanische Erbe zu sichern. Auch hier hatte Ludwig von den Habsburgern gelernt.

Nach dem Tod Mazarins 1661 wurde das Amt des Leitenden Ministers abgeschafft. Erst jetzt ist der neuerliche Strategiewechsel erkennbar. Statt Wahrung der kollektiven Sicherheit ging es seitdem um die Erzwingung der Hegemonie in Europa und kurzzeitig sogar in der Welt. Der weitere Ausbau der Armee nach der Heeresreform wurde fortgesetzt und gleichzeitig auf Betreiben Colberts ein zweiter Anlauf zum Aufbau einer Kriegsmarine unternommen. Neufrankreich (Kanada) wurde überseeische Provinz unter direkter Kontrolle des Königs, eine Ost- und Westindienkompanie gegründet, begann die harte Phase des Merkantilismus mit dem prohibitiven Zolltarif gegen die Niederlande (alles 1664). Frankreich verfolgte seitdem bis in die 1690er Jahre eine Doppelstrategie. Auch wenn der Rheinbund 1663 nochmals erneuert wurde, so nahm die französische Außenpolitik doch einen aggressiven Charakter an. Gestützt auf die

Kriegsmarine sollte ein großes französisches Kolonialreich in Nordamerika entstehen und perspektivisch um das spanische Kolonialreich in Südamerika erweitert werden. Nachdem Philipp IV. 1665 gestorben war und klar wurde, dass sein Nachfolger, der als Folge der habsburgischen Inzucht schwächliche Karl II. ohne Kinder bleiben würde, eskalierte der Konflikt um sein Erbe. Anwärter waren die habsburgischen Verwandten in Österreich und die Nachkommen Ludwigs durch dessen Heirat mit Maria Theresia, die von Mazarin eingefädelt worden war.

Gleichzeitig zettelte jener, getrieben von seinem Kriegsminister, dem eigentlichen Gegenspieler Colberts im engsten Führungszirkel, eine ganze Serie von Landkriegen an selbst um den Preis, dass das von Mazarin so fein gesponnene Netz diplomatischer Fäden darüber zerriss. Der erste Krieg war der so genannte Devolutionskrieg (1667-1668). Unter „Devolution“ verstand man ein in Teilen Brabants geltendes Privatrecht, demzufolge Kinder aus erster Ehe beim Tod des Vaters erbberechtigt sind. Unter Berufung auf die Devolution wollte Ludwig große Teile der Spanischen Niederlande als Mitgift seiner Frau auf militärischem Wege für Frankreich erwerben. Im Grunde war das ein Privatkrieg des Königs. Vordergründig ging es nur um die Ausdehnung des französischen Staatsgebiets, hintergründig ging es bereits um das spanische Erbe insgesamt. Mit großem iuristischen Aufwand und intensivem Aktenstudium wurden Erbsprüche weiblicher Nachkommen aus erster Ehe reklamiert gegen die Ansprüche männlicher Nachkommen aus zweiter Ehe. So sollten „Präzedenzfälle“ geschaffen werden für den Anspruch der Nachkommen Ludwig XIV., die aus seiner Heirat mit Maria Theresia hervorgegangen waren. Maria Theresia war nämlich die Tochter Philips IV. aus erster Ehe, der rivalisierende Carlos dessen Sohn aus zweiter Ehe.

Während des Devolutionskriegs und der sich andeutenden maßlosen Weiterungen geriet Frankreich erstmals in eine Konfrontation mit seinen protestantischen Partnern aus dem Dreißigjährigen Krieg. Es sah sich einer Tripleallianz aus England, den Niederlanden und Schweden gegenüber. Die Niederlande waren aufgebracht, weil die französische Merkantilpolitik eine anti-niederländische Stoßrichtung hatte und sie auch kein Interesse daran haben konnten, dass der Puffer aus Flandern und Brabant zwischen beiden Ländern an Frankreich fallen würde. Die Engländer fürchteten die französischen Expansionsbestrebungen auf dem nordamerikanischen Kontinent. Ergebnis war ein Kompromiss im Frieden von Aachen. Frankreich zog sich zurück, erhielt aber territoriale Gewinne in Flandern. Mit Österreich wurde 1668 ein erster Geheimvertrag geschlossen, der auf eine Teilung des künftigen Spanischen Erbes hinauslief.

In der Folgezeit gelang es Frankreich allerdings mit diplomatischem Geschick, einen Keil zwischen die ihrerseits rivalisierenden Seemächte zu treiben. 1670 wurde in Dover ein geheimer Vertrag mit England geschlossen, Subsidien gezahlt und 1672 die Zollerhöhungen gegenüber England auf das Niveau von 1664 zurückgenommen. Folge war, dass Frankreich zusammen mit Münster und Köln, die von der Rheinseite aus in den Niederlanden einmarschierten, in den Dritten Englisch-Niederländischen Seekrieg (1672-1676) eintrat⁶⁹. Colbert war im Conseil d'en haut Louvois unterlegen, wurde sogar mit der Entlassung bedroht, wenn er die Mittel für den Krieg nicht bereitstellen würde. Utrecht wurde besetzt, der Angriff auf Amsterdam stand bevor. Colberts Ziel war, die Niederlande in die französische Monarchie zu integrieren und damit die wirtschaftliche Abhängigkeit militärisch durch Vereinnahmung zu lösen. Damit verfolgte er im Grunde die gleiche Strategie, mit der Spanien 100

69 Carl J. Ekberg, *The Failure of Louis XIV's Dutch War*. Chapel Hill, N.C. 1979.

Jahre zuvor gescheitert war. Da gleichzeitig die niederländische Flotte auch noch von England bedrängt wurde, gerieten diese in eine existentielle Krise. Einem innenpolitischen Aufbruch fiel der Ratspensionär von Holland und Repräsentant der kommerziellen Elite, Johann de Witt, zum Opfer. Das Haus Oranien als Retter in höchster Not kam wieder ins Spiel. Wilhelm III. erhielt das lange vakante Amt des Statthalters, um den militärischen Widerstand zu organisieren. In einer verzweifelten Aktion wurden die Deiche geöffnet, das Land geflutet und so der Vormarsch des französischen Heeres gestoppt. Während England 1674 im Vertrag von Westminster den unentschieden geführten Seekrieg beendete und auch Münster und Köln sich diesem anschlossen, kämpfte Frankreich alleine weiter. Der wirtschaftliche Siegespreis wäre formidabel gewesen. Ab 1676 musste es allerdings einlenken, weil neuerliche Gefahren an der innenpolitischen Front drohten. 1673-1675 war es zu einem Aufstand in der Bretagne und diversen Adelsverschwörungen gekommen. Auch machten sich erstmals die finanziellen Grenzen bemerkbar. Während der Devolutionskrieg noch problemlos zu finanzieren war, produzierte der Niederländische Krieg ein Defizit vom 30 Mio. Livres. Das Motiv der Überdehnung klang erstmals an.

Das Ergebnis war ein neuerlicher Kompromiss im Frieden von Nymwegen 1679. Frankreich erhielt weitere territoriale Gewinne im Osten (Franche Comté, Elsass, Gebiete in den Südlichen Niederlande), musste aber den prohibitiven Zolllarif zurücknehmen und jetzt auch den Niederlanden den moderateren Tarif von 1664 einräumen. Vauban begann seine Festungsbauten an der Rheinlinie. Die Landmachtstrategie war insofern erfolgreich gewesen, als im Osten die „natürliche“ Grenze des Rheins erreicht war. Ob diese Grenze bis zum Rheindelta verlängert werden und damit die gesamten Spanischen Niederlande einbeziehen sollte, blieb eine künftige Option. Napoleon sollte später sogar noch einen

Schritt weitergehen, indem er den Plan Colberts für kurze Zeit verwirklichte, die gesamten Niederlande als „Batavische Republik“ zum Marionettenstaat machte mit Weiterungen für Niederländisch Indien und im Zuge der Kontinentalsperre zollpolitisch mit Frankreich vereinigte.

Letzter Schritt an der Ostgrenze war die Annexion Straßburgs 1681, während La Salle am Mississippi 1682 den französischen Anspruch auf das spätere Louisiana vorbereitete. Der Tod Colberts 1683 und seiner Ersetzung durch Claude Le Pelletier, ein Schützling Louvois, sollte den weiteren Richtungswechsel beschleunigen. Der französische Seemachtanspruch verlor seinen stärksten Befürworter aber auch die Vorsicht gegenüber der englischen Seemacht. Der harte Merkantilismus wurde beendet. Die Aufhebung des Edikts von Nantes 1685 wäre unter Colbert undenkbar gewesen. Stattdessen zettelte Ludwig von Louvois getrieben 1683-1684 einen neuen Krieg, den sog. Reunionskrieg, mit Spanien um Luxemburg an, in dessen Verlauf Genua von der französischen Flotte unter Führung Seiguelays bombardiert, Luxemburg und Trier besetzt wurden. Vom ehemaligen „Burgund“, dem Stammland Karls V., blieb immer weniger übrig. Die aggressive französische Politik führte zu einer neuen Gegenkoalition, der Augsburger Allianz von 1686, aus Kaiser, Spanien, Schweden, Niederlande, Bayern und den Rheinprovinzen – diesmal in der Absicht, die Westfälische Ordnung gegen die französische Hegemonie zu behaupten. Bis auf Frankreich fanden sich erstmals fast alle wichtigen Akteure des Dreißigjährigen Krieges in einem Lager! „Gleichgewicht oder Hegemonie“ – so lauteten die Alternativen⁷⁰.

⁷⁰ Vgl. dazu den gleichnamigen Titel von Ludwig Dehio, Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte. Krefeld 1947, S. 59-81.

1688 kam der englische Schauplatz und damit das Potential einer französischen Flotte aus einer ganz neuen Perspektive ins Spiel. Wilhelm III. von Oranien, der Retter der Niederlande vor der französischen Besetzung, gelang 1688 das, was 100 Jahre zuvor Philipp II. nicht gelungen war, nämlich die Invasion Englands. Allerdings waren die Vorzeichen ganz andere. Es ging nicht darum, die Reformation wieder zurückzudrängen, sondern mit Hilfe des protestantischen Adels den katholischen James II. zu stürzen und selber englischer König zu werden. Ein weiterer Unterschied war auch, dass Wilhelm die niederländische Flotte zur Verfügung stand und dass das innenpolitisch gesplattene England der Invasion wenig Widerstand leistete. Die „Glorious Revolution“ (1688-1689) zur Festigung der konstitutionellen Monarchie nahm ihren Lauf. Die Konstellation einer engen Verbindung der beiden protestantischen und so gar nicht absolutistischen Seemächte musste für Frankreich bedrohlich sein. Deshalb setzt man diesmal auf die katholische Karte und nicht wie im Falle des Dreißigjährigen Krieges auf die protestantische, setzte auch nicht auf die Armee, sondern auf die Flotte. Die Invasion Wilhelm von Oraniens sollte durch eine Gegeninvasion gekontert werden. Über den Umweg via Irland und die Unterstützung der katholischen Royalisten sollte der nach Irland geflüchtete James II. wieder auf den Thron gebracht werden. Damit begann eine englisch-französische Dauerrivalität, die erst 1815 auf dem Wiener Kongress beendet wurde.

Diese komplexe Strategie war eingebettet in einem weiteren Krieg zu Lande, abermals von Ludwig XIV. angezettelt, der die große Wende im ersten französischen Machtzyklus bringen sollte. Der Krieg heißt in der deutschen Geschichtsschreibung „Pfälzer Krieg“, weil er mit der Besetzung der Pfalz und der Zerstörung des Heidelberger Schlosses begann. In Frankreich oder England wird er „Neunjähriger Krieg“ genannt. Da es sich aus französischer Sicht um einen See- wie um einen Landkrieg

handelte, stand nicht nur Erfolg oder Misserfolg schlechthin, sondern auch die Frage zur Debatte, ob sich Frankreich auch als Seemacht würde etablieren können. Bei der Truppenstärke wie bei der Flottenstärke stand Frankreich Ende der 1680er Jahre im Zenit seiner Anstrengungen.

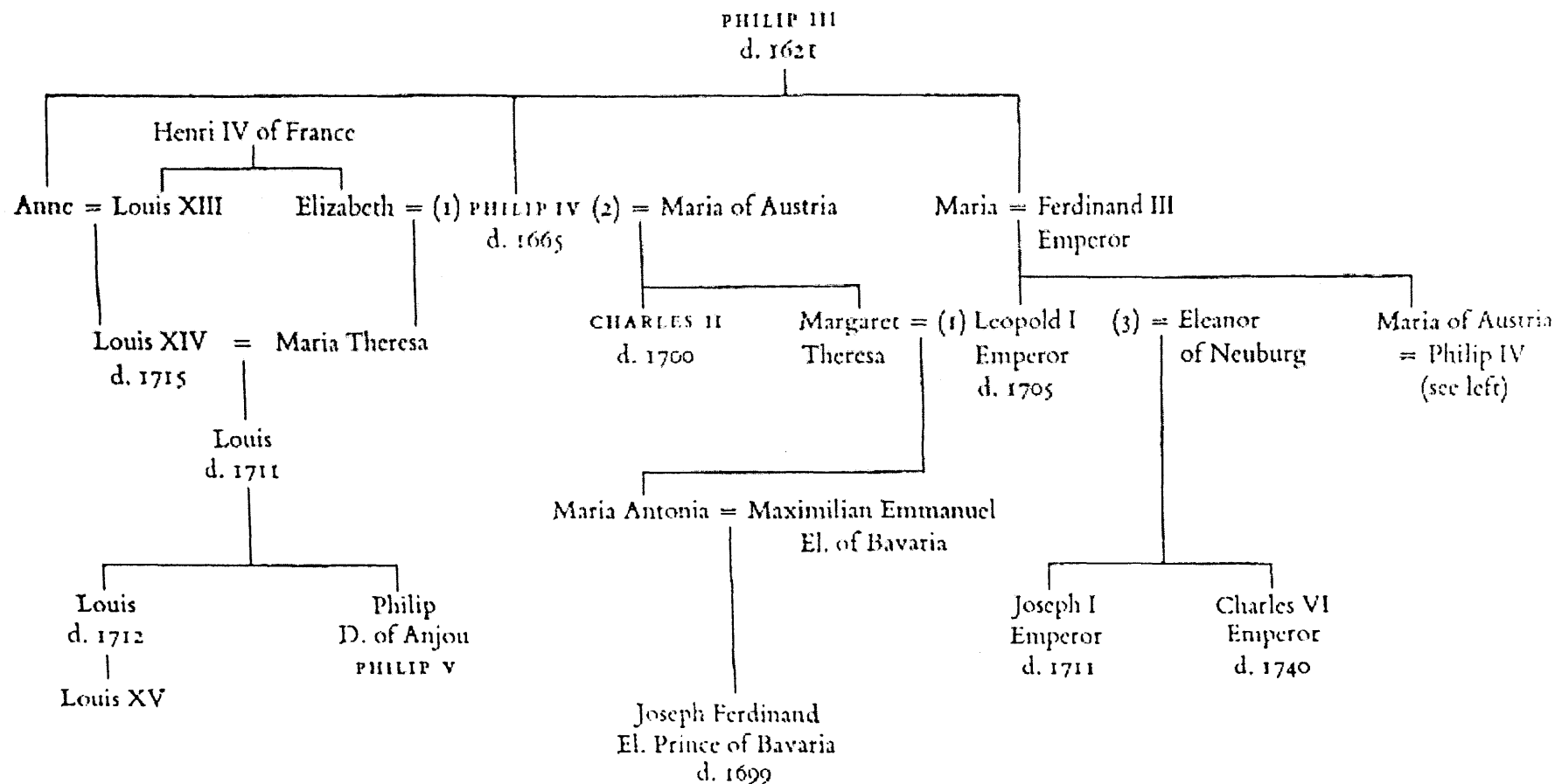
Es sah sich allerdings wie in den Kriegen zuvor einer großen Allianz von Alliierten gegenüber, die aus den Niederlanden, England, Kaiser und Reich sowie Spanien gebildet wurde. Auf französischer Seite kämpften nur die Iren und die englischen Loyalisten James II. Frankreich gelang zwar, eine Invasionsarmee („French Armada“) im irischen Bantry an Land zu setzen und so den irischen Aufstand zu unterstützen. Um das Übersetzen der Iren nach England zu garantieren, bedurfte es aber der Hoheit in den Gewässern um England. Zur See sah sich die französische Flotte der kombinierten englisch-niederländischen Flotte gegenüber. 1690 errang die neue französische Marine ihren ersten großen Seesieg vor Beachy Head, zugleich ein persönlicher Sieg Seiguelays, als Staatssekretär für die Marine zuständig, über den Widersacher Louvois. Der beeindruckende Erfolg konnte allerdings nicht genutzt werden. Kurz darauf starb Seiguelay. Damit schied der wichtigste Verfechter der Seemachtorientierung aus der inneren Führung aus. Das Erbe Colberts wurde nicht angetreten. Stattdessen folgte 1692 die Niederlage bei La Hogue. Damit war die geplante Invasion Englands vereitelt. Da der Aufstand der Iren bereits 1691 zusammengebrochen war, war der Versuch, James II. wieder auf den Thron zu bringen, gescheitert. Mehr noch, Frankreich geriet seitdem als Seemacht in die Defensive, auch wenn 1695 noch ein zweiter Invasionsversuch geplant wurde, der aber nicht mehr zur Ausführung gelangte.

Colberts Traum von der Seemacht war ausgeträumt, zumal England 1694-1696 in Cadiz eine Flottenbasis unterhielt und damit die Zwei Küsten/Zwei Flotten-Problematik der französischen Marine akzentuierte. Von Cadiz bzw. später von Gibraltar aus konnte eine Vereinigung der französischen Mittelmeerflotte mit der Atlantikflotte gestört werden. Der Seeweg um die Iberische Halbinsel herum war für Frankreich eine ähnliche Achillesverse wie die Heerstraße zwischen Italien und den Niederlanden für Spanien zuvor. Der Neunjährige Krieg endete schließlich 1697 im Erschöpfungsfrieden von Rijswijk. Frankreich musste Luxemburg und die Pfalz wieder herausrücken, konnte aber Straßburg und die Franche Comté behalten. Der Zollkrieg gegen die Niederlande wurde endgültig beigelegt.

Letzte Etappe in den Kriegen Ludwig XIV. war der Spanische Erbfolgekrieg 1701-1713⁷¹. Damit erreichte ein Konflikt seine Klimax, der sich seit dem Heiratsvertrag Ludwigs mit Maria Theresia aufgebaut hatte. Die diesem Konflikt zugrunde liegende rechtliche Konstellation sah folgendermaßen aus:

71 Vgl. dazu William Roosen, *The Origins of the War of Spanish Succession*. In: Black 1987. S. 151-175; ferner John Parry, *Europäische Kolonialreiche. Welthandel und Weltherrschaft im 18. Jahrhundert*. München 1972, S. 175 ff.

Abb. 10.12: Genealogie der Spanischen Erbfolge



Karl II. als letzter Vertreter der spanischen Habsburgerlinie war am Allerheiligen Tag 1700 kinderlos gestorben. Da dies bereits etliche Jahre zuvor absehbar war, hatten drei potentielle Erben schon zuvor ihren Anspruch auf die spanische Krone angemeldet. Ein Anwärter (im Sinne des Devolutionsrechts) war der Herzog von Anjou, zweiter Sohn aus der Ehe Ludwig XIV. mit Maria Theresia, der älteren Halbschwester Karls II. aus der ersten Ehe seines Vaters Philip IV. Der daraus ableitbare Anspruch wurde allerdings in Frage gestellt, weil die ältere Tochter Philipps III., Großvater von Karl II., Ludwig XIII. geheiratet hatte und dabei in den Verzicht ihrer Erbansprüche und der ihrer Kinder auf den spanischen Thron eingewilligt hatte. Fraglich war dabei allerdings, ob ein Verzicht, der noch ungeborene Nachkommen einschloss, rechtens war. Der zweite Anwärter war Karl VI. aus der österreichischen Habsburgerlinie, Sohn des österreichischen Kaisers Leopold I. und jüngerer Bruder von dessen Nachfolger, Joseph I. Leopold wiederum war der Sohn aus der Ehe Kaiser Ferdinands III. mit Maria Anna, der jüngeren Schwester von Philipp IV. Diese genealogische Verbindung war nicht durch einen Erbverzicht beeinträchtigt. Dritter Anwärter war schließlich Joseph Ferdinand von Bayern, Enkels Leopold I., aber aus dessen erster Ehe mit Margareta Theresia, der jüngeren Schwester Karls II. Auch dies war nur ein Fall im Sinne des Devolutionsrechts.

Jenseits der erbrechtlichen Problematik, bei der sich für alle drei Kandidaten diverse Pro- und Kontraargumente finden ließen, stand die schiere machtpolitische Frage, ob das immer noch beträchtliche Spanische Reich mit seinen Besitzungen in Italien, den Niederlanden und vor allem in Übersee mit den reichen Silbervorkommen Perus und Mexikos an Frankreich oder an Österreich fallen sollte. Beide Alternativen hätten einen übermächtigen Machtblock heraufbeschworen und das Reich Karl V. wieder belebt. Das imperiale Prinzip wäre zurückgekehrt.

Deshalb konnte der politische Kompromiss nur lauten, dass man dem bayerischen Anwärter die spanische Krone überließ, da er die geringste Macht repräsentierte, und die französischen und österreichischen Ansprüche mit jeweils einem Teil der spanischen Besitzungen bediente. Diese Kompromisslösung war Gegenstand eines zweiten geheimen Teilungsvertrags zwischen Frankreich und Österreich von 1698. Ein Jahr später kam es allerdings zu einer neuen unerwarteten Konstellation, da der noch junge bayerische Prinz am 6.2.1699 gestorben war. Ob eines natürlichen Todes oder durch Gift, ist umstritten⁷². Daraufhin musste der zweite Teilungsvertrag ohne Berücksichtigung des bayerischen Anspruchs modifiziert werden.

Diese Geheimverträge Dritter waren verabredet worden, ohne die Interessenlage der spanischen Führung zu berücksichtigen, die jenseits der dynastischen Ansprüche der Bourbonen, Habsburger und Wittelsbacher eine Teilung des Spanischen Reiches und damit eine weitere Schwächung Spaniens verhindern wollten. Das „nationale“ Interesse überwog gegenüber dem dynastischen. Da diese Kreise die Unversehrtheit des Reiches eher unter französischer als unter österreichischer Ägide gewahrt glaubten, erwirkten sie bei Karl II. kurz vor dessen Ableben ein Testament, in dem dieser Philipp von Anjou, den Enkel Ludwig XIV., zum Alleinerben einsetzte. Das Testament enthielt allerdings eine raffinierte Rückfallklausel: Wenn Ludwig das Erbe für seinen Enkel nicht annimmt, dann fällt das spanische Erbe in toto an den Österreicher.

Als der Bote nach dem Ableben Karls II. in Paris mit der Offerte eintraf, brachte diese die französische Führung in ein echtes Dilemma, das in seiner Konstellation an das „Gefange-

⁷² Vgl. dazu Roosen 1987, S. 160.

nen-Dilemma“ erinnert. Sollte sie an der Einhaltung des Teilungsvertrags mit Österreich festhalten, also die gesamte Erbschaft ausschlagen und damit riskieren, völlig leer auszugehen, weil dann der Bote nach Wien weiterreisen würde, um dort das Erbe anzutragen? Schließlich konnte man nicht sicher sein, ob die Österreicher vertragstreu bleiben würden und nicht ihrerseits das ganze Erbe annahmen. Oder sollte man die Erbschaft annehmen, also den Vertrag brechen und damit einen großen Krieg riskieren? Wie auch immer im Staatsrat argumentiert wurde, auch der Herzog von Anjou als potentieller Gewinner dürfte sein persönliches Interesse mit Vehemenz vertreten haben. Ludwig entschied sich jedenfalls am Ende für die Annahme der Erbschaft und den Bruch des Vertrages. Eine vorherige Konsultation mit Österreich als vertrauensbildende Maßnahme wurde nicht gesucht. Sein Enkel wurde als Philipp V. bourbonischer König von Spanien. Der Kriegsgrund für die Augsburger Koalition war gegeben. Da diesmal eine übermächtige Position nicht nur in Europa, sondern auch in Übersee drohte, war auch England, das zuerst zögerte, auf den Plan gerufen. Der Gegensatz der beiden Seemächte hatte sich über Nacht in eine gemeinsame Interessenlage gegen Frankreich gewendet. Ziel der Allianz war: Österreich sollte erben, die Seemächte Handel und Schifffahrt mit den spanischen Kolonien übertragen bekommen.

Frankreich marschierte auf spanischen Wunsch in den Südlichen Niederlanden ein. Der offene Konflikt begann mit dem österreichischen Einmarsch in Italien, um sich das spanische Mailand zu sichern, das ihm nach dem Teilungsvertrag zugestanden hätte. Am 7.9.1701 kam es zur förmlichen Bildung einer Allianz aus England, Niederlande und Österreich, die der französisch-spanischen Koalition gegenüberstand. Damit haben wir den Fall eines klassischen Aktions-Reaktions-Schemas, das aus einer Dilemma-Situation resultiert und spieltheoretisch im Gefangenendilemma modelliert wird. Die eigentlich vernünftige kooperati-

ve Lösung der Erbfolgeproblematik, nämlich die Teilung des Spanischen Reiches im Sinne des Vertrages, war aufgrund des französischen Misstrauens in die österreichische Vertragstreue nicht wahrgenommen worden. Dieses Misstrauen hätte nur durch eine Konsensfindung vor Annahme des Erbes durch Frankreich **und** Österreich beseitigt werden können. Der Griff nach dem gesamten Erbe rief alle anderen Interessenten auf den Plan, die Eskalation nahm ihren Lauf bis zum großen Krieg.

Wieder gab es, wie im Neunjährigen Krieg, zwei Schauplätze - zu See und zu Lande. Frankreich suchte den nun möglichen Zugang zum spanischen Kolonialreich zu nutzen, indem es via Cadix in den Handel mit den spanischen Kolonien einstieg, auf den sich auch England Hoffnungen gemacht hatte. 1701 wurde zwischen Spanien und der französischen Guinea-Kompanie ein Vertrag über das Monopol im Sklavenhandel (Asiento) geschlossen. Da Spanien aufgrund des Tordesillas-Vertrages in Westafrika keine Niederlassungen besaß, war es immer auf Sklavenhändler aus Drittländern zur Versorgung seiner amerikanischen Kolonien angewiesen. England hielt dagegen durch den berühmten Methuen-Vertrag von 1703 mit Portugal, Ricardos historisches Vorbild für sein Zwei Länder/Zwei Güter-Modell zur Illustration des Theorems der komparativen Kosten und zur Begründung des Freihandels. Im Zuge des Krieges wurde 1704 Gibraltar als Ersatz der durch das französisch-spanische Bündnis verlorenen Flottenbasis in Cadix erobert und bis heute behauptet.

Zu Lande gab es diverse Schlachten auf wechselnden europäischen Schauplätzen bei Blenheim (1704), Ramilles und Turin (1706), Oudenarde (1708) und Malplaquet (1709), bei denen Frankreich und sein Verbündeter Spanien immer weiter in die Defensive geriet. Nach den verlustreichen Schlachten von Oudenarde und vor allem Malplaquet gab es französische Friedensan-

gebote, die aber aufgrund der hohen Forderungen der Alliierten erfolglos abgebrochen wurden. Erst 1712-1713 kam es zu Verhandlungen, die mit den Seemächten Niederlande und England 1713 in Utrecht und mit Österreich 1714 in Rastatt abgeschlossen wurden⁷³. Obwohl Frankreich den Krieg verloren hatte, war das Ergebnis aus französischer Sicht gerade noch akzeptabel. Die Teilung des spanischen Erbes, die vorher auf dem Verhandlungsweg möglich gewesen wäre, wurde jetzt doch vollzogen. Philipp V. wurde von den Alliierten zwar als König von Spanien unter Einschluss des Kolonialreichs anerkannt, musste aber auf die französische Krone verzichten. Damit war die drohende Verbindung von Frankreich und Spanien abgewendet. Die europäischen Besitzungen Spaniens (Mailand, Neapel, Sardinien, Südliche Niederlande) fielen an Österreich. Aus den Spanischen wurden so die Österreichischen Niederlande (das heutige Belgien), die zudem um französische Gebiete in Flandern erweitert wurden. England erhielt Gibraltar, zeitweise Menorca, die französischen Kolonien Neufundland und Neuschottland, die Hudson Bay und für 30 Jahre den Asiento. Menorca als Basis der englischen Flotte im Mittelmeer war ein besonderer Schachzug. So konnte man die französische Mittelmeerflotte in ihrem Heimathafen, dem gegenüberliegenden Toulou, in Schach halten und hatte eine ganzjährige Basis für eine englische Mittelmeerflotte, die nicht mehr im Winter zurückgeführt werden musste. Die Niederlande erhielten am wenigsten – sieben Garnisonen in Flandern, in denen 35.000 Mann niederländischer und österreichischer Truppen stationiert wurden, und mit den Österreichischen Niederlanden die Gewissheit eines territorialen Puffers gegenüber Frankreich⁷⁴.

⁷³ Dazu Max Braubach, Die Friedensverhandlungen in Utrecht und Rastatt 1712 bis 1714. In: Historisches Jahrbuch 90.1970. S. 284-298.

⁷⁴ Hahlweg 1959, S. 81 f.

Damit waren die Karten neu gemischt. Spaniens Besitz in Europa war auf das Kernland reduziert worden, das Kolonialreich aber erhalten geblieben. Frankreich blieb zwar eine starke Macht in Europa, die erhoffte Verbindung mit Spanien kam aber nicht zustande. Selbst die zweitbeste Lösung, die bei einer Erbteilung möglichen Territorialgewinne in den Niederlanden oder Italien, blieb aus. Insofern hatte sich Ludwig verspekuliert. Wäre er dem Rat Vaubans gefolgt, hätte er das spanische Erbe nicht angenommen. Frankreich konnte, so hatte sich erneut herausgestellt, einer antihegemonialen Allianz nicht auf Dauer widerstehen. Spanien war dafür ein zu schwacher Partner. In Nordamerika musste Frankreich zudem eine erste Reduzierung seines Kolonialbesitzes hinnehmen. Auch hier hatte Vauban sich als weitsichtiger erwiesen, der für eine Stärkung des französischen Engagements in Kanada und am Mississippi und eine Siedlungspolitik nach englischem Muster plädiert hatte. Österreich verbuchte erhebliche Zugewinne, erhielt also das, was im Teilungsvertrag eigentlich vorgesehen war, und wurde zur aufsteigenden Territorialmacht in Europa. Das Gleichgewichtsprinzip hatte Einzug gehalten in Europa. Die drohende französische Hegemonie war austariert. Zur See und in Übersee war England der eigentliche Gewinner: Stärkung des Kolonialbesitzes in Nordamerika, kommerzielles Eindringen in die spanischen und portugiesischen Kolonien durch Übertragung des Asiento und den Freihandelsvertrag mit Portugal. Hinzu kamen als Sahnehäubchen die strategischen Schlüsselpositionen in Gibraltar und zeitweise in Menorca, ein Dauerproblem für die französische Flotte, wie sich noch 90 Jahre später in Trafalgar zeigen sollte. England begann, auch im Mittelmeer Seemacht zu werden. Die Niederlande waren der eigentliche Verlierer. Sie blieben zwar ein wohlhabendes Land, eine große Handels- und Kolonialmacht, doch mussten sie seit Utrecht den Rang der führenden Seemacht an England abtreten. Neu seit Utrecht war ein Grundsatz, der bis heute die Internationalen Beziehungen prägt: Das Balance of Power-Prinzip, das in Artikel VI des Utrechter Vertrages

festgeschrieben wurde. Seitdem konnten territoriale Veränderungen nur noch durchgesetzt werden, wenn sie von der Staatengemeinschaft akzeptiert wurden. Dazu bedurfte es bis heute immer einer internationalen Konferenz⁷⁵.

Als Ludwig XIV. 1715 starb, hinterließ er einen Staatsbankrott von 2,9 Mrd. Livres⁷⁶, von denen 400 Millionen unmittelbar fällig waren. Dies entsprach den Staatseinnahmen von 18 Jahren und war der Preis für seine überambionierte Rüstung und Kriegsführung. Er hinterließ aber auch das nach wie vor mächtigste Land auf dem Kontinent, das einen zweiten Machtzyklus durchlaufen konnte, der erst 100 Jahre später mit den Napoleonischen Kriegen auf dem Wiener Kongress zu Ende ging. Frankreich blieb weiterhin attraktiv in kultureller wie in wissenschaftlicher Hinsicht. Französisch ersetzte seit Utrecht Latein als Sprache der Diplomatie⁷⁷ und wurde zur Sprache der Gebildeten in ganz Europa. Mit der Erschließung Louisianas wurde ein neuer kolonialer Anlauf gemacht, der die Verluste in Kanada kompensieren sollte. Das erste französische Kolonialreich ging erst 50 Jahre später mit dem Frieden von Paris zu Ende, als alle französischen Besitzungen in Nordamerika an Großbritannien abgegeben werden mussten. Ludwig hinterließ aber auch ein Land, in dem sich die oppositionelle Gegenbewegung zum Absolutismus schon zu rühren begann, ein erster Vorbote der Aufklärung des 18. Jahrhunderts.

⁷⁵ Vgl. dazu Bobbit 2002, S. 129.

⁷⁶ Sée 1930, Bd. 1, S. 141.

⁷⁷ G. Zeller, French Diplomacy and Foreign Policy in Their European Setting. In: Carsten 1961. S. 198-221, hier S. 206.

10.5. Die Bilanz des ersten Machtzyklus

Wie lautet die Bilanz des ersten französischen Machtzyklus von 1635 bis 1715? Frankreich war das krasse Gegenstück zu Portugal. Stark in Europa, aber schwach in Übersee. Beides sein zu wollen wie Spanien, dazu reichte seine Kraft nicht aus. Die Agrarsteuer allein konnte das Silber nicht ersetzen. Die Colbertsche Idee von Frankreich als Imperium, gestützt auf eine starke Marine, einen großen Kolonialbesitz und eine autarke Großraumwirtschaft, erfüllte sich nicht, weil die französische Marine trotz aller Anstrengungen nicht dauerhaft die Etablierung als Seemacht garantieren konnte, weil die Allianz der alten Seemacht Niederlande und der neuen Seemacht England zu stark war.

Als Landmacht in Europa hingegen war Frankreich durchaus erfolgreich. Nach der Niederringung des alten spanischen Konkurrenten konnte es wesentlichen Einfluss auf die Bildung des Westfälischen Staatensystems und sein System der kollektiven Sicherheit nehmen. Es konnte zusammen mit Schweden für sich beanspruchen, in den ersten Jahrzehnten nach Münster und Osnabrück durch diplomatische Mittel seine Existenz gegen revisionistische Bestrebungen der Habsburger verteidigt zu haben⁷⁸. Insofern hat es auch ein internationales öffentliches Gut offeriert, das die kleinen deutschen und italienischen Staaten (siehe Rheinbund) gerne in Anspruch nahmen. Insofern war es

78 Heinz Duchardt, Westfälischer Friede und internationales System im Ancien Régime. In: Historische Zeitschrift 249.1989. S. 529-543; ders. Reich und europäisches Staatensystem seit dem Westfälischen Frieden. In: Press/Stievermann 1995. S. 179-187; ferner Kurt von Raumer, 1648/1815: Zum Problem internationaler Friedensordnung im älteren Europa. In: Forschungen und Studien zur Geschichte des Westfälischen Friedens. Münster 1965. S. 109-126.

für einige Jahrzehnte auch benevolenter Hegemon. Als dann Ludwig sein persönliches Regiment übernahm und nicht mehr die außenpolitischen „Tauben“ in der diplomatischen Tradition Richelieus und Mazarins, nicht mehr die Wirtschaftspolitiker in der Tradition Colberts, nicht mehr die „Seemachtsfraktion“, sondern die „Falken“ um die Kriegsminister Le Tellier und Louvois oder den Marshall Turenne, also die „Landmachtfraktion“ ans Ruder kam, war Frankreich seit etwa 1661 bestrebt, seine Macht auf Kosten der Nachbarn auszudehnen und einen Führungsanspruch auf dem Kontinent zu erheben. Damit wurde es selber gegenüber dem Westfälischen Frieden revisionistisch und provozierte Gegenkoalitionen, die den französischen Hegemonialanspruch immer wieder ausbalancierten. Am Anfang des ersten französischen Machtzyklus stand die Durchsetzung des Nationalstaatsprinzips und die Idee der kollektiven Sicherheit (Münster), am Ende das Gleichgewichtsprinzip, das durch internationale Konferenzen immer wieder aus zu tarieren war (Utrecht).

Erschwerend kam für Frankreich hinzu, dass seine Hegemonie immer sehr bemüht war. Die niederländische Hegemonie im 17. Jahrhundert war solide begründet, fast schon ein Selbstläufer, weil sie sich auf eine hohe technische und wirtschaftliche Kompetenz, die Dominanz in der Manufakturindustrie im Welthandel und im Weltfinanzwesen, eine überragende Handelsmarine, eine Position der Stärke stützen konnte. Auch wenn Kriegsmarine und Armee nötig waren, um die wirtschaftliche Position durchzusetzen und später abzusichern, setzte man im Prinzip doch aufgrund der überragenden Wettbewerbsfähigkeit auf die Logik des Freihandels. In Frankreich lag der Fall umgekehrt. Frankreich hatte keine überlegene Manufaktur und war keine Handelsmacht, besaß weder eine Handels- noch eine Kriegsmarine. Der Freihandel hätte in seinem Fall nur den unterlegenen Status quo zementiert. Also sollte eine nachholende Entwicklung an allen Fronten durch massive Staatsintervention erst

inszeniert werden. Der Handel sollte der Flagge folgen und nicht umgekehrt. Die französische Hegemonie wurde aus der Position der wirtschaftlichen Schwäche errungen und war nur in militärischer Hinsicht gegeben, konnte sich lediglich auf eine leistungsfähige Landwirtschaft stützen. Trotz allen Absolutismus waren in Frankreich, selbst auf dem Höhepunkt des Colbertschen Merkantilismus, immer nur Staat und Armee, nie aber die Wirtschaft zentralisiert. Paris war selbst im eigenen Land - geschweige denn in der Welt - nie industrielles oder kommerzielles oder finanzielles Zentrum. Selbst Colbert vermochte es nicht, Frankreich zoll- und steuerpolitisch zu einigen. Insofern war der englische Merkantilismus, der sich nur auf Außenhandel und Schifffahrt bezog, im Ergebnis viel erfolgreicher als der französische, der alles fördern und regulieren wollte. Hinzu kommt, dass eine Seemacht die Führungsrolle sehr viel eleganter wahrnehmen kann, weil es nur darum geht, Verbindungslinien zu kontrollieren, während eine Landmacht, die Räume kontrollieren muss, dazu nur schwerfällig und mit viel größerem Aufwand in der Lage ist. Die eine Hälfte der riesigen französischen Armee war Feldarmee zur Eroberung der Räume, die andere Hälfte war Garnisonsarmee zur Verteidigung der Räume. Selbst im eigenen Land war die Armee permanent unterwegs von Etappe zu Etappe, um den absolutistischen Anspruch nach innen zu sichern.

So wird verständlich, wieso die Widersacher Frankreichs immer wieder in der Lage waren, den französischen Hegemonialanspruch durch Allianzen auszutarieren. Es bedurfte dazu bloß des Militärs. Deshalb ist die Feststellung zutreffend, dass sich seit Utrecht das Gleichgewichtsprinzip als weiterer Grundsatz des Westfälischen Staatensystems etabliert hat. Erst seitdem konnte das „Konzert“ der europäischen Großmächte aus Frankreich, Großbritannien, Österreich und den neuen aufstrebenden Mächten

Preußen und Russland funktionieren. Spanien und Niederlande waren aus diesem Konzert ausgeschieden.

Frankreich blieb aber nach Utrecht noch eine große Macht und hat gerade die kulturelle Hegemonie noch lange behauptet, als Folge der französischen Aufklärung und Revolution sogar noch ausgebaut. Der Nachhall davon ist noch immer zu vernehmen. Aber war es im 17. Jahrhundert auch in der Lage, Internationale Öffentliche Güter bereit zu stellen? Allenfalls in der kurzen Phase zwischen 1648 und 1666 als Garant der westfälischen Ordnung und des Systems kollektiver Sicherheit. Nach 1666 hat es noch den Frieden zwischen Schweden und Dänemark vermittelt. Zu nennen wäre ferner der Beitrag zur Bekämpfung der Seeräuber im Mittelmeer während der 1660er Jahre. Algier wurde zweimal angegriffen. Seit allerdings Ludwig XIV. einen Krieg nach dem anderen anzettelte, seit Colbert die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Niederlanden brechen wollte, seit es ein großes Kolonialreich in Amerika und Indien gründen und seit es England den Platz als künftige führende Seemacht streitig machen wollte, seitdem war eine französische Politik in internationalem Interesse nicht mehr erkennbar.

Frankreich war durchaus innovativ, sehr innovativ sogar im Militärwesen, im Steuerwesen, in der Verwaltung, in der Wirtschaftspolitik insgesamt und darin Vorbild für viele europäische Staaten - aber nur für solche, die wie Frankreich eine nachholende Entwicklung inszenieren wollten. Diese Vorbildfunktion reichte bis ins 19. Jahrhundert. Die Kontinentalsperre der Jahre 1807-1814 gegen Großbritannien war nur die radikale Fortsetzung der Colbertschen Politik gegen die Niederlande zwischen 1664 und 1679.

Warum ist Frankreich mit seiner Doppelstrategie, zugleich Landmacht und Seemacht, Imperium und Hegemonialmacht sein zu wollen, gescheitert? Es ist gescheitert, weil Frankreich in Europa strukturell eher Peripherie war als Zentrum und alles - Flotte, Kolonialreich, Handelskompanien, Industrie erst mit staatlicher Hilfe inszeniert werden musste auf Kosten der Landwirtschaft und dass dieselbe Landwirtschaft zugleich Basis seiner Landmacht war. Armee und Flotte zugleich zu finanzieren mit dem Anspruch, auf beiden Feldern zur stärksten Macht zu werden, 400.000 Mann für die Armee zu mobilisieren und gleichzeitig Siedlungsauswanderung zur Bevölkerung der Kolonien betreiben zu wollen - das alles zusammen war selbst für das bevölkerungsreichste Land in Europa zu viel.

Colbert wie seine Vorgänger und Nachfolger waren sicher phantasievolle und fähige Politiker und in der Lage, durch immer neue Steuern die Staatskasse aufzufüllen, die der Krieg zuvor geleert hatte. Die Staatseinnahmen wuchsen nicht nur absolut, sondern auch relativ. Zwischen 1615 und 1675 konnte die Steuerquote verdoppelt werden. Da aber die Staatsausgaben für Stehendes Heer und Flotte, für Subsidienzahlungen an Verbündete für die aufwändige Hofhaltung, besonders in Kriegszeiten, noch schneller stiegen, verzeichnete die Staatskasse durchgängig ein erhebliches Defizit, dass nur noch durch „finanztechnische Innovationen“ wie den Ämterkauf oder durch Anleihen gedeckt werden konnte. Konsequenz war eine wachsende Verschuldung, die jeweils am Ende der großen Kriege von 1648, 1661 und 1715/16 zum Staatsbankrott führte. Damit geriet die französische Politik immer wieder in denselben Teufelskreis. Die ambitionierte Außenpolitik sollte militärisch durchgesetzt werden. Das verlangte eine immer größere Armee. Die immer größere Armee verlangte zusätzliche Finanzmittel, die nur über neue Steuern aufgebracht werden konnten. Die wachsende Belastung entfachte immer wieder den Widerstand im Inneren, der nur durch den Ein-

satz der Armee gebrochen werden konnte. Damit wurde die Handlungsfähigkeit nach außen geschwächt. Frankreich musste im Verlauf jedes Krieges auch immer wieder aus innenpolitischen Gründen zurückstecken. War die Opposition zu Hause gebrochen, konnte zwar eine neue Runde der Aufrüstung beginnen, die auch eine neue außenpolitische Offensive ermöglichte, doch löste das den erneuten Widerstand im Inneren aus mit sich wiederholenden Folgen. So wie der Expansionsmechanismus des Osmanischen Reiches vor Wien im Westen und vor Täbris im Osten an seine logistischen Grenzen gestoßen war, so war der französische Expansionismus immer wieder an die Grenze der inneren Belastungsfähigkeit gestoßen.

Frankreich hatte zu viele Widersacher an zu vielen Fronten. Es hätte sich entscheiden müssen für das eine oder das andere. So blieb am Ende nur die Landmacht, weil seine geopolitische Ausgangslage dieses nahe legte und weil hier innenpolitisch die stärkeren Kräfte waren. Der Versuch, ein Kolonialreich zu erben, dass man zuvor nicht selber hatte errichten können, musste scheitern, weil nach La Hogue die Flotte zur Durchsetzung des globalen Anspruchs fehlte. Insofern war bereits der Neunjährige und nicht erst der Spanische Erbfolgekrieg die Wende, weil danach die imperiale Überdehnung bereits eingesetzt hatte, zumindest der Seemachtanspruch wieder aufgegeben war.

Die Alternative, die diplomatische Strategie Richelieus und Mazarins fortzusetzen, wurde leichtfertig durch Ludwig XIV. verspielt. Sie wäre geboten gewesen, weil sein Staat keineswegs so absolut war, wie es den Anschein hatte. Seine Regierungszeit war durch genau so viele Bürgerkriege wie durch Kriege geprägt. Die Armee war nicht nur überlastet durch imperiale Überdehnung, sondern auch durch die Kontraktion des Absolutismus nach innen. Bleibt ein letztes Argument. Trotz al-

ler Raffinesse - der Ertrag des Colbertschen Merkantilismus wurde immer nur zur Deckung des militärischen Bedarfs und kaum zur Kapitalbildung genutzt. Die großen Überschüsse, die die französische Landwirtschaft erzielen konnte und die ihr abgerungen wurden, wurden im wahrsten Sinne des Wortes verpulvert und weder für eine Modernisierung der Landwirtschaft noch die ursprüngliche Akkumulation in der Industrie verwendet. Frankreich blieb auch noch im 18. Jahrhundert ein traditioneller Agrarstaat. Die Industrielle Revolution fand in Großbritannien statt.

FORSCHUNGSBERICHTE

aus dem Institut für Sozialwissenschaften (ISW)

Das Institut für Sozialwissenschaften gibt Forschungsberichte heraus, die die Forschungsarbeiten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dokumentieren. Die Nummern 1-15 sind als Forschungsberichte des Seminars für Politikwissenschaft und Soziologie erschienen.

1. Krieger, Ingrid/Lompe, Klaus: Zur Lebenslage von Frauen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - ein Ost-West-Vergleich. Erste Interpretation empirischer Ergebnisse und Konsequenzen für die Instrumente des „zweiten“ Arbeitsmarktes. November 1993. 2. Aufl. April 1994. 52 S.
2. Lompe, Klaus (Hrsg.): "Von der Automobilregion zur Verkehrskompetenzregion". Die Region als politisches und ökonomisches Handlungsfeld für die Steuerung politischer, sozialer und technologischer Innovationen. Januar 1994. 3. Aufl. April 1994. 52 S.
3. Vogel, Ulrike: Fachengagement und Studienerfolg bei Ingenieurstudentinnen und -studenten. Zur Entwicklung verallgemeinerungsfähiger Aussagen in einer qualitativen Studie. April 1994. 30 S.
4. Menzel, Ulrich: Der Flug des Drachen. Nachholende Modernisierung in Ostasien aus entwicklungspolitischer Perspektive. Mai 1994. 83 S. (vergriffen)
5. Lompe, Klaus/Blöcker, Antje/Lux, Barbara/Syring, Oliver: Neue Formen der Kooperation und der wissenschaftlichen Politikberatung in der Region - Wirkungen und Folgeaktivitäten des HBS-Projektes: "Regionale Bedeutung und Perspektiven der Automobilindustrie" unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaften als regionale Akteure der Wirtschafts- und Strukturpolitik in Südostniedersachsen. September 1994. 125 S.
6. Hummel, Hartwig: Weltmacht wider Willen? Japan in der internationalen Politik der neunziger Jahre. Januar 1995. 40 S.
7. Lompe, Klaus (Hrsg.): "Perspektiven der Regionalisierung der Strukturpolitik in Niedersachsen". Dokumentation eines Workshops am 21.10.1994 in Braunschweig. Februar 1995. 103 S.
8. Lompe, Klaus/Warnecke, Dirk: "Die Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen als Diversifikationsstrategie zur Beschäftigungssicherung in der Region Südostniedersachsen? - Dokumentation eines Symposiums am 9.2.1995 in Wolfsburg/Fallersleben. Juni 1995. 100 S.
9. Vogel, Ulrike: Zur Qualifikation von Studentinnen und Studenten der Ingenieurwissenschaften. Empirische Ergebnisse. September 1995. 40 S.
10. Gambe, Annabelle/Hummel, Hartwig/Menzel, Ulrich/Wehrhöfer, Birgit: Die Ethnisierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen und daraus resultierende Konflikte. Entwurf eines Forschungsprojekts. Oktober 1995. 32 S. (vergriffen)
11. Hummel, Hartwig/Wehrhöfer, Birgit: Geopolitische Identitäten. Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung. Januar 1996. 33 S.
12. Lompe, Klaus/Mangels-Voegt, Birgit/Düsing, Ralf/Fricke, Gerald/Vlcek, Olaf: Zur Diskussion abnehmender Handlungsfähigkeit des Zentralstaates und der Rolle neuerdezentraler Verhandlungssysteme. Februar 1996. 136 S.
13. Menzel, Ulrich: Lange Wellen und Hegemonie. Ein Literaturbericht. Februar 1985. 2. Aufl. November 1996. 58 S.
14. Gambe, Annabelle: Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. November 1996. 145 S.
15. Vogel, Ulrike/Capello, Claudia: Zur Steigerung der „Attraktivität“ des Ingenieurstudiums. Vorarbeiten zu einem empirischen Projekt. Dezember 1996. 45 S.
16. Hummel, Hartwig: „Japan Bashing“. Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu Japan im politischen Diskurs der USA. Februar 1997. 68 S. (vergriffen)
17. Wehrhöfer, Birgit: Der französische Migrationsdiskurs als Beitrag zur ethnischen Grenzziehung Europas. Februar 1997; 2. Aufl. Juli 1998. 87 S.
18. Menzel, Ulrich: The West Against the Rest. Samuel Huntingtons Rekonstruktion des Westens. Mai 1997; 3. überarb. u. erw. Aufl. August 2003. 42 S.

- 19.Lompe, Klaus/Schirmacher, Andrea/Warnecke, Dirk: Regionales Risikokapital und Existenzgründung. September 1997. 185 S.
- 20.Menzel, Ulrich unter Mitarbeit von Katharina Varga: Theorie der Internationalen Beziehungen: Einführung und systematische Bibliographie. Oktober 1997. 3. Aufl. Oktober 1998. 151 S.
- 21.Hummel, Hartwig: Der neue Asianismus. Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu den USA im politischen Diskurs Japans. November 1997. 76 S.
- 22.Gambe, Annabelle: Competitive Collaboration: Western Liberal and Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. November 1997. 101 S.
- 23.Wehrhöfer, Birgit: Das Ende der Gemütlichkeit. Ethnisierung im deutschen Migrationsdiskurs nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. November 1997. 121 S. (vergriffen)
- 24.Gambe, Annabelle/Hummel, Hartwig/Menzel, Ulrich/Wehrhöfer, Birgit: "Kampf der Kulturen" in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen? Februar 1998. 2. Aufl. Oktober 1998. 95 S.
- 25.Vogel, Ulrike/Capello, Claudia/Meinel, Tanja/Brants, Oliver/Carsten, Ingo: Zum Interesse am Technikstudium bei Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. April 1998. 91 S. (vergriffen)
- 26.Lompe, Klaus (Hrsg.): Verbundspezifische Projekte im Rahmen regionalisierter Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Dokumentation eines Workshops am 12.11.1998. Januar 1999. 59 S.
- 27.Dietz, Bernhard/Menzel, Ulrich: "Brandstifter" oder Anwälte des demokratischen Friedens? Die Rolle der Medien in bewaffneten Konflikten. Untersucht anhand politischer Entscheidungsprozesse der deutschen Bundesregierung in ausgewählten militärischen Konflikten der 1990 Jahre. Entwurf eines Forschungsprojekts. März 1999. 2. Aufl. Februar 2001. 34 S.
- 28.Vogel, Ulrike/Capello, Claudia /Meinel, Tanja/Brants, Oliver/Carsten, Ingo: Zur Steigerung der Attraktivität des Ingenieurstudium. Bericht über Maßnahmen im Studium. März 1999. 127 S.
- 29.Okfen, Nuria: Das Asia-Europe-Meeting – Eine neue Partnerschaft? März 1999. 2. Aufl. Januar 2000. 95 S.
- 30.Menzel, Ulrich: Jenseits des Staates oder Renaissance des Staates? Zwei kleine politische Schriften. März 1999. 2. Aufl. Januar 2000. 59 S.
- 31.Vogel, Ulrike/Meinel, Tanja/Capello, Claudia/Brants, Oliver/Thomas, Dirk: Zur Effizienz des Magisterstudiengangs an der TU Braunschweig. März 1999. 48 S.
- 32.Lipper, Tobias: Die Realität des Virtuellen. Grundüberlegungen zur empirischen Usenet-Forschung. Mai 1999. 53 S.
- 33.Hummel, Hartwig: Schwindet die Bedeutung der UNO? Juli 1999. 21 S.
- 34.Rehfeld, Dieter: Regionalisierungsprozesse – eine Zwischenbilanz. Februar 2000. 52 S.
- 35.Dietz, Bernhard: Medienberichterstattung, "Öffentliche Meinung" und Außenpolitik. Grundelemente eines interdisziplinären Forschungsansatzes. Februar 2000. 48 S.
- 36.Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana/Brants, Oliver/Thomas, Dirk: Befragungen von Absolventinnen und Absolventen sowie Studierenden zur "Attraktivität" des Ingenieurstudiums. März 2000. 57 S.
- 37.Vogel, Ulrike/Fröhlich, Evelin: Frauen und Männer im Ehrenamt im Landkreis Gifhorn. März 2000. 53 S.
- 38.Matthias, Maik: Internet Governance. Der Wandel des Domain Name Service. April 2000. 87 S.
- 39.Menzel, Ulrich: Eurozentrismus versus ReOrientierung. Die Rückkehr der großen Theorie in die entwicklungspolitische Debatte. Oktober 2000. 30 S.
- 40.Vogel, Ulrike/Fröhlich, Evelin: Frauen und Männer im neuen Ehrenamt im Landkreis Gifhorn. November 2000. 40 S.
- 41.Kämmer, Olaf: Internet oder Chinanet. Chinesische Datennetze zwischen Modernisierungserfordernis und staatlichem Kontrollanspruch. Dezember 2000. 43 S.
- 42.Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana/Thomas, Dirk: Studienprobleme und Gefahren des Studienabbruchs im Ingenieurstudium. Februar 2001. 90 S.
- 43.Priesemann, Christina/Vogel, Ulrike/Hahn, Manuela/Wenzel, Gabriele/Priesemann, Thomas: Lokale Abfallwirtschaft und Entsorgungsverhalten von Frauen und Männern. Juni 2001. 238 S. (vergriffen)
- 44.Böckmann, Britta/Rademacher, Horst/Schramm, Michael: Innovative Berufs- und Ausbildungsaktionen für Straffällige, Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Projekts des Nds. Justizministeriums und der Europäischen Kommission als EU-Projekt nach Art. 6 der ESF-Verordnung. Januar 2002. 184 S.

45. Rölke, Peter: Mitbestimmung 2000 (I). Methoden- und Ergebnisbericht einer Belegschaftsumfrage bei der Salzgitter AG/PPS. Dezember 2001. 141 S.
46. Heinrich, Katharina/Vogel, Ulrike: Bildungsentscheidungen nach Schicht und Geschlecht. Eine empirische Untersuchung zu Studierenden der Ingenieurwissenschaften an einer Fachhochschule. März 2002. 172 S. (vergriffen)
47. Menzel, Ulrich unter Mitarbeit von Stefan Jahns: Ausländische Studierende an der TU Braunschweig. Bestandsaufnahme und hochschulpolitische Empfehlungen. März 2002. 154 S.
48. Rölke, Peter: Mitbestimmung 2000 (II). Methoden – und Ergebnisbericht einer Belegschaftsumfrage bei der EKO Stahl GmbH. März 2002. 169 S.
49. Lompe, Klaus (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der Montanmitbestimmung. Dokumentation eines Symposiums am 1.3.2002. Oktober 2002. 116 S.
50. Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana: Biographische Erfahrungen und Karriere-Entscheidungen bei Frauen auf dem Weg in Führungspositionen der Wissenschaft. Februar 2003. 196 S.
51. Huk, Thomas: Multimediales Lernen – ein Überblick über die Forschungslandschaft. Juni 2003. 34 S.
52. Huk, Thomas/Lipper, Tobias/Steinke, Mattias/Floto, Christian: CRIMP: Medienwissenschaftliche Untersuchung multimedialer Lernsoftware – ein Forschungsansatz. Juni 2003. 42 S.
53. Menzel, Ulrich: Die neue Hegemonie der USA und die Krise des Multilateralismus. Juni 2003. 60 S. 2. Aufl. Dezember 2003.
54. Loges, Bastian: Gibt es ein Regime humanitärer Intervention unter dem Dach der Vereinten Nationen? September 2003. 88 S. 2. Aufl. Januar 2005.
55. Lompe, Klaus/Weis, Hinrich: Arbeits-Stadt-Region 2030 Südostniedersachsen. Oktober 2003. 142 S.
56. Blöcker, Antje: ArbeitnehmerInnen – Beteiligung an Regionalisierungsprozessen in Südostniedersachsen und Südniedersachsen. Oktober 2003. 46 S.
57. Loges, Bastian/Menzel, Ulrich/Ulbricht, Sascha: Die Debatte um humanitäre Intervention, die Doktrinen der USA und die Regimebildung durch die Vereinten Nationen. Dezember 2003. 43 S. 2. Aufl. Oktober 2007.
58. Burges, Katharina: Internationale Beziehungen in Deutschland. Vorgeschichte und institutionelle Anfänge bis zum Beginn der 1960er Jahre. Mit einem Vorwort von Ulrich Menzel. Februar 2004. 203 S.
59. Menzel, Ulrich: Anarchie der Staatenwelt oder hegemoniale Ordnung? Mai 2004. 26 S.
60. Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana: Karrieren von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an Hochschulen. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung in den Fachgebieten Mathematik und Sozialwissenschaften. Juli 2004. 215 S.
61. Loges, Bastian: Die Neue Weltordnung und das Regime humanitärer Intervention, Die Politik der USA im UN-Sicherheitsrat 1989-1991. September 2004. 62 S.
62. Köhne-Finster, Sabine: „Und es kommt jeden Tag etwas Neues auf mich zu.“ Eine empirische Untersuchung zur Lebenssituation ehemaliger Wohnungsloser im Westlichen Ringgebiet/ Braunschweig. Januar 2005. 93 S.
63. Thobaben, Henning: Der Wasserkonflikt im Jordanbecken. Kooperationspotentiale im Wassersektor als Beitrag zur Lösung des Nahostkonflikts? Februar 2005. 115 S.
64. Köhne-Finster, Sabine: Genderaspekte in der sozialen Stadtteilentwicklung, August 2005. 65 S.
65. Heere, Gerald: Ulrich Menzel – Werke und Wirkungen 1974-2005. Oktober 2005. 258 S.
66. Stübig, Steffen: Humanitäre Interventionen als Bestandteil von US-Sicherheitsstrategie von 1990 bis 2004. Oktober 2005. 146 S.
67. Rebe, Bernd: Lernbuch des Urheberrechts. Dargestellt in Schaubildern und Fallbeispielen aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. Januar 2006. 205 S.
68. Köhne-Finster, Sabine (Hrsg.): Das Siegfriedviertel in Braunschweig. Eine sozialräumliche Betrachtung. Februar 2006. 165 S.
69. Menzel, Ulrich: Globalisierung und Global Governance I: Foliensatz zur Vorlesung im WS 2005/06. März 2006. 188 S.
70. Menzel, Ulrich: Globalisierung und Global Governance II: Foliensatz zur Vorlesung im SS 2006. September 2006. 146 S.

71. Birke, Gero: Nationale und internationale Ansätze zur Regulierung von Private Military Companies. September 2006. 175 S.
72. Himmelmann, Gerhard: Wandlung des „Modells Deutschland“ zur „Shareholder-Gesellschaft“. Die „Deutschland AG“ im Prozess der Globalisierung/Internationalisierung. September 2006. 27 S.
73. Gunkel, Adrian/Krieger, Ingrid: Studentische Lebenslagen an der TU Braunschweig – Lebenslagen auf dem Grenzniveau? Empirische Ergebnisse einer Untersuchung unter Studentinnen und Studenten der TU und HBK. Januar 2007. 56 S.
74. Eichner, Detlef: Politikdidaktische Zugänge im Kontext von Ökonomie und Gesellschaft am Beispiel von Betriebs- und Berufserkundungen in Kindertagesstätten und Kindergärten. Februar 2007. 31 S.
75. Menzel, Ulrich: Internationale Politische Ökonomie (IPÖ). Foliensatz zur Vorlesung im WS 2006/07. März 2007. 203 S.
76. Mangels-Voegt, Birgit/Paul, Regine: Politikvermittlung und Fernsehen in Deutschland. Zwischen „gewollter“ Entpolitisierung und verfassungsrechtlicher Bindung an den Willensbildungsauftrag. März 2007. 48 S.
77. Mangels-Voegt, Birgit/Paul, Regine: Herausforderung demografischer Wandel. Nachhaltige Handlungsstrategien für die Arbeitswelt. März 2007. 46 S.
78. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 1: Song-China 960-1204. April 2007. 49 S.
79. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 2: Pax Mongolica 1230 – 1350 und die Globalisierung vor der Globalisierung. Juni 2007. 58 S.
80. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 3: Genua und die mediterrane Weltwirtschaft 1261 – 1350. September 2007. 63 S.
81. Menzel, Ulrich: Einführung in die Internationalen Beziehungen (IB). Foliensatz zur Vorlesung im SS 2007. Oktober 2007. 194 S.
82. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 4: Die frühen Ming (1368-1435) und die Restauration des Tributsystems. November 2007. 68 S.
83. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 5: Venedig – Seemacht mit imperialem Anspruch 1381-1499. Dezember 2007. 74 S.
84. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 6: Portugal – „Seaborne Empire“ oder Hegemonialmacht im Indik? Januar 2008. 102 S.
85. Kyas, Stephan: Transferprozesse beim Umgang mit Bildschirmspielen. Eine empirische Untersuchung zu Wechselwirkungsbeziehungen virtueller und anderer kindlicher Lebenswelten sowie personalen und familialen Nutzerfaktoren. Februar 2008. 67 S.
86. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 7: Das Osmanische Reich (1453-1571): Weltreich zwischen Europa und Asien oder Hegemonialmacht im Orient? Februar 2008. 102 S.
87. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 8: Spanien 1515/19 – 1648/59: Das geerbte Imperium. Mai 2008. 137 S.
88. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 9: Die Niederlande und ihr „Goldenes Zeitalter“ 1609-1713. Juli 2008. 140 S.
89. Fricke, Klaus/ Hopf, Henning/ Oberbeck, Herbert: Energien der Zukunft – Potenziale der Region. Beiträge zur Ringvorlesung an der TU Braunschweig im WS 2006/07. Juni 2008. 91 S.
90. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 10: Frankreich 1635 – 1714: Der gezügelte Hegemon. Dezember 2008. 122 S.

Die Forschungsberichte können beim Institut für Sozialwissenschaften zum Selbstkostenpreis zzgl. 7% Mehrwertsteuer + Portokosten bestellt werden.

Anschrift: Bienroder Weg 97, 38092 Braunschweig, Tel. 0531-391-8917, Fax 0531-391-8918

